

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode: 1987/88

08.11.1990 - Plenarprotokoll 75. Sitzung

75. Sitzung

am Donnerstag, dem 8. November 1990

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung	5039	Einrichtung eines nichtständigen Ausschusses „Verfassungsreform“	
		Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN	
		vom 25. September 1990	
		(Drucksache 12/980)	
Bericht über die Versorgungssituation behinderter Mitbürger im Lande Bremen		Nichtständiger Ausschuß „Verfassungsreform“	
Antrag der Fraktion der SPD		Antrag der Fraktion der CDU	
vom 10. September 1990		vom 5. November 1990	
(Drucksache 12/961)		(Drucksache 12/1020)	
Bericht über die Umsetzung des Landesbehindertenplans von 1979		Abg. Frehe (DIE GRÜNEN)	5053
Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN		Abg. Frau Stieringer (CDU)	5055
vom 7. November 1990		Präsident Dr. Klink	5057
(Drucksache 12/1034)		Abg. Jäger (FDP)	5058
Abg. Frau Poppen (SPD)	5039	Abg. Frau Stieringer (CDU)	5061
Abg. Frehe (DIE GRÜNEN)	5040	Abg. Frehe (DIE GRÜNEN)	5062
Abg. Kuhnert (FDP)	5041	Abstimmung	5063
Abg. Frau Erlenwein (CDU)	5044		
Senator für Jugend und Soziales Frau Uhl	5045	Rahmenkonzept für ein Landesprogramm „Tourismus“	
Abg. Kuhnert (FDP)	5047	Mitteilung des Senats vom 4. September 1990	
Abg. Frehe (DIE GRÜNEN)	5048	(Drucksache 12/954)	
Abg. Frau Poppen (SPD)	5049	Senatsdirektor Dr. Haller	5064
Abstimmung	5049	Abg. Dr. Schrörs (CDU)	5065
		Abg. Ziegler (FDP)	5066
Situation ausländischer Frauen im Lande Bremen		Abg. Schramm (DIE GRÜNEN)	5068
Antrag des Ausschusses „Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen“		Abg. Lojewski (SPD)	5071
vom 20. September 1990		Abg. Frau v. Schönfeldt (FDP)	5072
(Drucksache 12/976)		Abg. Frau Kahrs (SPD)	5073
Abg. Frau Janz (SPD)	5050	Abg. Kudella (CDU) zur Geschäftsordnung	5074
Abg. Frau Bohling (CDU)	5050	Abg. Frau Stieringer (CDU) zur Geschäftsordnung	5075
Abg. Frau Pautzke (FDP)	5051	Abg. Griesche (SPD) zur Geschäftsordnung	5075
Abg. Frau Dr. Trüpel-Rüdel (DIE GRÜNEN)	5051	Abg. Thomas (DIE GRÜNEN) zur Geschäftsordnung	5075
Abg. Frau Janz (SPD)	5052	Abg. Altermann (DVU) zur Geschäftsordnung	5075
Abg. Jäger (FDP)	5052		
Abstimmung	5052		

Abg. Dittbrenner (SPD) zur Geschäftsordnung	5075	Abg. Jäger (FDP) zur Geschäftsordnung	5083
Abg. Kudella (CDU) zur Geschäftsordnung .	5076	Abg. Kudella (CDU) zur Geschäftsordnung .	5084
Abg. Kudella (CDU) zur Geschäftsordnung .	5076	Abg. Thomas (DIE GRÜNEN) zur Geschäfts- ordnung	5085
Abg. Jäger (FDP) zur Geschäftsordnung	5076	Abg. Dittbrenner (SPD) zur Geschäftsordnung	5085
		Abg. Altermann (DVU) zur Geschäftsordnung	5086
		Abg. Frau Erlenwein (CDU)	5087
		Abg. Stiering (SPD)	5089
		Abg. v. Nispen (FDP)	5092
		Abg. Frehe (DIE GRÜNEN)	5095
		Abg. Altermann (DVU)	5096
		Senator für Jugend und Soziales Frau Uhl . .	5097
		Abg. Frau Erlenwein (CDU)	5098
		Abstimmung	5098
Drogenhilfeplan 1990 — Bilanz und Perspektiven			
Mitteilung des Senats vom 4. September 1990 (Drucksache 12/958)			
Maßnahmen zur Verringerung der Nachfrage nach Rauschgiften durch Ausbau der Drogenprävention			
Antrag der Fraktion der CDU vom 23. Oktober 1990 (Drucksache 12/1005)			
Konkretisierung und Erweiterung der Hilfen für Drogenabhängige und verstärkte Bekämpfung der Drogenkriminalität			
Antrag der Fraktion der SPD vom 5. November 1990 (Drucksache 12/1018)			
Fehlende Wohn- und Schlafmöglichkeit für Drogenabhängige			
Antrag der Fraktion der CDU vom 5. November 1990 (Drucksache 12/1021)			
Senator für Jugend und Soziales Frau Uhl . .	5077	Bericht des Petitionsausschusses Nr. 44 vom 9. Oktober 1990 (Drucksache 12/1000)	5099
		Bericht des Petitionsausschusses Nr. 45 vom 19. Oktober 1990 (Drucksache 12/1004)	5099
		Bericht des Petitionsausschusses Nr. 46 vom 29. Oktober 1990 (Drucksache 12/1013)	5099

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Ahrens, Gerhard Fischer, Hollweg, Jungclaus, Frau Dr. Schumann, Frau Striezel.

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Frau Leinemann

Schriftführer Ravens

Vizepräsident v. d. Schulenburg

Schriftführer Tepperwien

Bürgermeister **Wedemeier** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten und für Arbeit

Senator für Finanzen **Grobecker** (SPD)

Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung Frau **Lemke-Schulte** (SPD)

Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel **Beckmeyer** (SPD)

Senator für Inneres **Sakuth** (SPD)

Senator für Jugend und Soziales Frau **Uhl** (SPD)

Staatsrat **Dr. Fuchs** (Senatskanzlei)

Senatsdirektor **Dr. Dopatka** (Senator für Gesundheit)

Senatsdirektor **Dr. Haller** (Senator für Wirtschaft, Technologie und Außenhandel)

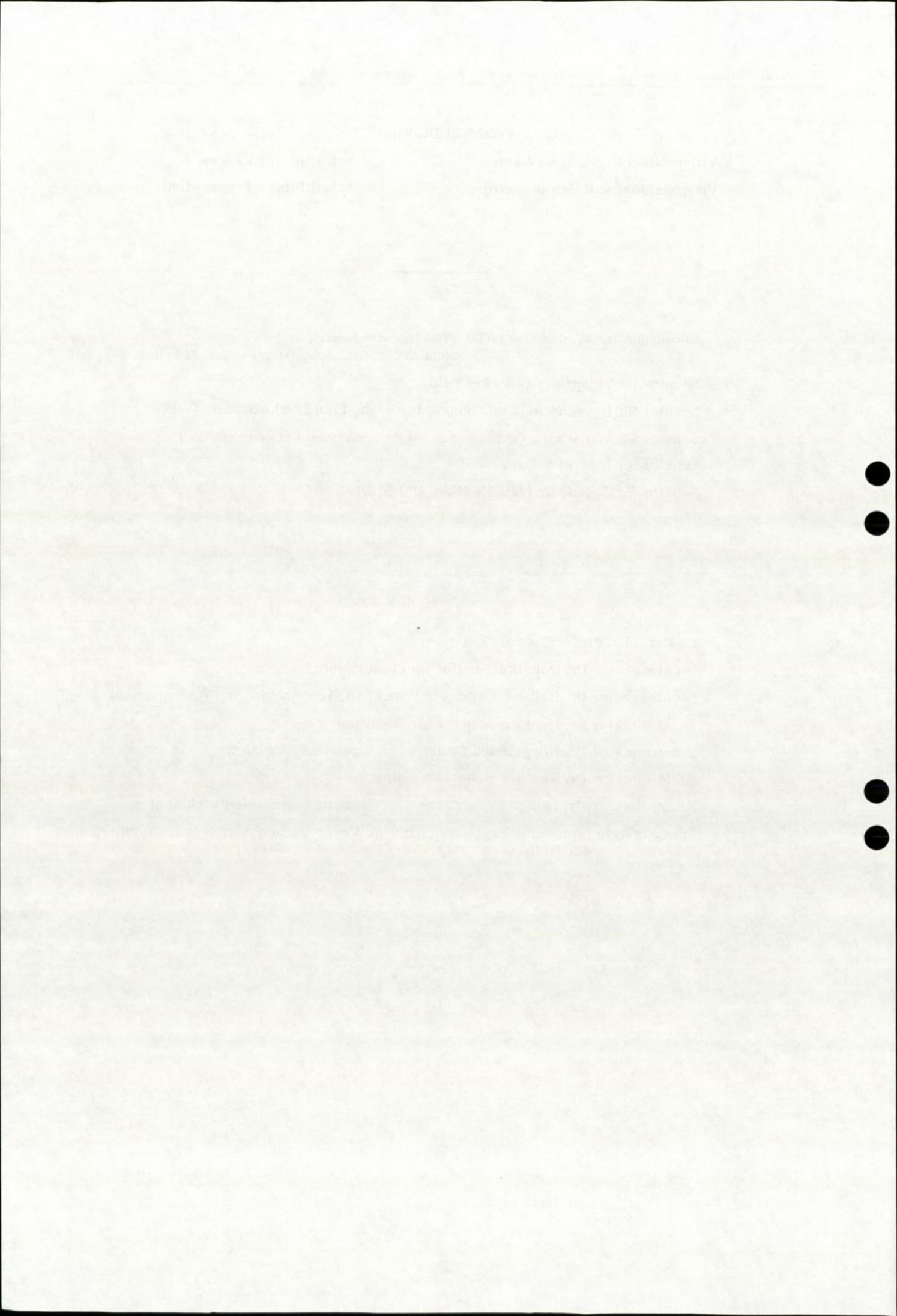
Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Finanzen)

Senatsdirektor **Dr. Hoppensack** (Senator für Jugend und Soziales)

Senatsdirektor **Dr. Kauther** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Dr. Lühge** (Senator für Umweltschutz und Stadtentwicklung)

Frau **Kerstein** (Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau)



(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 9.45 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die 75. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse der Humboldtschule aus Bremerhaven und eine Klasse des Schulzentrums Koblenzer Straße.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Bericht über die Umsetzung des Landesbehindertenplans von 1979, Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN vom 7. November 1990, Drucksache 12/1034.

Soll die Dringlichkeit begründet werden? — Das ist offenbar nicht der Fall.

Dann frage ich: Wer mit der dringlichen Behandlung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(B)

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine gemeinsame Beratung mit Tagesordnungspunkt 13 vor.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir entsprechend verfahren.

Weitere Eingänge liegen nicht vor.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Bericht über die Versorgungssituation behinderter Mitbürger im Lande Bremen

Antrag der Fraktion der SPD
vom 10. September 1990
(Drucksache 12/961)

Wir verbinden hiermit:

Bericht über die Umsetzung des Landesbehindertenplans von 1979

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 7. November 1990
(Drucksache 12/1034)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Poppen.

Abg. Frau **Poppen** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben als Fraktion diesen Antrag zur Versorgungssituation behinderter Mitbürger vorgelegt, und wie Sie eben gehört haben, hat gestern die Fraktion DIE GRÜNEN einen Antrag eingereicht, der den Landesbehindertenplan betrifft. Eigentlich sind wir davon ausgegangen, daß der Senat auch zu unserem Bericht zu dem Landesbehindertenplan Stellung bezieht, allerdings nicht in der Ausführlichkeit, denke ich, die wir uns in der Deputation für solche Dinge nehmen. Wir denken, daß es sinnvoller ist, die Einzelpläne auch noch weiter in der Deputation zu beraten. Aber ich komme dann auch noch zu dem Antrag.

(C)

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen, daß unsere behinderten Mitbürger, ob nun mit körperlichen oder psychischen Behinderungen, in allen Lebensbereichen die Chance auf Teilnahme am öffentlichen Leben, auf Entwicklungsmöglichkeiten und damit ein selbstbestimmtes Leben haben. Das sagt unser Antrag aus.

Der Senat hat dieses Ziel in den vergangenen Jahren angestrebt, insbesondere mit einer gemeinsamen Kindergartenerziehung und schulischen Erziehung, dem behindertengerechten Ausbau des ÖPNV, der Integration unserer Mitbürger mit psychosozialen Schwierigkeiten seine Schwerpunkte gesetzt. Aber wir wissen auch, daß es vieler Hilfen bedarf, um gerade für Bürgerinnen und Bürger mit besonderen Schwierigkeiten, und hierauf zielt unser Antrag insbesondere, die Unterstützung zu organisieren, die nötig ist. Wir wollen deshalb vom Senat einen Bericht über den derzeitigen Stand der Versorgung, über das gegenwärtige Angebot und den Bedarf, insbesondere im ambulanten Bereich, weil wir wissen, daß dort auch noch viel getan werden muß. Wir wollen wissen und hier beraten, wie Angebote und Qualität der sozialen Dienste für unsere behinderten Mitbürger verbessert werden können.

(D)

Wir wollen in diesem Zusammenhang aber auch noch einmal den Zivildienstleistenden unsere Anerkennung aussprechen, die in den vergangenen Jahren in der Schwerstbehindertenbetreuung eingesetzt waren und über den persönlichen Kontakt und Einsatz viele Initiativen erst möglich gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat hat hier ein erstes Programm für den Ersatz dieser Kräfte aufgelegt, und wir wissen, daß, wenn die Versorgung auch weiterhin gesichert sein soll, es auch noch weiterer finanzieller Unterstützung bedarf. Das will ich hier auch gleich ansprechen.

Wir haben den Antrag bewußt kurz gehalten, weil wir dem Senat auch die Möglichkeit geben wollen, noch in dieser Legislaturperiode zu antworten, und das sehen wir in diesem Fall beim Antrag der GRÜ-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) NEN nicht. Wir haben hier zur Zeit einen Landesbehindertenplan und auch einzelne Pläne. Hier, denke ich, ist es nicht gerade schwierig, wenn wir die Bereiche dort auch weiter beraten, auch in der Deputation weiter bearbeiten, und deshalb wollten wir den Antrag hier ablehnen, Herr Frehe!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Situation Behinderter in Bremen war in den siebziger Jahren hier Gegenstand großer Debatten. Es bestand damals die Vorstellung, durch landesbezogene und kommunale Behindertenpläne sehr grundsätzlich etwas für Behinderte zu ändern. Ich habe Ihnen diesen ersten Diskussionsentwurf einmal mitgebracht,

(Abg. **Tiefenbach** [DIE GRÜNEN]: Vorlesen!)

ein ziemliches Konvolut, das mittlerweile etwas vergilbt ist, aber bei dem wir immer noch hinter einer ganzen Reihe von Forderungen, die hier enthalten sind, hinterherlaufen.

(B) Nun liegt uns von der SPD ein Berichtsantrag vor, der sehr grundsätzlich nach der Situation Behinderter im Lande Bremen fragt. Abgesehen von der Sprache, die den Begriff Versorgung in den Mittelpunkt stellt, wo es doch um die Beseitigung von Barrieren und die Bereitstellung ausreichender Assistenz für ein selbstbestimmtes Leben geht, knüpft er überhaupt nicht an das, ich nenne es einmal „großartige“ Vorhaben der siebziger Jahre an, durch geplantes Handeln die Lebensverhältnisse Behinderter zu verändern.

Während Bayern seinen Behindertenplan regelmäßig fortschreibt, diene der Bremer Landesbehindertenplan — da zeige ich Ihnen einmal jene dünne Fassung, die dann dabei herauskam, diese hier, im Vergleich zum großen — der Aufstellung allgemeiner großer Ziele, die bisher ohne praktische Konsequenz geblieben sind. Aber halt! Eine konkrete Maßnahme sah er ja vor, die Schaffung eines Koordinierungsausschusses und einer Koordinierungsstelle.

Das Problem ist aber, was hat der Koordinierungsausschuß tatsächlich koordiniert? Was ist aus der Koordinierungsstelle geworden? Ist sie sanft entschlafen? Welche Erfahrungen wurden hiermit gemacht? Dies wollen wir zunächst wissen, bevor wir einem allgemeinen Berichtsantrag zustimmen, der zwar wieder Papier füllt, aber nicht zu den nötigen Konsequenzen führt.

Besonders spannend ist die Frage: Welche Konsequenzen hat der Landesbehindertenplan für die Kommunalpolitik gehabt? Die Schwierigkeit dieses dicken und inhaltsreichen Vorentwurfs war es ja, daß die meisten Maßnahmen in die kommunale

(C) Hoheit der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven fielen. Der Landesbehindertenplan hatte daher das Ziel, allgemeine Forderungen aufzustellen, die dann durch die kommunalen Behindertenpläne konkretisiert und umgesetzt werden sollten.

Ich möchte hier einmal aus der damaligen Debatte Herrn Klatt mit Genehmigung des Präsidenten zitieren, das war in der 83. Sitzung am 14. 6. 1979: „Dieser Plan hat den Charakter einer behindertenpolitischen Absichtserklärung des Senats und beauftragt die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven, in ihren kommunalen Behindertenplänen diese Maßnahmen in konkrete Hilfen für Behinderte umzusetzen.“ Darauf warten wir noch immer!

(Abg. **Frau Popp** [SPD]: Das machen wir doch laufend!)

Nein! Jedenfalls nicht durch den Behindertenplan geleitet! Es gibt einzelne Maßnahmen, die Sie machen. Aber Sie haben diesen Behindertenplan schlicht vergessen, abgeschrieben und wursteln weiter so vor sich hin.

Herr Klatt ging damals davon aus, daß nach Verabschiedung des Landesbehindertenplans konkrete kommunale Pläne und Maßnahmen folgen würden. Dies konnte er auch aus gutem Grund. In diesem dicken Ordner waren eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen zusammengefaßt worden, die zu einem großen Teil aus den Konsultationen der Wohlfahrtsverbände, der Behindertenverbände und der Initiativen entstanden sind. Auch der damalige Sozialsenator Dr. Walter Franke, heute Vorsitzender des Reichsbundes, wollte möglichst bald die konkreten kommunalen Pläne vorlegen. Ich zitiere noch einmal mit der Genehmigung des Präsidenten:

(D) „Wir haben uns mit Mühe und mit Sorgfalt daran gemacht, und heute haben wir dieses Werk vorgelegt, und das wird nun nunmehr zerfallen in verschiedene Einzelpläne. Diese Einzelpläne werden wir demnächst zur Beratung vorlegen.“ Bis heute sind meines Wissens nur zwei Teilpläne vorhanden, nämlich der für Sehgeschädigte und der für Hörgeschädigte. Warum wurde dort nicht weitergearbeitet? Wurden diese Teilpläne umgesetzt?

Ich halte die Entscheidung, einen unverbindlichen Landesbehindertenplan zu schaffen und dann spezielle kommunale schädigungsbezogene Teilpläne vorzulegen, für eine fatale Fehlentscheidung, die dazu geführt hat, daß die Pläne nie handlungsleitend geworden sind. Das ist meine feste Überzeugung. Die Pläne haben im Grunde genommen nicht mehr Bedeutung gehabt wie das Papier, auf dem sie geschrieben sind.

In unserem Antrag haben wir konkrete Bereiche angegeben, in denen das Land Maßnahmen leisten und tatsächlich Konsequenzen ziehen könnte.

Erster Bereich! Ein Landesrahmenkonzept, das die Zusammenarbeit sozialer Dienste, Pflegeleistungen, rehabilitative Angebote, Dienstleistungszentren

- (A) konkret plant, wie es zum Beispiel gegenwärtig in Niedersachsen passiert, und abstimmt, könnte zum Beispiel in einem solchen Landesbehindertenplan bestimmt werden. Aber das wäre eine konkrete Planung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens, der Versuch von stationären zu ambulanten Pflegeangeboten umzuverteilen! Das ist ein großartiges Vorhaben, das von Senator Scherf eingeleitet worden ist. Dieses Vorhaben ist bisher gescheitert. Noch immer fließen über 80 Prozent der Mittel für die Hilfe zur Pflege in stationäre Einrichtungen.

Dritter Bereich: Obwohl die Bürgerschaft hier beschlossen hat, daß Bremen alles tun soll, umgehend seine Beschäftigungspflicht zu erfüllen, Herr Grobeker, weigert sich der Finanzsenator, die hier beschlossene Einbeziehung Schwerbehinderter in internen Ausschreibungen umzusetzen. Er setzt also einen Bürgerschaftsbeschluß vom letzten Jahr nicht um, und das ohne Konsequenzen. Die Beschäftigungsquote Behinderter in Bremen sinkt weiter. Die Hauptfürsorgestelle ist für ihre Aufgaben, um die Beschäftigungsquoten in der Privatwirtschaft zu heben, völlig unzureichend ausgestattet.

Viertens: Im medizinisch-rehabilitativen Bereich ist zwar einiges geschehen, zum Beispiel durch die Gründung des Reha-Zentrums Friedehorst, aber die offensive Auseinandersetzung mit der humangenetischen Beratung und Forschung im Konzert neoeugenischer Tendenzen ist bisher ausgeblieben. Was ist mit der Kinderklinik? Gibt es dort nicht erhebliche Defizite? Was ist mit der Versorgung behinderter Kinder, zum Beispiel bei den Angeboten für Familientherapie und Heilpädagogik?

Schließlich die Integration behinderter Kinder in Kindergarten und Schule! Sie wird hier dem Namen nach sehr groß geschrieben. Aber warum wurde die Änderung des Schulgesetzes abgelehnt, als mein Kollege Sygusch hier den Entwurf der GRÜNEN vorgestellt hat, der immerhin das Elternrecht verbindlich festlegen wollte und eine Zielperspektive der Integration auch im Schulgesetz festschreiben wollte?

Oder nehmen wir die Werkstatt Bremen! Heute konnte man im „Weser-Kurier“ einen interessanten Artikel lesen,

(Frau Senator Uhl: Ein hervorragender Artikel!)

ja, ein hervorragender Artikel! Warum wird das, was Frau Stöver fordert, nicht konzeptionell umgesetzt? Das gehört in einen Behindertenplan hinein, solche Konzepte, wie sie hier von Frau Stöver vorgeschlagen und gefordert werden, nämlich Konzepte, die auch die Arbeitnehmereigenschaft der Behinderten und die Bezahlung festschreiben. Das wäre eine originäre landesgesetzliche Maßnahme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder wie fragte Herr Klatt 1979 richtig? Ein letztes Zitat: „Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Kann von Gleichheit zwischen Behinderten und Nichtbehinderten gesprochen werden, wenn sich Rollstuhlfahrer in der Stadt ohne fremde Hilfe nicht frei und ungehindert bewegen können, wenn Rollstuhlfahrer ohne fremde Hilfe der Zutritt zu den meisten Behörden versagt bleibt, wenn Rollstuhlfahrer ohne fremde Hilfe ihren Bürgermeister im Rathaus nicht besuchen können?“

Das ist eine interessante Frage. Wie lange hat es gedauert, bis der öffentliche Nahverkehr um einige wichtige Schritte vorangekommen ist! Also, da gebe ich Ihnen recht. Es hat von 1979 an gedauert, um da weiterzukommen. Welcher Widerstand war von den Betroffenen nötig, trotz Landesbehindertenplan, um das dann schließlich durchzusetzen! Ist der Bürgermeister mittlerweile durch den Vordereingang zu erreichen, trotz Domshof-Umgestaltung? Warum wurde dort nicht eine Rampe gebaut, um hier konkret Herrn Klatt einmal aufzugreifen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen nicht noch einen Bericht, sondern wir wollen konkrete Planung und Umsetzung für das, was wir jetzt schon wissen. Statt der wenig systematischen Fragen des SPD-Antrages wollen wir Auskunft darüber, was aus diesen Planungen, die im Landesbehindertenplan damals standen, geworden ist.

(Abg. Dr. Koring [SPD]: Nur Herr Frehe hat die Weisheit gepachtet!)

Was ist das denn für ein dummes Argument, daß ich die Weisheit gepachtet habe? Wir haben sehr viele konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen, teilweise in diesem Bericht schon, teilweise sind sie in der Zwischenzeit entwickelt worden. Es geht jetzt darum, das umzusetzen und nicht noch einmal darüber zu berichten, was man tun könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden daher den SPD-Antrag ablehnen, weil er uns nicht klüger macht, sondern eher nur Sand in die Augen streut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kuhnert.

Abg. **Kuhnert (FDP)*:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Antrag der SPD-Fraktion über die Versorgungssituation behinderter Kinder wird die FDP-Fraktion ablehnen, da er erstens in den senatorischen Dienststellen nur wieder Beamte damit beschäftigt, das zu diesem Thema bereits Geschriebene erneut zusammenzutragen, und

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) zweitens, weil dieser Antrag eine Hinhaltenaktik und ein Hinhalteantrag ist. Außerdem müßte man schon ein Datum nennen, bis wann der Bericht vorliegen soll. Man kann bei den akut auftretenden Versorgungsmängeln dann wieder darauf verweisen, daß man erst einmal den Bericht abwarten muß, der vielleicht in einem halben oder dreiviertel Jahr vorliegt.

Sehr geehrte Frau Poppen, gerade Sie sind ja im Sozialbereich sehr engagiert, und wir beide wissen, welche Aufgaben die Mitarbeiter, die jetzt im Sozialressort tätig sind, bewältigen müssen, um das, was jetzt erforderlich ist, leisten zu können. Ich gehöre einem parlamentarischen Ausschuß an und habe da die Aufgabe, soziale Anliegen zu bearbeiten. Ich würde es mir oft wünschen, wenn gerade die Anliegen dieses Personenkreises etwas zügiger behandelt werden würden, denn das sind oft Fälle, die es wirklich nötig haben, rasch und zügig bearbeitet zu werden.

(Beifall bei der FDP)

Sie wissen, daß Sie sich in einer der letzten Deputationsvorlagen mit einem Problem beschäftigt haben, das nicht auf die lange Bank geschoben werden kann, sondern das für Behinderte gerade von entscheidender Bedeutung sein wird. Wegen fehlender Zivildienstleistender können die freien Träger befristet bis zum 30. 6. 1991 hauptamtliche Kräfte einstellen. So steht es in der Deputationsvorlage. Bis zum 30. 6. 1991 sind es nur noch acht Monate, und was passiert dann?

(B)

Darüber muß man doch jetzt schon nachdenken, denn das ist ein Problem, das man nicht einfach so lösen kann, sondern hier werden Diskussionen erforderlich sein, wie man dieses Problem langfristig löst, und das muß zum Wohle der Behinderten sein und muß auch eine vernünftige Lösung sein, die von allen tragbar ist.

Wie viele behinderte Menschen mit besonderen Versorgungsanforderungen es gibt, wird man nie ermitteln können. Genaue Zahlen wird man vermutlich nicht erhalten, da sich diese immer wieder ändern. Es reicht völlig aus, auf statistisches Material und Hochrechnungen zurückzugreifen. Das Statistische Bundesamt zum Beispiel hat 1987 ermittelt, daß jeder zwölfte Einwohner zu dem Personenkreis der Schwerbehinderten gehört, also Grad der Behinderung von 50 Prozent und mehr. In der Wohnbedarfsanalyse für ausgewählte Zielgruppen vom November 1988 wird auf Seite 84 ein durchaus brauchbarer Vorschlag gemacht, wie man mit genauen Zahlen umgeht und wie man sie ermitteln könnte. Warum tut man es denn nicht?

In der Mitteilung des Senats vom 17. 10. 1989 sind die Fragen hinsichtlich Wohnraumversorgung behinderter und älterer Menschen ausführlich dargestellt, und es wurden auch Lösungen vorgeschlagen. Da steht zum Beispiel auch die Zahl von 1 500 Rollstuhlfahrern. Man hat also durchaus Zahlen. Gerade

der Personenkreis der Rollstuhlfahrer hat ja besondere Probleme bei der Versorgung mit Wohnraum. (C)

Man kommt zu der gesicherten Erkenntnis in Bremen, daß 100 behindertengerechte beziehungsweise behindertenfreundliche Wohnungen neu oder umgebaut werden müssen. In der schon zuvor erwähnten Wohnbedarfsanalyse ist ab Seite 61, ältere Menschen, und ab Seite 83, Zielgruppe Rollstuhlfahrer, alles gesagt, was nötig ist, um zu planen und vor allen Dingen, um handeln zu können. Es heißt dort, daß in Bremen-Stadt ein zusätzlicher Bedarf von 1 800 Altenwohnungen besteht, und auf Seite 85 kommt man zu der Erkenntnis, daß 100 behindertengerechte Wohnungen fehlen.

Wie viele Wohnungen sind denn nun seit November 1988 gebaut oder umgebaut worden? Das weiß bisher noch kein Mensch! Diese Zahlen haben wir nicht bekommen, das müßte man doch wissen. Es gibt doch die Abteilung Wohnungshilfe beim Amt für Soziale Dienste, die ausschließlich dafür zuständig ist.

(Beifall bei der FDP)

Auf Seite 92 dieses Berichtes steht, daß 350 behinderte Personen in Heimen versorgt werden. Wie viele von diesen 350 sind denn aufgrund der Tatsache, daß die Versorgung in der eigenen Wohnung aufgrund fehlender baulicher Voraussetzungen nicht möglich war, in Heimen untergebracht? Auch da fehlt bis jetzt jede Antwort. (D)

Ab Seite 161 nehmen die Ämter für Soziale Dienste zu diesem Thema Stellung. Das Amt für Soziale Dienste Nord, Bereich Vegesack, gibt Auskunft: Zwei relativ junge behinderte Menschen mußten in Altenheimen untergebracht werden. Die Abteilung Süd: Vier Körperbehinderte haben keine Wohnung gefunden; einer lebt in unzumutbaren Verhältnissen. Bereich Mitte/West: Fünf behinderte Personen wurden in Heimen untergebracht, beziehungsweise es wird immer noch ein Platz gesucht. Mitte/West moniert, daß Angebote für junge schwerbehinderte Menschen kaum vorhanden sind.

In der Zusammenfassung auf Seite 166 ist genau beschrieben, welche Schritte unternommen werden müssen. Diese Analyse ist zwei Jahre alt. Was hat sich bisher geändert?

(Beifall bei der FDP)

Es gibt einen Bericht der Verwaltung für die Sitzung der Deputation für Bau und Raumordnung vom 22. 12. 1982 zum Thema „Wohnungen für Behinderte“. Dort sind in der Anlage die Wohnungen, um- und neugebaute, für Rollstuhlfahrer aufgeführt, Stand Oktober 1981. Es waren damals 92 Wohnungen. Man ging davon aus, daß pro Jahr fünf bis sechs Wohneinheiten durch Umbau sowie Neubau geschaffen werden müssen, mehr nicht. Das war eine krasse Fehleinschätzung. Hätte man die Behinder-

- (A) tenverbände im Lande Bremen hierzu gefragt, wäre es zu dieser Fehleinschätzung nicht gekommen.

(Beifall bei der FDP)

Nun zu den Wohnungsbauunternehmen! Es soll ja viel gebaut werden, fragt man aber die beteiligten Baugesellschaften nach behindertengerechten beziehungsweise behindertenfreundlichen Wohnungen, erhält man sehr ausweichende Auskünfte. Eine Gesellschaft zum Beispiel teilte mit, daß man sich an die schon erwähnte Abteilung des Amtes für Soziale Dienste, die Wohnungshilfe, zu wenden hat. Eine andere teilte mit, daß es davon abhängt, ob man Bauunternehmungen findet, die die Wohnungen zu marktgerechten Preisen errichten.

In dem Artikel der „Bremer Nachrichten“ vom 29. 7. 1988 beklagt der damalige Sozialsenator Dr. Scherf, daß es in Bremen für 1 550 Rollstuhlfahrer nur 116 rollstuhlgerechte Wohnungen gibt. Weiter heißt es dort, der Senat stehe zur Zeit in Verhandlungen mit Wohnungsbaugesellschaften, um möglichst bald ein größeres Angebot zu erreichen. Der damalige Senator für Soziales machte auch gleich konkrete Vorschläge. Das war vor zweieinviertel Jahren. Was ist daraus geworden?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will Ihnen hier nur klarlegen, daß es im Grunde genommen eine Pflicht und eine Aufgabe ist, die Erkenntnisse, die wir in vielen Diskussionen und in vielen Anträgen und Analysen hier erarbeitet und verabschiedet haben, auch in die Realität umgesetzt werden.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Diese Deputationsvorlage von 1982 schildert genau die Situation, und so ist sie fast heute noch, es hat sich nicht viel geändert. Hier haben wir 1988 eine Wohnbedarfsanalyse, wirklich ein dickes Papier, wenn man das durcharbeitet, müßte man feststellen, daß auch hier keine entscheidenden Veränderungen passiert sind.

Die Fraktionen in diesem Hause haben im Mai 1988 Anträge gestellt zur Wohnraumversorgung von Behinderten, Antrag der CDU, Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Antrag der Fraktion der FDP. Daraufhin hat der Senat dann nach eineinhalb Jahren eine Mitteilung des Senats dem Parlament gereicht, in der diese Anträge behandelt werden. Nur, wenn man sich das einmal durchliest, dann kommt man zu erstaunlichen Erkenntnissen.

Wir haben einen Antrag gestellt, um sich wirklich einmal konkret mit dieser Wohnraumsituation zu befassen und andere Vorschläge zu machen. Ich will nur einen Satz aus diesem Antrag vorlesen: „In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, ob die behördliche Wohnraumvermittlung für Behinderte zu reorganisieren ist.“ Dies wurde nie beantwortet in der Mitteilung, wurde wahrscheinlich zu den Akten gelegt. Vielleicht hatte man gesagt, das können wir

später einmal behandeln. So kann man ja mit Anliegen nicht umgehen.

(C)

Sehr geehrte Frau Poppen, ich kann Ihnen eines versichern, uns ist dieses Anliegen, gerade für die behinderten Menschen, genauso ernst und genauso wichtig wie Ihnen, nur, ein Bericht und noch ein Bericht ändern ja an der Tatsache nichts, sondern es wird sich kaum viel ändern an der Erkenntnis, die Zahlen werden fast gleich bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme dann zum Absatz vier des Antrages der SPD. Hier wird nach Vorstellungen der SPD in den Bereichen Bildung, Freizeit und Arbeit unter dem Aspekt des selbständigen Lebens gefragt. Zum selbständigen Leben gehört in erster Linie eine Wohnung, die den Bedürfnissen der Bewohner entspricht. Was nutzen die besten Freizeit- und Bildungsangebote, was nutzt ein Arbeitsplatz, wenn man ihn nicht erreichen kann, weil die Wohnung unzulänglich ausgestattet ist? Das alles bringt ja nichts.

Den Bereich Bildung — gemeint ist nicht die normale Schule für Kinder oder Jugendliche — könnte man auch bei einigem guten Willen nicht als positiv bewerten. Die Antworten, die man von den Weiterbildungsträgern im Lande Bremen erhält auf die Frage, wo ein schwerbehinderter junger Mensch den Haupt- und Realschulabschluß machen kann, sind sehr interessant. Antwort: Es ist zur Zeit nicht möglich. Ohne einen qualifizierten Schulabschluß gibt es aber auch keinen Ausbildungs- beziehungsweise Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

(D)

Die Werkstatt Bremen ist für einen bestimmten Personenkreis mit Sicherheit eine sehr sinnvolle und gute Einrichtung. Nur, schwer körperbehinderte Personen gehören dort nicht hin. Zum Beispiel sind PC-Arbeitsplätze ideal für diesen Personenkreis, nur, dazu gehören ein ordentlicher Schulabschluß und eine Berufsausbildung.

Die Gestaltung solcher Arbeitsplätze dürfte in der heutigen Zeit eigentlich kein Problem mehr sein. Es gibt ja beim Senator für Arbeit eine Projektgruppe Arbeitsplatzgestaltung für Behinderte. Im Zwischenbericht 1988 — und das ist eine positive Sache — wird anhand von zwölf Fallbeispielen gezeigt, daß so etwas möglich ist.

Auch der Freizeitbereich ist problematisch, meine sehr geehrten Damen und Herren. Man hört immer wieder das Wort Integration, und wir sind ja alle bestrebt, dieses Ziel auch zu erreichen. Nur, es muß noch viel Aufklärungsarbeit in unserer Bevölkerung geleistet werden, um dieses Wort nicht zu einer leeren Formel, sondern wirklich auch zu einem echten Begriff in unserer Gesellschaft zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt viele gute Angebote. Personen mit Behinderungen sollen aber ihre Freizeit auch in ihrem Urlaub verbringen wie alle anderen auch. Freizeit- und

- (A) Urlaubsangebote müssen für alle offen sein, und das ist schwierig umzusetzen, da längst nicht alle akzeptieren, daß in einer Gruppe auch Mitbürger mit Behinderungen sind. Ganz besondere Schwierigkeiten hat der Personenkreis mit geistigen Behinderungen und physisch Kranke. Um dies zu ändern, gibt es seit Sommer 1989 eine Initiative, die auch Zuschüsse aus dem Bremer Topf erhält.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt in diesem Bereich viele Probleme, und ich möchte Sie, Frau Senator Uhl, ansprechen. Ich weiß, daß Ihr Bereich nicht gerade leicht und einfach ist und daß die Probleme nicht weniger, sondern höchstens vielfältiger werden. Nur, helfen Sie uns allen in diesem Hause mit, daß dieses Problem nicht durch unzählige Berichte immer hier neu diskutiert wird, sondern daß aus Theorie auch wirklich Praxis wird!

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte am Schluß eigentlich — und dazu fühle ich mich verpflichtet — den Männern und Frauen, die sich mit diesem Bereich beschäftigen, die diese Menschen betreuen und für sie sorgen, trotz Personalengpässe und trotz gerade nicht finanzieller hoher Anreize, meinen Dank aussprechen im Namen der Fraktion, und ich möchte ihnen Mut machen, nicht ihre Arbeit aufzugeben, sondern so weiterzuarbeiten. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Erlenwein.

Abg. Frau Erlenwein (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, die SPD-Fraktion hat sich und dem Senat keinen besonderen Gefallen getan mit diesem Antrag. Hier wird ein Bericht gefordert, in welchem Fragen beantwortet werden sollen, die dem Senat Gelegenheit geben sollen, Vorstellungen zu entwickeln, ein Urteil abzugeben über Angebot und Bedarf. Konkretes soll offenbar in diesem Bericht nicht stehen.

Frau Poppen, Sie haben gesagt, Sie haben den Antrag aus dem Grunde so kurz gehalten, um möglichst schnell an einen Bericht zu kommen. Das wäre ein gutes Argument. Aber in diesem Fall, meine ich, sollte man sowohl schnell als auch konkret etwas vorliegen haben. Die Fragen, die hier gestellt werden, helfen der Sache in keiner Weise weiter. Der Verdacht drängt sich auf, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, daß Sie sich mit derartigen Anträgen mangels konkreter Vorstellungen über die Runden retten wollen, nur um ein Thema zu besetzen.

Es gab ja einmal eine Zeit, da wurde beschlossen, Behinderteneinzelpläne zu erstellen, um konkret, bezogen auf die unterschiedlichen Behinderungen, den Versorgungsbedarf zu ermitteln und die Angebote danach auszurichten. Herr Frehe hat das sehr sorgfältig vorgetragen und noch einmal recher-

- chiert, welchen Vorlauf auch diese Beschlüsse hatten. Auch die CDU-Fraktion hat in regelmäßigen Abständen diese angekündigten Teilpläne eingefordert. (C)

Wir haben in diesem Hause lange Debatten darüber geführt, wann diese Pläne endlich vorgelegt werden, und von allen Fraktionen wurde anerkannt — auch von der Fraktion der FDP, Herr Kuhnert —, daß als Grundlage einer verantwortungsbewußten Behindertenpolitik Einzelpläne notwendig sind, um den unterschiedlichen Behinderungen Rechnung zu tragen. Insofern teilen wir Ihre Einschätzung über einen Bericht, ob er notwendig ist oder nicht, in diesem Fall nicht. Natürlich gibt es bereits einige Analysen. Sie haben die Wohnbedarfsanalyse angesprochen, die in der Tat nun Anlaß geben sollte, die Realisierungsschritte zu tun. Ich meine aber, daß es nach wie vor notwendig ist, für die einzelnen Behinderungen auch konkrete Angebote und Bedarfsanalysen zu erstellen.

Die Ziele, die wir Anfang der achtziger Jahre gemeinsam verfolgt haben, sind offensichtlich in Vergessenheit geraten. Man kann es schon als fast zynisch bezeichnen, wenn eine Mehrheitsfraktion in einem Landtag einen Bericht zur Versorgungssituation Behinderter anfordert, der folgende fünf Fragen beantworten soll, ich muß das einmal vortragen:

Die erste Frage lautet: „Wie viele behinderte Bürgerinnen und Bürger mit besonderen Versorgungsanforderungen leben im Lande Bremen, und welche weiteren Informationen über die Lage der behinderten Menschen in Bremen stehen dem Senat zur Verfügung?“ (D)

Hier wird eine pauschale Zahl abgefragt, und da man ansonsten offensichtlich nicht weiß, was man sonst noch fragen soll, wird einfach gefragt, welche Informationen der Senat denn wohl sonst noch zur Verfügung hat. Offensichtlich interessiert die SPD-Fraktion nur das, was der Senat weiß. Sie selbst weiß nicht, was sie wissen will.

Die zweite Frage lautet: „Welche Ziele und Grundsätze hat sich der Senat für die Behindertenpolitik gesetzt?“ Hier soll dem Senat Gelegenheit gegeben werden, großes Blabla zu machen, das völlig unverbindlich sein darf, denn normalerweise ist es doch so, daß eine Fraktion erst einmal danach fragt, was gibt es, die Ziele und die Grundsätze formuliert und danach die Forderungen ausrichtet. Hier ist alles auf den Kopf gestellt. Hier wird gesagt, wir wollen eigentlich nur den Senat einmal abfragen, was er sich so gedacht hat, wir selbst — die SPD-Fraktion in diesem Fall — wissen das eigentlich noch nicht genau.

In Frage fünf wird dann nochmal formuliert: „Wie sollen die Angebote und die Qualität der sozialen Dienste für unsere behinderten Mitbürger verbessert werden?“ Offenbar weiß die SPD-Fraktion ja nun doch schon einiges, wenn sie zum Schluß fragt, wie die Angebote und die Qualität der sozialen Dienste verbessert werden können. Unterstellen Sie etwa,

(A) meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, daß die Angebote und die Qualität der sozialen Dienste nicht ausreichend sind? Denn wissen können Sie es ja nicht, sonst hätten Sie ja die anderen Fragen nicht gestellt!

Ich glaube, die SPD hat ihr Ziel erreicht, ein Thema zu besetzen. Ob sie das Ziel erreicht, daß sie von den Betroffenen mit derartigen Anträgen auf Dauer ernst genommen wird, das wage ich zu bezweifeln.

Die Fraktion DIE GRÜNEN hat diese Fragestellungen konkretisiert. Sie fragt ganz gezielt und fordert einen Behindertenplan, der Konzepte zu den wichtigsten Bereichen entwickeln soll, und hat im Prinzip der SPD-Fraktion hier Hilfestellung geleistet. Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen können, weil dort in der Tat konkret gefragt wird und auch in Zukunft bezüglich der Arbeit des Senats, aber auch für uns viel konkretere Antworten abgefordert werden, als das in dem SPD-Antrag der Fall ist. Wir werden den Antrag der SPD-Fraktion ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort Frau Senator Uhl.

Senator für Jugend und Soziales Frau Uhl: Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren und Damen! In der Tat ist die Berichts-anfrage Anlaß genug, darüber nachzudenken, welche Vorgaben, aber auch welche Erfolge bereits in den letzten Jahren in der bremischen Sozialpolitik, insbesondere für die Gruppe der behinderten Menschen, erreicht worden ist. Ziele, meine Herren und Damen, gibt es längst, sie sind längst formuliert, und die Arbeiten, die seit den letzten großen Debatten in dieser Bürgerschaft vorangeschritten sind, können sehr gut nachvollzogen werden und zeigen auf, daß das Ziel nie in Vergessenheit geraten ist, sondern auf dieses Ziel hin alle Maßnahmen orientiert sind, und in Teilaspekten, einmal schneller, einmal weniger schnell, auch in der Tat erhebliche Erfolge erzielt wurden.

Ich darf noch vorwegschicken, daß der Beschluß der Bremischen Bürgerschaft 1979, eine Koordinierungsstelle mit zwei Stellen einzurichten, aufgegangen ist durch die Neuorganisation Soziale Dienste in die Tatsache, daß vier Stellen nach der Neuorganisation Soziale Dienste für Behindertenarbeit zur Verfügung stehen, so daß regional eingesetzt eine höhere Personalmöglichkeit auf die Bedarfssituation der behinderten Frauen und Männer ausgerichtet ist.

Ich begrüße die große Anfrage der Fraktion der SPD über die Versorgungssituation behinderter Mitbürgerinnen und Mitbürger im Lande Bremen, weil damit auch der Stellenwert der Integration dieser Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht nur Ihnen als Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft, sondern darüber hinaus auch der bremischen Bevölkerung noch einmal bewußt gemacht wird. Insbesondere habe ich mich heute über den Artikel in den „Bremer Nachrichten“/„Weser-Kurier“ gefreut, weil er doch

eine erhebliche Information gibt und auch Aufschluß darüber gibt, in welche Richtung gemeinsam mit der Werkstatt Bremen zur Zeit weiter gearbeitet wird. (C)

Zweifellos — und ich finde, Frau Poppen hat zu Recht darauf hingewiesen — konnten wir in den letzten Jahren auf diesem Gebiet wesentliche Erfolge erzielen. Ich denke zum Beispiel daran, daß Bremen sehr konsequent die Ergebnisse der Psychiatriereform umgesetzt hat und das Kloster Blankenburg aufgelöst hat. Für die früher dort betreuten psychisch Behinderten gibt es inzwischen ein fast flächendeckendes Angebot an regionalen, stadtteilbezogenen, stationären und tagesstrukturierenden Angeboten, organisiert durch die Wohlfahrtsverbände.

Öffentlich wenig beachtet — und ich fand auch, das war durch die Beiträge eben nicht so deutlich geworden —, unter Sozialpolitikern bundesweit und überhaupt und von den Betroffenen und den Angehörigen selbst sehr hoch eingeschätzt, hat sich doch der Martinshof zur Werkstatt Bremen entwickelt, und seit 1987, als kommunales Amt im Bereich des Senators für Jugend und Soziales, gehören zur Werkstatt Bremen, zum Aufgabenbereich, das Angebot von Arbeitsplätzen in Sozialwerkstätten sowie Arbeitsangebote in der Werkstatt für Behinderte, Martinshof, mit zirka 1 200 Arbeitsplätzen. Das ist eine Zahl, die nirgendwo, auch nicht in Bayern, das so dicke Stapel von irgendwelchen Plänen vorlegt, überhaupt, zu der Bevölkerungszahl und Größe des Landes in Relation gesetzt, vorhanden ist. Das ist ein erheblicher Erfolg! (D)

(Beifall bei der SPD)

Die Kleinwerkstätten wiederum sind Teil der Werkstatt für Behinderte und wurden mit dem vom Senat beschlossenen Rahmenkonzept zur ambulanten und gemeindenahen Versorgung psychisch Kranker und Behinderter 1987 zusätzlich eingerichtet. Diese 120 Arbeitsplätze sind somit ebenso Teil einer gemeindenahen, auf die Bedürfnisse der behinderten betroffenen Frauen und Männer und auch Jugendlichen ausgerichteten behindertengerechten Sozialpolitik, ebenso das Angebot, das ich Ihnen eben schon über die Wohnformen hinaus in strukturierenden Einrichtungen und Angeboten dargestellt habe.

Als sozialpolitische Sonderheit gilt in der Tat als weiter entwicklungsfähig und ausbaubedürftig — aber das ist als Tatsache völlig unumstritten, Herr Frehe, und ich bitte, Sie sollten das auch nicht so klein machen —, daß die Behinderten selbst durch ihre Beschäftigung mit zur eigenen Daseinsvorsorge beitragen, ihre sozialen Bezugfelder stimmig bleiben und Nachbarn Teil dieses integrativen Ansatzes sind, der nicht erst dann einsetzt, wenn jemand als Erwachsener oder Jugendlicher in eine Einrichtung kommen sollte, sondern in der Tat doch auch längst Eingang gefunden hat in unsere Politik für Kinder und ihre Familien, für Heranwachsende und ihre Familien und weitergeführt wird.

- (A) Bremer Politik für Behinderte ist bundesweit anerkannt durch einen auf die Bedarfssituation ausgerichteten Personalschlüssel in Wohneinrichtungen und Tagesstätten für Behinderte und unseren Sozialsonderdienst für Schwerstbehinderte. In diesem Zusammenhang darf ich auch daran erinnern, daß ja nicht nur die Werkstatt Bremen als Teil des bremischen öffentlichen Bereiches, sondern auch die Wohlfahrtsverbände ausdrücklich ihren wesentlichen Beitrag zur Arbeit für behinderte Menschen in diesem Land leisten.

Nicht unerwähnt bleiben darf — Herr Frehe, bitte, da sollten Sie für sich selbst eine wesentliche Korrektur anbringen! — die Tatsache, daß die Ausbildungsstätten des Reichsbundes auch gerade in Bremen ein hohes Defizit an Ausbildungsstellen abgebaut haben und damit insgesamt dazu beitragen, daß auch behinderte Jugendliche eine Ausbildungsmöglichkeit erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Die Fortschritte, die wir alle gemeinsam — und ich finde, zu Recht und auch frohen Herzens — einmal begrüßen können und uns auch nicht von der Opposition miesmachen lassen sollten, können in der Tat nicht darüber hinwegtäuschen, daß es einige Entwicklungsbedarfe gibt, und gestatten Sie bitte, daß ich auf diese Entwicklungsbedarfe eingehe, die in der Tat aber nicht Dinge sind, die jetzt plötzlich aufgekomen sind, sondern die in der Abarbeitung auch des Landesbehindertenplanes die ständige Aufgabe sind und von daher nicht etwa neu formuliert werden müssen, sondern von Jahr zu Jahr weiter konkretisiert werden müssen!

- (B) Das erste: Frau Poppen ist bereits darauf eingegangen, daß wir eine Grundlage schaffen müssen, die Ausfälle bei der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung auszugleichen; aber das, meine ich, ist nicht nur eine kommunale oder landesbezogene Aufgabe, da muß der Bund in die Verpflichtung genommen werden. Das kann das Bundesland Bremen nicht allein leisten.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre auch fatal, wiederum ein wesentliches Moment einer Politik für Menschen dem Bund nicht abzuverlangen.

Zweitens: Behindertengerechte Wohnungen fehlen in der Tat. Wir sind in Absprachen mit den Wohnungsbaugesellschaften, um sie nicht nur über Atmosphäre, sondern wirklich zu konkreten Verabredungen zu bringen, daß sie mehr Wohnraum für Behinderte, aber ebenso für alte Frauen und Männer zur Verfügung stellen. Das ist im gesamten Spektrum eines zur Zeit sehr schwierigen Angebotes ungeheuer schwierig. Darum kann es nur in die Entwicklung gehen und nur in die Perspektive gehen.

Daß das zur Zeit nicht optimal ist, ist mit einer der Gründe, Herr Frehe, daß es zum Beispiel auch eine

sehr geringe Fluktuation aus stationären Einrichtungen hin in ambulante Versorgung oder auch Wohneinrichtungen gibt. Weil die Wohnungen nicht zur Verfügung stehen, können nicht Frauen und Männer aus stationären Angeboten in eigene Wohnformen überführt werden. Das ist in der Tat ein erhebliches Defizit. Da gebe ich Ihnen recht. Aber das ist nicht jetzt plötzlich erkannt, sondern daran wird gearbeitet.

(C)

Drittens: Die Unterstützung von Familien mit behinderten Angehörigen muß weiter vorangebracht werden. Ich denke auch in diesem Fall im wesentlichen mit daran, daß das nicht nur Aufgabe eines Bundeslandes oder einer Kommune ist, sondern daß auch da grundsätzlich die Bundesrepublik selbst als der Staat, in dem wir alle leben, verpflichtet werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Es fehlen auch Heimplätze. Aber da bitte ich sehr zu beachten, daß Heimplätze immer nur da fehlen, wo auch in der Tat im Hinblick auf die Bedürfnissituation des einzelnen ein Heimplatz das richtige, adäquate Angebot ist! Unsere Gesamtstrategie, die stationäre Versorgung weitestgehend aufzuheben zugunsten der ambulanten Unterbringung und Versorgung, darf nicht außer acht gelassen werden.

Aber wir brauchen auch stationäre Angebote für geistig und mehrfach behinderte Menschen, insbesondere auch, weil wir unser großes Programm vor uns haben, gemeinsam mit Niedersachsen an der Abarbeitung der bisher in Niedersachsen untergebrachten Frauen und Männer zu arbeiten. Da wollen wir aber auch mit Niedersachsen zu Übereinkünften kommen, die darauf abzielen, daß wir mit ihnen gemeinsam, da wir ja auch für sie etwas organisieren, das in einem größeren Rahmen machen können als bisher. Von daher gehe ich davon aus, daß der Kollege Hiller in Niedersachsen als Sozialdemokrat das auch mit uns gemeinsam voranbringen wird, anders als in früheren Zeiten.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Auch die großen Betreuungseinrichtungen, wie zum Beispiel Friedehorst, sind zur Zeit dabei, ein Übergangskonzept zu erstellen aus der stationären Versorgung in die ambulante Unterbringung. Das muß in behutsamen Schritten erfolgen. Das Konzept wird zur Zeit abgestimmt.

Ein wesentlicher Teil eines insgesamt politischen Themas — da haben Sie ja recht, Herr Frehe — ist die Tatsache, daß die Beschäftigungsquote von Behinderten nicht nur im öffentlichen Dienst, sondern insbesondere in der Wirtschaft zurückgegangen ist. Da wird es eine interessante Initiative im Bundesrat in der nächsten Zeit geben, und Bremen schließt sich dieser Initiative an. Außerdem, auch darüber sind wir uns einig, sind wir bemüht, gemeinsam mit der Werkstatt Bremen weitere Beschäftigungsprojekte

(A) und -objekte zu finden, damit über Beschäftigung auch eine sinnvolle Lebens- und Daseinsvorsorge erreicht werden kann.

Diese Punkte, die ich Ihnen eben vorgetragen habe, sind Bestandteil der derzeitigen Diskussion, nicht nur bei uns im Hause, sondern sehr wohl auch mit den Verbänden, die mit uns gemeinsam die Arbeit organisieren. Wir sehen vor, daß die Ergebnisse dieser Beratung, insbesondere aber der Antrag, der abgestimmt wird, in die Diskussion auch mit den Verbänden einfließen. Wir haben vor, mit ihnen gemeinsam die Abarbeitung dieses Antrages zu organisieren, und von daher hoffe ich sehr, daß es dann auch in Ihrem Einverständnis ist, wenn wir einen Bericht vorlegen, der nicht nur einen Teilaspekt hat, sondern der generell alle Bedarfssituationen feststellt, aber auch alle Möglichkeiten, die nicht nur die Kommune, sondern auch die Wohlfahrtsverbände haben, auflistet. In diesem Sinne bin ich dankbar für die große Anfrage und freue mich auf die Arbeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kuhnert.

Abg. **Kuhnert (FDP) *):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Senatorin Uhl! Wir alle sind uns ja darüber im klaren, daß das Problem der Behinderten nicht allein von einer Institution gelöst werden kann, sondern daß hier Bund und Länder gemeinsam an diese Aufgabe herangehen müssen.

(B)

(Vizepräsident Frau **L e i n e m a n n** übernimmt den Vorsitz.)

Nur, Sie sind hier Senatorin für Soziales im Lande Bremen, und Sie müssen diese Vorgaben, die Sie sich vorgenommen haben, zum Teil, soweit es im finanziellen Rahmen liegt, erfüllen. Wenn das nicht reicht, dann kann man darüber reden, zu welchen Verpflichtungen man den Bund heranziehen kann und muß. Es wird — da gebe ich Ihnen recht — Probleme geben, die nur bundeseinheitlich geregelt werden können; das kann das Land Bremen nicht im Alleingang machen.

Ich möchte jetzt zu dem Antrag von Ihnen kommen, Herr Frehe. Sie wollen also die Umsetzung des Landesbehindertenplanes von 1979. Ich muß Ihnen sagen, das ist genau das gleiche Problem wie bei dem Berichtsantrag der SPD. Wir haben einen Landesbehindertenplan, und wir haben nebenbei kommunale Behindertenpläne für bestimmte Gruppen, und, Herr Frehe, man kann das immer wieder fordern, nur manchmal wird es einem leid.

Wir haben hier einmal einen Antrag gestellt über ein Konzept für geistig und physisch Kranke im Bremer Westen und im Bremer Norden. Das ist andert-

*) Vom Redner nicht überprüft.

halb Jahre her. Ich habe viele Gespräche, nicht nur mit den Betroffenen, geführt, die das durchführen sollen, und ich habe mich auch anderweitig umgesehen, und gerade der Koordinierungskreis — und das ist wohl so eine kleine Schwäche in Bremen — hat natürlich sehr lange gezögert. Obwohl 1985 schon diese Vorschläge eingereicht wurden von den Verbänden, hat sich 1989 immer noch nichts getan, und 1989 ist dann dieser Kreis zusammengetreten.

(C)

Das dauert unwahrscheinlich lange. Die Verbände sind darauf vorbereitet. Sie haben ihre Konstruktion fertig. Es ist alles klar, nur diese behinderten Menschen müssen warten und warten. Wenn man nur einmal sieht, wenn eine Mutter mit 75 Jahren noch so einen behinderten Menschen betreuen muß! Was das bedeutet, das kann man sich gar nicht vorstellen.

Weiter haben Sie die Werkstatt Bremen angesprochen. Sie wissen, daß die Werkstatt Bremen in der Bundesrepublik einmalig ist in ihrer Konstruktion. Alle anderen Werkstätten, die es für diese Personengruppen in der Bundesrepublik gibt, sind nicht staatlich, sondern sie sind privat, und sie werden von Institutionen geführt. Sie wissen auch, daß jetzt die Werkstatt Bremen dabei ist, kommunaler Eigenbetrieb zu werden.

Ich habe sehr intensive Gespräche da geführt, und diese Verhandlungen sind ja nun fast abgeschlossen, es wird nun noch daran liegen, ob der Senat sein Ja zu diesen Vorschlägen gibt, die da gemacht worden sind, ganz vernünftig sind und auch mit dem Personalrat in langen Verhandlungen diskutiert wurden. Wir sollten nicht immer mit neuen Anträgen in bestimmte Dinge eingreifen.

(D)

Auch das, was Sie hier erwähnt haben, Frau Uhl,

(Abg. **F r e h e** [DIE GRÜNEN]: Völliger Nonsens!)

Sie wissen, daß die Werkstatt Bremen ja Gott sei Dank bereits behinderte Menschen, in Bremen-Nord bei der Norddeutschen-Steingut-Fabrik, beschäftigt und daß sie in Verhandlungen steht mit zwei anderen Großbetrieben in Bremen, die auf der gleichen Basis sich der behinderten jungen Menschen annehmen wollen. Deswegen muß ich sagen, man kann ja nicht immer nur an bestimmten Institutionen Kritik üben. Es gibt ja gute Ansätze.

Was wir hier bemängeln, ist lediglich, daß das, wenn es auch nicht rasant schnell geht, aber wirklich einmal Stück für Stück zu einem Abschluß kommt. Ich habe es vorhin mit den Wohnungen gesagt, es gibt noch andere Probleme. Es ist dann ein Punkt, den kann man hier einfach nicht so mit einer schlanken Hand machen, das ist der vierte Spiegelstrich bei Ihnen, da kann man nicht einfach hier so sagen, das machen wir mit, sondern hier, gerade hier in diesem Bereich, in dem es um behinderte und kranke Menschen geht, kann man das nicht so mit schlanker Hand machen, deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

(A) **Vizepräsident Frau Leinemann:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Uhl, ich glaube, Sie haben etwas mißverstanden. Es ging überhaupt nicht darum zu bestreiten, daß es einzelne Fortschritte im Bereich der Behindertenpolitik in Bremen seit 1979 gegeben hat. Darum ging es nicht. Es ging darum, daß wir 1979 einen Behindertenplan aufgestellt haben, der Ziele formuliert hat, und jetzt wollen wir wissen: Was von diesen Zielen ist tatsächlich umgesetzt worden?

Das ist doch ein legitimes Interesse. Andere Bundesländer haben auch Behindertenpläne zur gleichen Zeit aufgestellt und haben diese mindestens vier-, fünfmal schon fortgeschrieben. In Bremen ist das nicht passiert. Nein, in Bremen ist noch nicht einmal die Aufgabe, die damals mit dem Landesbehindertenplan verbunden war, nämlich kommunale Teilpläne aufzustellen, umgesetzt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind also noch in dem Stadium von 1979. Das ist das Problem.

Das zweite Problem ist: Sie haben gesagt, Ziele seien längst formuliert. Ja, ich lese Ihnen einmal zwei Ziele vor, die im Landesbehindertenplan formuliert wurden: „Nach Auffassung des Senats ist in einer landesrechtlichen Regelung sicherzustellen, daß für jedes behinderte Kind ein beitragsfreier Kindergartenplatz zur Verfügung steht in Verbindung mit einem pädagogischen Angebot, die erforderlichen therapeutischen Maßnahmen durchgeführt und die notwendigen Fahrdienste eingerichtet werden.“ Ist das umgesetzt? Das war 1979!

(B) Zweitens: „Die Gemeinden sind aufgefordert sicherzustellen, daß behinderte Kinder, soweit wie möglich, zusammen mit nichtbehinderten Kindern beschult werden.“ Das sollte durch eine Schulgesetzänderung umgesetzt werden. Ist das umgesetzt, frage ich. Also, darum geht es doch!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie machen das eine oder andere Vernünftige. Ich bestreite dies überhaupt nicht. Aber versuchen Sie tatsächlich, planvoll vorzugehen, wie ein Behindertenplan es nahelegt?

Oder nehmen wir jetzt das Beispiel, das heute in der Presse stand! Frau Stöver fordert ja genau eine Planung in dem Bereich ein. Sie fordert da, daß das nicht nur schrittweise umgesetzt wird, sondern daß der Senat dafür Vorgaben gibt, um Fortschritte zu erzielen. Das ist doch die Frage, und eine solche Planung legen Sie nicht vor.

Dann ein Weiteres! Sie sagen, die Koordinierungsstelle sei aufgestockt worden.

(Frau Senator Uhl: Aufgelöst!)

Also, irgendwie habe ich wohl eine verkehrte Wahrnehmung. Ja, sie ist aufgelöst worden und nicht aufgestockt! Sie haben aber gesagt, sie sei von zwei auf vier aufgestockt worden. Das sind hier die Fortschritte.

(Frau Senator Uhl: Herr Frehe, sie ist aufgelöst als Stelle, aber es sind statt zwei jetzt vier Leute!)

Im Landesbehindertenplan steht, daß eine Koordinierungsstelle eingerichtet werden soll und ein Koordinierungsausschuß arbeiten soll. Der Koordinierungsausschuß arbeitet nicht, die Koordinierungsstelle wird aufgelöst, aber man sieht keine Notwendigkeit, den Landesbehindertenplan fortzuschreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann noch ein Weiteres! Sie bestreiten nicht, daß es Entwicklungsbedarfe gibt. Wir haben einen Rahmen vorgegeben für wichtige Entwicklungsbedarfe, die jetzt nicht mehr, und da muß ich auch die alte Beschlußfassung kritisieren, schädigungsspezifisch orientiert sind, sondern problemorientiert. Heute müßte man in solch einer problemorientierten Sichtweise einen Landesbehindertenplan formulieren. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, ein solches planvolles Vorgehen als Konzept zu formulieren und zu entwickeln. Deswegen sagen wir, so schnell wie möglich muß hier so ein Plan her, der einen Rahmen darstellt.

Sie könnten ja dann durchaus auch feststellen, daß im Rahmen dieser Vorgaben Fortschritte erzielt wurden. Sie könnten sich positiv darstellen, das wollen wir ja gar nicht verhindern! Wir wollen nur, daß es nicht unkoordiniert geht, daß Sie hier einen Flickenteppich machen, da einen Flickenteppich, sondern, wie das 1979 vorgesehen war, konzeptionell vorgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun muß ich doch etwas zu Herrn Kuhnert sagen. Den Ordner, den ich eben hier vorgestellt habe, habe ich damals von Frau Hüller bekommen, und ich muß zu meiner Schande gestehen, den habe ich immer noch nicht zurückgegeben. Frau Hüller hat damals eine wirklich intensive Arbeit in diesem Bereich geleistet. Sie war für viele eine Ansprechpartnerin, ich muß sagen, Sie sind es nicht!

Ich finde, was Frau Hüller damals versucht hat, nämlich über solch eine Planung auch den Senat zu zwingen, konzeptionell vorzugehen, das kann man bei Ihnen überhaupt nicht entdecken. Ich sehe einfach nur, daß Sie sich an die SPD anbiedern

(Beifall bei den GRÜNEN)

und aus diesem Grunde unseren Antrag ablehnen. Ich finde das ziemlich billig, wenn Sie sagen, Sie

(C)

(D)

(A) könnten nicht so schlankweg so einem Antrag zustimmen. Der Antrag formuliert nur Felder, und ich glaube, daß es über diese Felder gar keinen Dissens gibt.

Ich finde es zum Beispiel bezeichnend, daß die CDU durchaus solch einen Antrag mitmacht, und ich finde es gut. Das zeigt, daß die CDU erkannt hat, daß wir gemeinsam solche Forderungen aufstellen und solche Konzepte hier einfordern müssen anstatt immer wieder Berichte, die wir nicht gebrauchen können.

Vizepräsident Frau Leinemann: Herr Frehe, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Frehe** (DIE GRÜNEN): Ja! Ich bin bereit!

(Abg. **J ä g e r** [FDP]: Vielleicht sollten Sie erst einmal den Ordner zurückgeben, Herr Frehe!)

Den gebe ich gern zurück!

Vizepräsident Frau Leinemann: Bitte, Herr Kuhnert!

Abg. **Kuhnert** (FDP): Ich frage Sie: Haben Sie meine Debattenrede verfolgt? Ich habe am Anfang gesagt, daß ich den Antrag der SPD-Fraktion ablehne aus den gleichen Gründen wie Ihren, weil uns Konzepte nichts nützen, sondern wir wollen praktisch etwas verwirklicht haben.

(Beifall bei der FDP)

Abg. **Frehe** (DIE GRÜNEN): Da haben wir eine Differenz. Ich finde, daß man Konzepte braucht, daß man nicht konzeptionslos handeln sollte, ich will nur unnötige Berichte vermeiden. — Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Poppen.

Abg. Frau **Poppen** (SPD)*: Frau Präsident! Ich denke, daß die Debatte heute gezeigt hat, wie nötig solche Debatten hier über den Behindertenbereich in der Bürgerschaft sind. Ich bedanke mich für die engagierten Debattenbeiträge aus den anderen Fraktionen, ich habe allerdings nicht begriffen, warum Sie unseren Antrag ablehnen, denn die gesamte Debatte hat auch gezeigt, daß Sie in vielen Punkten sehr wohl nachvollziehen, warum wir diese Anfrage gestellt haben und daß wir diesen Bericht haben wollen, weil wir natürlich nicht die Defizite hier benennen wollen, sondern weil wir gerade den Behindertenbereich und hier insbesondere — Herr Frehe, das haben Sie, denke ich, auch noch nicht begriffen — den Versorgungsbereich für besonders

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) schwierige Fälle diskutiert haben wollen und den gesamten Bereich nicht länger verstecken wollen.

(Beifall bei der SPD)

Das hat ja die Debatte um das Loch gezeigt, das die zivildienstleistende Arbeit in diesem Bereich erst noch einmal wieder dargestellt hat, und deshalb wollen wir, daß solche Fragen auch konzeptionell in diesen gesamten Bereichen hier diskutiert werden. Ich denke, das haben wir ja auch in der Deputation nun schon besprochen, daß das Ressort so viel Vorarbeit geleistet hat, daß wir eine Behindertendebatte auch im nächsten Frühjahr, Mai, hier auf jeden Fall noch einmal führen können. Dann denke ich auch, daß der nächste Plan, Herr Frehe, daß der nächste Schritt die Neuschreibung des Landesbehindertenplanes ist, die in dieser Legislaturperiode nicht mehr vorgenommen werden kann.

Ich will das hier auch noch einmal zurückweisen, was Frau Erlenwein sehr diffamierend gesagt hat, daß wir hier nur ein Thema besetzen wollen. Um dieses Thema ist es uns so ernst, daß wir hier, gerade in der Bremischen Bürgerschaft, diesen Bereich in einem umfangreichen Bericht diskutieren wollen, und Sie haben ja gerade, also nicht nur Sie, Frau Erlenwein, auch die anderen Fraktionen, hier immer unsere Berichtsansträge mit solchen Argumenten verhindern wollen und abgelehnt, weil immer wieder gesagt worden ist, was will der Senat, er will sich nur darstellen.

Ich denke, gestern die Debatte zum Familienbericht hat so noch einmal klargemacht, daß es sinnvoll ist, einen umfangreichen Bericht, insbesondere eben zu diesen schwierigen Punkt der Versorgung in ganz besonderen Lebenslagen, hier zu diskutieren, und ich hoffe, daß wir den im nächsten Frühjahr hier bekommen und dann auch umfangreich dazu hier diskutieren können.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frau Leinemann: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als erstes rufe ich den Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 12/961 auf.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD Drucksachen-Nummer 12/961 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE GRÜNEN, FDP und
Abg. **A l t e r m a n n** [DVU])

Stimmhaltungen?

(C)

(D)

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 12/1034.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Drucksache 12/1034, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE GRÜNEN und Abg.
A l t e r m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Situation ausländischer Frauen im Lande Bremen

Antrag des Ausschusses „Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen“ vom 20. September 1990
(Drucksache 12/976)

Ich begrüße dazu als Vertreter des Senats Herrn Bürgermeister Wedemeier!

Die Beratung ist eröffnet.

(B) Als erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Janz.

(Präsident D r . K l i n k übernimmt wieder den Vorsitz.)

Abg. Frau **Janz** (SPD): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Der Parlamentsausschuß zur Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen erbittet vom Senat bis zur Sommerpause 1991 einen Bericht über die Situation derjenigen ausländischen Frauen, die als Arbeitnehmerinnen, als Ehefrauen ausländischer Arbeitnehmer oder sonstige Familienangehörige oder als Asylsuchende in das Land Bremen gekommen sind beziehungsweise aufgrund von Geburt im Lande leben. Die angefragten Daten sollen vom Stichtag an fünf Jahre zurück erhoben werden.

Der Parlamentsausschuß hat sich zu Beginn seiner Arbeit einen Arbeitsschwerpunkt gesetzt, um die Situation der ausländischen Frauen im Lande Bremen zu durchleuchten. Wir haben in unseren Sitzungen mehrere ausländische Frauen dabei gehabt, haben mit ihnen diskutiert, haben auch mit diversen Organisationen diskutiert und haben feststellen müssen, daß es vielerlei Diskrepanzen und Probleme gibt, und gleichzeitig haben wir feststellen müssen, daß es in den meisten Bereichen überhaupt keine Daten gibt, auf die man vielleicht zurückgreifen könnte oder die uns auch die Möglichkeit geben könnten, Hilfestellung zu leisten beziehungsweise Abhilfe zu schaffen.

(C) Ausländische Frauen, meine Herren und Damen, gehören zu den schwächsten Gliedern in unserer Gesellschaft und werden unseres Erachtens am stärksten diskriminiert. Das in diesem Jahr verabschiedete Ausländergesetz trägt meines Erachtens ebenfalls dazu bei, mehr Rechtsunsicherheit auszulösen, als eine humane Ausländerpolitik zu fördern.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen nach Auffassung der Mehrheit dieses Ausschusses hier heute keine inhaltliche Diskussion zu diesem Thema führen, diese inhaltliche Diskussion wollen wir nach Erhalt der Antwort hier im Parlament durchführen, und ich glaube, dann werden auch die unterschiedlichen Positionen der einzelnen Parteien deutlich, denn dieser Antrag, den wir heute vorgelegt haben, ist erstens ein Mehrheitsantrag dieses Ausschusses, und zweitens ist es ein Kompromißpapier, wobei wir versucht haben, ihn mühselig in unserem Parlamentsausschuß, der ja von allen Parteien besetzt ist, zu erarbeiten. Ich will deshalb hier auch keine längere Begründung dieses Antrages vornehmen, bitte Sie aber, dem Mehrheitsantrag des Parlamentsausschusses zuzustimmen! — Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Bohling.

(D) Abg. Frau **Bohling** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Auch wir wollen heute keine inhaltliche Diskussion führen. Wir rügen lediglich die Form dieses Berichtsantrages zur Situation ausländischer Frauen im Lande Bremen und werden ihn deshalb ablehnen.

Es ist richtig, die Entstehungsgeschichte war derart, daß aufgrund des neuen Ausländergesetzes der Ausschuß für das eigenständige Ausländerwahlrecht der Frauen plädieren wollte und anschließend die Fraktionen dafür plädieren sollten, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation. Das war der Fakt und hätte durchaus auch mit Gleichberechtigung zu tun gehabt, egal wie hinterher die Fraktionen entschieden hätten.

Die ausländischen Frauen und Kinder, ich betone ausdrücklich „und Kinder“, sind in der Tat diejenigen, die die Last und die Not in ihren Familien zu tragen haben, in ausländischen Familien, die anderen Gesetzen als wir unterliegen, Gesetz jetzt im Sinne von sie kommen aus einer anderen Welt, und sie bedürfen unseres besonderen Schutzes. Deshalb wehren wir uns zunächst auch schon einmal deswegen dagegen, daß hier jetzt eine bürokratische Auflistung geschieht.

Abgesehen davon, ich mag das hier kaum sagen in diesem Zusammenhang, werden damit ja Verwaltungen auch Hunderte von Stunden beschäftigt. Es handelt sich um Fragen, die im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeit des Gleichberechtigungs- oder auch

(A) Frauenausschusses selbst erfragt werden könnten. Wir sind dagegen, daß zum Beispiel, das halte ich nun auch wohl für das Schärfste, diese, ich sage einmal ganz kraß, Schnüffelei, Schlüssellochschnüffelei bei Prostitution und derart ähnlichen Fragen geschieht.

Andere Fragen sind widersprüchlich. Frauen, die hier fünf Jahre nicht arbeiten dürfen, können keinen Antrag auf Arbeit stellen. Bei anderen Fragen, würden sie denn beantwortet, besteht absolut die Gefahr, daß der Datenschutz eben da betroffen wird in der Form, daß die Gefahr der Reanonymisierung geschieht, bei den Fragen drei/sechs/eins und sieben zum Beispiel. Andere Fragen gehen nach unserer Meinung auch in die falsche Richtung. Zum Beispiel ist für uns selbstverständlich, daß in den Ausländerfrauenberatungsstellen Frauen sind und keine Männer, die beraten. Da sollte man, meinen wir, das ist wichtiger, nach einem Dolmetscher fragen.

Würde also nach langer Zeit, wie ich meine, dann unvollständig, diese Antwort vorliegen, sind wir überzeugt, daß uns das überhaupt nicht weiterhilft, daß wir da keinen Schritt weitergekommen sind, und den ausländischen Frauen würde es dann sicher am wenigsten helfen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Pautzke.

(B) Abg. Frau **Pautzke** (FDP): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, möchte ich erstens unser Selbstverständnis betonen, das wir in den Möglichkeiten des Parlamentsausschusses sehen, der nicht ohne Sinn den Titel „Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen“ führt; zweitens, daß doch wohl niemand das Anliegen des Ausschusses zu gemeinsamen fraktionsübergreifenden Initiativen in frauenrelevanten Fragen ernsthaft in Frage stellen kann, ist doch wohl die pure Selbstverständlichkeit. Daß sich der Ausschuß dann auch mit den Problemen ausländischer Frauen beschäftigt, ist die Folge davon.

Das Ergebnis ist nun in diesem Fall der Ihnen vorliegende Berichts Antrag, dessen zahlreiche Fragen auf dem Interesse aller Fraktionen hier im Hause basieren und die im Ausschuß, wo auch meine Kollegin Frau von Schönfeldt und ich dabei gewesen sind, gemeinsam erarbeitet wurden.

Wer nun glauben oder glauben machen möchte, wir hätten wegen des gemeinsamen Antrags zum Bericht und dessen Formulierungen unsere eigene politische Meinung an der Garderobe abgegeben, der irrt sich sehr. Andererseits aber lassen Sie sich sagen, es gibt hier auch im Parlament eine wachsende Frauensolidarität; überwiegend denke ich, daß die Mehrheit noch so denkt,

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

die den Männern eigentlich auch gar keine Angst zu machen braucht. Eigentlich nicht! Wir beobachten sie in anderen Landtagen, wir beobachten sie auch im Bundestag. (C)

Diese Frauensolidarität sollte sich niemand durch kleine Seiteneinstiche kaputt machen lassen, und wir sollten uns nicht in unseren Initiativen bevormunden lassen. Nichtdestoweniger können Sie davon ausgehen, daß die FDP-Fraktion nach Vorlage des Berichts in die politische Diskussion im Detail eintreten wird. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel-Rüdel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel-Rüdel** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben mit Mehrheit im Parlamentsausschuß für Frauenfragen diesen Antrag verabschiedet, weil wir der Meinung sind, daß es überfällig ist, einen solchen Antrag zu stellen und einen Bericht zu erhalten, der uns detailliert Auskunft gibt über die Situation ausländischer Frauen. Meine Partei geht davon aus, daß dieser Bericht auch deswegen notwendig ist, denn Auswirkungen des neuen Ausländergesetzes lassen Verschlechterungen für die ausländischen Frauen hinsichtlich des Anspruchs auf ein eigenständiges Aufenthaltsrecht sowie der Möglichkeit, eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, erwarten. Ausländische Frauen und Kinder sind am ehesten die, die im Abseits und im Dunkeln stehen in dieser Gesellschaft, und deswegen haben wir die Aufgabe, Licht in diese Situation zu bringen. (D)

Auch soziale Probleme im geeinten Deutschland lassen mehr Ausländerfeindlichkeit befürchten. Deswegen ist es ebenfalls dringend notwendig, daß wir uns darum kümmern und ausführliches Material erhalten. Um so weniger, Frau Bohling, kann ich verstehen, daß Sie eine bürokratische Auflistung beklagen. Einen Berichts Antrag zu stellen erfordert doch, genaue Fragen zu stellen, um an ausführliches Material und an Informationen heranzukommen. Von daher kann ich Ihr Unbehagen nur so verstehen, daß Sie aufgrund Ihrer Ausländerpolitik lieber nicht zu nahe an dieses Thema heran wollen und sich nicht mit den Auswirkungen Ihrer Ausländerpolitik auseinandersetzen wollen.

Dann kann ich nur sagen, wenn Sie diesen Antrag in Einzelheiten kritisieren, dann hätten Sie doch Änderungsanträge stellen sollen, das wäre doch dann das angemessene Verhalten gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Janz.

(A) Abg. Frau **Janz** (SPD)*): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Frau Bohling, ich bin auch ein bißchen überrascht darüber, daß Sie heute hier versuchen, einzelne Fragen neu zu formulieren beziehungsweise Ihre Kritik daran anzumelden. Ich denke, das hätten Sie im Ausschuß tun können, das haben Sie, da will ich noch einmal wiederholen, was Frau Dr. Trüpel-Rüdel gesagt hat, im Ausschuß nicht getan.

Um das auch noch einmal klar und deutlich zu machen, natürlich ist es so, daß diese Fragen eine Gemeinschaftsarbeit gewesen sind und auch die Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und auch der FDP bei bestimmten Fragen gar nicht der Meinung waren, daß sie gestellt zu werden brauchten, aber wenn wir versuchen, in diesem Ausschuß etwas gemeinsam für Frauen zu tun, dann müssen wir auch versuchen, Kompromisse zu erreichen, um das Höchstmögliche an Wissen über die Situation ausländischer Frauen im Lande Bremen zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erst dann können wir anfangen, wenn wir diesen Bericht vorliegen haben, darüber zu diskutieren, und dann sollten wir unser parteipolitisches Süppchen kochen, wenn es denn überhaupt erforderlich ist, wobei ich glaube, daß es wichtiger wäre, gemeinsam für die Situation der ausländischen Frauen etwas zu tun, als immer nur auf die Parteipolitik zu blicken. — Danke schön!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jäger.

Abg. **Jäger** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben selbstverständlich hier im Hause sehr viel Verständnis dafür und finden es richtig, daß über Fraktionsgrenzen hinweg gemeinsame Initiativen erarbeitet werden. Aber die Erarbeitung einer solchen gemeinsamen Initiative darf nicht mißverstanden werden, daß dadurch unterschiedliche Betrachtungen auf Politikfeldern plötzlich nicht mehr da sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das wäre ein gravierendes Mißverständnis.

Wir haben diesen Antrag, der im Ausschuß erarbeitet worden ist, in unserer Fraktion diskutiert. Wir haben ein Interesse daran, deshalb stimmen wir ihm auch zu, daß Antworten darauf gegeben werden, aber wir verhehlen nicht, daß wir mit der Formulierung von einigen Fragen erhebliche Probleme haben. Ich will Ihnen nur zwei nennen, damit das auch deutlich ist. Ich sage das auch an die Adresse der Verwaltung hinsichtlich der inhaltlichen Bearbeitung dieser Fragen.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Ich nehme da die Frage sieben, da heißt es: „Wie viele Frauen aus asiatischen Ländern“ — die Frage ist, sind das eigentlich nur asiatische — „leben im Lande Bremen als ‚gekaufte‘ Ehefrauen, Prostituierte und Dienstmädchen? Zahlen bitte aufgeschlüsselt angeben“. Da frage ich Sie einmal in aller Bescheidenheit: Wie vereinbaren Sie das eigentlich mit dem Datenschutz?

(C)

(Beifall bei der FDP)

Mit welcher Fragestellung wollen Sie eigentlich an die betreffenden Personen herangehen? Da sind doch gravierende Bedenken erlaubt.

Ein weiteres Beispiel ist die Frage 11.4: „Wie viele von ihnen“ — die Frauen sind gemeint — „arbeiten in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen?“ Da frage ich Sie einmal, was sind eigentlich ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse?

(Abg. Frau **Grotheer-Hüneke** [SPD]: Das wissen Sie nicht? — Abg. Frau **Lange** [SPD]: Das weiß doch jedes kleine Kind!)

Das müssen Sie aber darlegen. Heißt das, daß es Arbeitsverhältnisse gibt, die Sie für rechtswidrig halten, weil sie nicht geschützt sind?

(Abg. **Stiering** [SPD]: Natürlich! — Abg. Frau **Lange** [SPD]: Darum geht es den Krankenkassen doch so schlecht!)

(D)

Herr Stiering, das muß dargelegt werden! Ich sage Ihnen hier, nach Auffassung der FDP-Fraktion sind 470-DM-Verträge rechtlich zulässige und nicht zu beanstandende Arbeitsverhältnisse.

(Beifall bei der FDP)

Sie sollten gerade auf diesem Feld bei der Wahl der Worte und der Frageformulierung sehr sorgfältig sein, deshalb sind hier kritische Anmerkungen in Einzelfällen angebracht. Diese wollte ich Ihnen zur Kenntnis geben. Im übrigen sehen wir der Beantwortung dieses Antrages mit Interesse entgegen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Meine Damen und Herren, dieser Tagesordnungspunkt ist in vorbildlicher Kürze abgehandelt worden. Ich glaube, das sollten Sie auch einmal anerkennen!

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Ausschusses „Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen“ mit

- (A) der Drucksachen-Nummer 12/976 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Abg. **Alt er m a n n**
[DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

**Einrichtung eines nichtständigen Ausschusses
„Verfassungsreform“**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 25. September 1990
(Drucksache 12/980)

Wir verbinden hiermit:

Nichtständiger Ausschuß „Verfassungsreform“

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. November 1990
(Drucksache 12/1020)

- (B) Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.
Das Wort hat der Abgeordnete Frehe.

(Vizepräsident Frau **Le i n e m a n n** übernimmt den Vorsitz.)

Abg. **Frehe** (DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir leben in einer verfassungspolitisch ungeheuer interessanten Zeit. Soeben haben sich die fünf neuen Bundesländer gebildet, und wir erwarten einen intensiven Diskussionsprozeß über die Landesverfassungen dort.

Man wird zum Beispiel gespannt sein können, ob und in welcher Weise zum Beispiel der Diskussionsprozeß in Brandenburg bei einer Regierungsbeteiligung des Bündnis 90, die ja auf Bürgerrechte besonderen Wert legen, zu anderen Ergebnissen kommt als zum Beispiel Mecklenburg mit einer CDU- und FDP-Koalition. Ich bin jedenfalls da sehr gespannt.

Wenngleich der Umwälzungsprozeß in den letzten Monaten die Diskussion um eine neue DDR-Verfassung am runden Tisch überschattete, so ist dieser Verfassungsentwurf mindestens das interessanteste rechtspolitische Ergebnis, das aus der ehemaligen DDR in die Bundesrepublik eingebracht wird, denn die verfassungspolitische Diskussion in Deutschland ist noch keineswegs zu Ende. Noch kürzlich, und das an die Adresse der SPD, hat sich Frau Däubler-Gmelin für eine Überarbeitung und eine Volksabstimmung über das dann überarbeitete Grundgesetz ausgesprochen, in der es dann als neue Verfassung

endlich nach Beendigung des Provisoriums in Gesamtdeutschland vom Volk angenommen werden soll.

Aber auch in den sogenannten Altbundesländern gibt es Bewegung. In Schleswig-Holstein hat man aus dem Verfassungsmißbrauch der Landesregierung unter Barschel radikale Konsequenzen gezogen und eine neue Landessatzung ausgearbeitet. In Niedersachsen und Hessen werden Verfassungsänderungen erwogen. Das Ergebnis der Diskussionen in Schleswig-Holstein ist beachtlich. Schleswig-Holstein hat gegenwärtig die modernste und bürgerfreundlichste Landesverfassung in der Bundesrepublik.

Auch wir in Bremen haben ja nach dem Einzug der DVU in den Landtag ein deutliches und erschreckendes Signal erhalten, was passiert, wenn Bürger sich nicht mehr ernst genommen fühlen und ihrem Protest entsprechenden Ausdruck verleihen.

In der Regierungserklärung von Herrn Wedemeier vom 12. November 1987 ging Bürgermeister Wedemeier auf die Herausforderung ein, mehr Bürger für die Politik zu gewinnen. Er nahm damals ausdrücklich auf die gleichzeitig stattgefundenen Wahlen in Schleswig-Holstein Bezug. Ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin:

„Meine Damen und Herren, in einer Situation, da die Fragen der politischen Moral und des Umgangs miteinander in unserem parlamentarischen System eine so eindringliche Aktualität gewonnen haben, sind alle politisch Verantwortlichen mehr denn je gefordert, über die Form der politischen Auseinandersetzung und die Basis über einen notwendigen Grundkonsens nachzudenken.“

Um dieses Nachdenken geht es uns. Schleswig-Holstein hat klare Konsequenzen gezogen. Die SPD und die CDU haben dort gemeinsam eine neue Verfassung ausgearbeitet. Auch wir sollten gemeinsam darüber nachdenken, wie die demokratische Mitwirkung der Bürger in Bremen verbessert und intensiviert werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Beirätereform war ja so ein erster Ansatz, auch wenn sie uns zugegebenermaßen nicht weit genug ging. Eine stärkere Einbeziehung der Bürger in den Prozeß der parlamentarischen Demokratie, also ein Stück direkter Demokratie, ist unseres Erachtens das Gebot der Stunde. Wir haben hierzu eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die wir nicht als die letzten Lösungen verstehen wollen. Wir haben sie daher auch nicht als Gesetzeswortlaut vorgegeben, sondern wollen zu diesen Punkten den Diskussionsprozeß in Gang bringen. Wir begreifen unsere Vorschläge als erste Diskussionsgrundlage für die Tätigkeit eines einzurichtenden nichtständigen Ausschusses Verfassungsreform, um dessen Einsetzung wir das Haus bitten.

(C)

(D)

(A) Ich habe von der Mehrheitsfraktion gehört, daß man einen solchen Antrag nicht unterstützen will. Ich weiß nicht, ob ich da richtig informiert bin. Über den CDU-Antrag habe ich mich, obwohl er mit unserem möglicherweise konkurriert, trotzdem gefreut, da er ja signalisiert, daß man möglicherweise unsere Vorstellungen nicht so in dieser Weise mittragen will, aber durchaus gesprächsbereit ist und einen solchen Ausschuß mit solch einer Diskussion will.

Ich denke, das ist ein positives Zeichen, und ich habe das sehr wohl als Entgegenkommen verstanden. Ich bitte daher die SPD, sich noch einmal zu überlegen, ob sie in einer Zeit, in der alle Welt über die Ausgestaltung von Verfassungsrechten redet, sich dieser Diskussion verweigern will.

Nun zu einigen besonders wichtigen inhaltlichen Vorschlägen! Wir erleben gegenwärtig, daß die Bremische Landesverfassung von den Bürgern und Bürgerinnen kaum als für sie relevante Orientierung begriffen wird. Wenn verfassungsrechtlich argumentiert wird, dann wird meistens das Grundgesetz herangezogen, aber nicht unsere Landesverfassung. Das liegt meines Erachtens auch daran, daß in der Landesverfassung selbst einiges nicht so geregelt ist, wie es die Bürger für sich erwarten.

Eine entscheidende Verbesserung der Bremer Landesverfassung in diesem Sinne würde zum Beispiel die Einführung einer Verfassungsbeschwerde sein, weil sich dann die Bürger direkt an den Staatsgerichtshof wenden können, um die eigenen Verfassungsrechte, die unsere Landesverfassung ihnen garantiert, auch durchzusetzen.

(B) Ein solches Recht besteht gegenwärtig nicht. Wir haben eine Landesverfassung ohne die Möglichkeit der Bürger, über Verfassungsbeschwerde ihre verfassungsrechtlich garantierten Rechte durchzusetzen.

Sowohl das in Artikel 8 Bremische Landesverfassung garantierte Recht auf Arbeit in Verbindung mit dem Artikel 49 Absatz 2 der Landesverfassung, das dies noch einmal als Staatsziel beschreibt, das finde ich eine sehr interessante Kombination, als auch das in Artikel 14 Absatz 1 Landesverfassung garantiert Recht auf eine angemessene Wohnung, ein Thema, das im Augenblick besonders wichtig ist, würde bei Bestehen einer solchen Möglichkeit der Verfassungsbeschwerde sicherlich häufiger zu der Inanspruchnahme dieses Rechtsweges führen und damit dem Verfassungsrecht mehr Geltung verschaffen.

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Deswegen sind die ja dagegen!)

Ja, das könnte man vermuten. Beide garantierten Rechte könnten zum Beispiel das Parlament zu einer anderen Prioritätensetzung im Haushalt zwingen, zum Beispiel zu einer stärkeren Orientierung auf Beschäftigungsprogramme, oder zu Änderungen in der Frage der Wohnunterbringung.

(C) Hier ist besonders spannend das Verhältnis von Grundrecht und Staatszielbestimmung. Für die Bürgerinnen und Bürger sollte eine solche Berufung auf die garantierten Verfassungsrechte auch vor der Ausschöpfung des allgemeinen Rechtsweges möglich sein, wenn sie sich in ihren in der Landesverfassung garantierten Grundrechten durch Landesgesetze oder Maßnahmen der öffentlichen Gewalt verletzt fühlen. Damit würde ein zusätzliches neues Stück politischer Kultur geschaffen werden.

Der in Bremen verankerte Volksentscheid hat in der Praxis keine Bedeutung gehabt. Das liegt vor allen Dingen daran, daß das Quorum für ein Volksbegehren in Artikel 70 der Landesverfassung zu hoch angesetzt ist. In Artikel 70 c Bremische Landesverfassung wird das Volksbegehren als eine der drei Voraussetzungen für einen Volksentscheid bestimmt. Gegenwärtig kann man nur mit einem Fünftel der stimmberechtigten Bürger den Senat zur Vorlage eines Gesetzentwurfes in der Bürgerschaft zwingen. Wird dieser Entwurf nicht unverändert von der Bürgerschaft angenommen, so findet ein Volksentscheid statt.

(Unruhe)

Soll ich einmal einen Augenblick aufhören, bis es aufgehört hat zu piepsen?

(D) **Vizepräsident Frau Leinemann:** Ich glaube, wir schaffen das jetzt, Herr Frehe!

Abg. **Frehe** (DIE GRÜNEN): Es lenkt doch etwas ab! Der schleswig-holsteinische Landtag hat mehrheitlich die Einführung eines Volksentscheides und damit auch des Volksbegehrens wegen einer möglichen Gefährdung der parlamentarischen Demokratie abgelehnt. In dem Sondervotum aber von Dr. Schuber-Griese und Professor Dr. Seifert wird jedoch die Auffassung vertreten, daß das Volksbegehren eine wesentliche Erweiterung der parlamentarischen Demokratie und ein verbindliches Sachvotum der Bürger sei. Dies ist in Skandinavien durchaus üblich und dort auch anerkannt. Dort ist sogar das Quorum für ein solches Volksbegehren niedriger als zwei Prozent angesetzt, zum Beispiel in Dänemark.

Wenn das jetzige Quorum zu hoch ist, um das Volksbegehren praktisch wirksam werden zu lassen, dann muß es gesenkt werden. Wir schlagen in einer ersten Diskussionsrunde in der Tat eine sehr drastische Senkung auf zwei Prozent vor. Zwei Prozent der Stimmberechtigten, das wären also zirka 10 000 Bürger und Bürgerinnen, ein Quorum, das ungefähr doppelt so hoch ist wie das der von uns auch vorgesehenen Volksinitiative!

Das Volksbegehren ist auf Gesetzentwürfe und Verfassungsänderungen beschränkt. Das ist auch überall in allen Verfassungen des Bundesgebietes so geregelt. Die Herabsetzung des Quorums für das Volksbegehren auf ein Zehntel der jetzigen Höhe

(A) mag bei vielen Ängste auslösen. Eine wirkliche Gefährdung der Demokratie wird aber viel weniger von ihr ausgehen als von der gegenwärtigen politischen Apathie und Abstinenz großer Teile der Bevölkerung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unterhalb eines solchen Volksbegehrens soll die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger auch durch eine Volksinitiative ermöglicht werden, wie Schleswig-Holstein das vorgesehen hat. Dort ist das Volksbegehren nicht verankert, aber die Volksinitiative. Die Volksinitiative soll anders als das Volksbegehren nicht automatisch im Falle der parlamentarischen Ablehnung zum Volksentscheid führen.

Ebenso beschränkt sie sich nicht nur auf Gesetzentwürfe, sie stellt vielmehr eine qualifizierte Meinungsäußerung aus der Bevölkerung dar, zu der sich das Parlament verhalten muß. Damit wird für die einzelnen Bürger ein Recht auf argumentative Teilnahme am Entscheidungsprozeß eingeräumt, ohne die parlamentarischen Rechte der Abgeordneten einzuschränken.

Die Volksinitiative ist in der schleswig-holsteinischen Landesverfassung mit einem Quorum von 10 000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern verankert worden. In Bremen wäre ein solch großes Quorum eher bei 5 000 anzusiedeln, da dies bereits für ein kleines Bundesland eine qualifizierte Meinungsäußerung darstellen würde.

(B)

Unterschriftenlisten zu aktuellen politischen Fragen, wie zum Beispiel zum Verkehrskonzept, würden dann nicht einfach im Papierkorb verschwinden, sondern als Volksinitiative in die parlamentarische Beratung einbezogen werden. Durch Gesetz und Geschäftsordnung sollte in solch einem Fall die Möglichkeit zur Erläuterung vor dem Parlament oder einem Ausschuß der Initiative eingeräumt werden, ähnlich wie das den Kammern zugestanden wird.

Neben dem Volksbegehren findet gegenwärtig der Volksentscheid bei Verfassungsänderungen statt, die nicht einstimmig beschlossen wurden, aber die Bürgerschaft mehrheitlich beschließt, oder wenn eine von ihr zu entscheidende politische Frage der Bevölkerung unterbreitet wird. Ich habe das jetzt nicht ganz korrekt dargestellt, es gibt zwei Alternativen.

Die erste: Eine Verfassungsänderung wird mehrheitlich beschlossen, aber nicht einstimmig, dann kommt es zu einem Volksentscheid, oder die Bürgerschaft beschließt mehrheitlich, eine bestimmte Frage der Bevölkerung zu unterbreiten. Wenn das Recht zur Durchführung eines Volksentscheides nicht auch als parlamentarisches Oppositionsrecht ausgestaltet ist, kommt es wahrscheinlich nie zustande. Bis jetzt ist mir kein Fall bekannt, in dem in Bremen ein solcher Volksentscheid durch Mehrheitsbeschluß des Parlamentes zustande gekommen wäre.

Ein Drittel der gesetzlichen Mitgliedschaft der Bürgerschaft ist unseres Erachtens ein ausreichend großes Quorum, um den Mißbrauch zu verhindern, weil nur eine gesammelte Opposition, in diesem Fall nicht einmal die CDU allein, einen solchen Volksentscheid durchsetzen könnte, sondern mit anderen Oppositionsparteien zusammen.

(C)

Einig sind wir wahrscheinlich alle hier im Hause darüber, daß das Petitionsrecht in der Landesverfassung verankert werden müßte. Im Grundgesetz ist es verankert.

Eine Verbesserung der Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger, gleichzeitig eine Parlamentsreform, könnte aber auch die grundsätzliche Öffentlichkeit der Deputationssitzungen erreichen. Auch hier ist Schleswig-Holstein Vorbild, dort sind sämtliche Ausschüsse grundsätzlich öffentlich. Es kann die Nichtöffentlichkeit zu bestimmten Tagesordnungspunkten und für bestimmte Bereiche beschlossen werden, wie zum Beispiel Bürgerschaftsausschüsse, bei denen es selbstverständlich ist, daß sie nicht öffentlich sind.

Wer möchte schon auf die lebendigen Debatten verzichten, wie wir sie in Beiräten erleben? Dort haben wir die Öffentlichkeit, und das wäre in den Deputationen ein wichtiger Fortschritt und eine spannende Intensivierung der fachpolitischen Auseinandersetzungen auf der einen Seite, gleichzeitig wäre es eine Entlastung der Tagesordnung dieser Bürgerschaft.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verehrte Damen und Herren, ich erwarte nicht, daß Sie alle unsere inhaltlichen Positionen, die ich eben vorgestellt habe, teilen, aber ich bitte Sie ganz herzlich, stimmen Sie der Möglichkeit zu, die Vorschläge in einem nichtständigen Ausschuß dieser Bürgerschaft debattieren zu können! — Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stieringer.

Abg. Frau **Stieringer** (CDU): Frau Präsidentin, meine Herren und Damen! Herr Frehe, Sie haben es richtig vorhergesehen, wir können Ihren Antrag aus dem Grunde nicht mitmachen, weil die Zielrichtung in einigen Punkten nicht der unseren entspricht, aber wir begrüßen Ihre Intention. Als Abgeordnete, die lange Jahre im Geschirr der Politik gegangen ist, muß ich sagen, daß es ein wirklicher Lichtblick ist, sich noch einmal mit der Verfassung, die uns begleitet hat und die uns so viel bedeutet, befassen zu können. Es hat richtig Spaß gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben uns nicht nur mit der formellen Bremischen Landesverfassung befaßt, abgedruckt in Hand-

(A) büchern und alten Folianten, sondern auch mit der Verfassung im materiellen Sinne, mit der Gesamtheit der geschriebenen und ungeschriebenen Rechtsregeln über Grundlagen und Aufbau unseres Staates und mit der kleinen Verfassung, der Geschäftsordnung, eine ganz wichtige Sache, die sich die Bürgerschaft immer selbst gibt, mit der die kleine Politik gemacht wird, von der Kurt Tucholsky spöttisch gesagt hat, daß der Deutsche dieses Spiel in allen Vereinen und Parlamenten perfekt beherrscht und daß er, wenn er sich zur Geschäftsordnung meldet, damit sagen will, der andere sei ein Schweinehund.

Die Geschäftsordnungen verändern sich leichter, passen sich an, die Verfassung hat etwas Würdiges an sich, man nimmt unwillkürlich eine demütigere Haltung ein, wenn man sich auf sie beruft. Sie müsse zunächst statisch sein, hat Theodor Spitta, der erste Verfasser, gesagt. Genau wie Kollege Frehe habe auch ich ein bißchen herumgehört und gefragt, macht ihr denn mit, die Mehrheitsfraktion hat gesagt, nein, machen wir nicht, viel zu kurz ist die Zeit.

Man könnte einen langen Exkurs machen über die Zeit als solche und wieviel ein Jahr im Leben eines Menschen bedeuten kann, aber ich möchte den Punkt praktischer abhandeln und darauf verweisen, wie die ersten Gründer unserer Verfassung gearbeitet haben.

Sie haben vom 2. April 1947 bis 15. September 1947 beraten und dann eine komplette Verfassung auf die Beine gestellt. Es waren frühere Kollegen von uns, Herr Stockhinger, Frau Stiegler, Herr Dr. Lueken, Herr Heldmann, Grabau, Rafoth, wie sie alle hießen. Sie kamen aus den täglichen Schwierigkeiten der zerbombten Stadt. Sie hatten zudem ihre Not mit der amerikanischen Militärregierung, die ihnen Vorgaben machte, und das nahezu bei jedem Satz, Sie alle können es nachlesen in dem stenographisch aufgenommenen Protokoll. Diese Schwierigkeiten hatten sie, und in fünf Monaten stellten sie dennoch die Verfassung auf die Beine.

Der Bürgermeister hat einen Zwischenruf gemacht, der natürlich völlig richtig ist, Bürgermeister Spitta sagte damals den Kollegen, ich habe eine Vorlage, die habe ich mir ausgedacht, sie hat mit einem Parteiprogramm nichts zu tun, Spitta durfte auch an dem Ausschuß nicht teilnehmen — als Bürgermeister —, weil die Amerikaner das verboten. Man könne sich ja an dieser wertneutralen Verfassung orientieren, hat er vorgeschlagen, und so wurde dann verfahren.

Daß die Bremische Landesverfassung reformiert werden muß, haben viele Kollegen über Jahre hinaus erkannt. Ich habe die ersten Versuche des Kollegen Dr. Sieling aus dem Jahre 1968 gefunden. Später hat die CDU um den Untersuchungsausschuß gekämpft, wir haben in zwei Legislaturperioden nichtständige Ausschüsse zur Reform der Landesverfassung eingesetzt, und mit jedem Jahr wurden die Protokolle dicker. Die Väter unserer Landesverfassung arbeiteten anders. Sie diskutierten Wesentliches aus

und faßten Unwesentliches knapp zusammen. Das nachzulesen ist schon sehr beeindruckend. (C)

Nun könnte man sagen, was soll es, jetzt, kurz vor dem Ende der Legislaturperiode, noch etwas Neues anzufangen. Ich sage, das zeigt den ermüdeten Abgeordneten, der zweifelnd fragt, wie soll ich das in einem Jahr schaffen?

Doch nun kommt eine kleine kecke Fraktion ganz groß heraus und tönt: Jetzt ändern wir die Landesverfassung. Hintergrund ist natürlich, daß Sie alle Vorlagen haben. Sie haben alle Beschlüsse, die wir schon längst gefaßt hatten, die nur deshalb nicht zustande gekommen sind, weil es in der Mehrheitsfraktion damals Krach gab. Es gab Krach zwischen dem heutigen Senator Scherf und unserem Ausschußvorsitzenden Bugla — ich selbst gehörte dem Ausschuß an —, und das Ganze kam in letzter Minute nicht zustande.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Wir wurden immer beschimpft!)

Während sich die beiden Kontrahenten krachten, sagte die FDP, „wenn zwei sich zanken, freut sich der Dritte“, und forderte ein Grundmandat. Das schloß natürlich zwangsläufig wieder alle Beteiligten in einer ganz festen solidarischen Gruppe zusammen, und es passierte gar nichts.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte im Gedenken an Gerd Bugla noch einmal bekräftigen, daß wir einstimmig mit allen Fraktionen sorgfältig seinerzeit die Verfassung geflüht haben. In einem neuen Ausschuß kann man sich darauf stützen. (D)

Wir haben noch mehr getan, wir haben das Gutachten Böckenförde eingeholt. Er bekam 10 000 DM, das war eine Unsumme, über die lange diskutiert wurde. Damals waren 10 000 DM noch etwas. Er bekam sie, er prüfte die Verfassung und stellte im einzelnen fest, was zu ändern sei.

Auf all das kann man zurückgreifen mit dem guten Willen aller. Wir alle wollen doch, daß Neues geschaffen und verankert wird, und bitte sagen Sie nicht, wir haben nur noch ein Jahr! In einem Jahr schaffen wir das alles. Wir wollen dieses lächerliche Einstimmigkeitsprinzip abändern. Wir sind keine Kardinäle in Konklave, die so lange eingesperrt bleiben, bis sie sich nun auf einen Papst geeinigt haben. Das haben wir nicht nötig. Wir können auch keinen Politclown gebrauchen, der plötzlich verwirrt ist und erklärt „nicht mit mir“ und dadurch alles sprengt.

Mein ganz besonderes Anliegen wäre, ich möchte es den Kollegen sehr ans Herz legen, den Datenschutz in die Grundrechte der Landesverfassung aufzunehmen. Kollege Cassens hat es im Jahre 1979 gefordert, damals ging es unter, denn wenige hielten damals viel vom Datenschutz, heute ist es anders.

(A) Wir wollen aktive Politik für den Bürger machen, wir wollen zeigen, daß wir etwas verändern können, und im Andenken an Horst-Jürgen Lahmann, der sehr aktiv in Sachen Grundmandat war, möchte ich sein Zitat gebrauchen, das er oft als Redeschluß verwendet hat: „Es gibt viel zu tun, packen wir es an!“ — Danke schön!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Klink.

Präsident Dr. Klink: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion wird die beiden Anträge ablehnen.

Ich will zunächst einmal etwas sagen zum Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN. Im Mittelpunkt dieses Antrages steht die Verbesserung der Bürgerrechte, die Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten unserer Bürger. Dies ist in der Tat eine Frage, über die es sich lohnt nachzudenken, immer wieder nachzudenken, denn die Bürgerrechte werden ja beeinflußt von gesellschaftlichen Veränderungen, von gesellschaftlichen Entwicklungen, und wir haben darauf zu reagieren.

Aber ich weise auf eines hin: Ich stimme Ihnen nicht zu, wenn Sie sagen, daß hinsichtlich der Bürgerrechte die Bremer Bürger ein distanzierendes Verhältnis bei uns haben. Ich glaube, es gibt keine Landesverfassung in der Bundesrepublik, die so stark gerade auf Stärkung von Bürgerrechten abstellt, wie es unsere Verfassung tut. Es gibt kaum eine andere Praxis, wo soviel Beteiligungsmöglichkeiten gegeben sind. Das ist uns gerade in den letzten Monaten deutlich geworden, als eine sehr breite Verfassungsdiskussion in der Bundesrepublik ausgebrochen ist.

(B) Wir werden diesem Antrag der GRÜNEN nicht zustimmen, und zwar weil ein Ausschuß, der eingesetzt werden soll, bis April Vorschläge unterbreiten soll, mit einem sehr breiten Forderungskatalog von Fragen, die verfassungsrechtlich sehr diffizil sind, und wir wissen, daß dann der verfassungsrechtliche Prozeß so ist bei uns, daß bei Verfassungsänderungen drei Lesungen erforderlich sind. Nach der ersten Lesung muß ein weiterer Ausschuß nach Artikel 105 eingesetzt werden, dann müssen zwei weitere Lesungen gemacht werden und, die letzte Lesung muß einstimmig verabschiedet werden, wenn nicht ein Volksentscheid erzwungen werden soll.

Die Verfassungsänderungen, die wir bislang seit 1947 in Bremen durchgeführt haben, es sind sechs, haben eine sehr lange, zum Teil sehr breite Diskussion im Vorlauf gehabt. Es waren immer nur gezielte Änderungen, niemals gebündelte, und wir haben bislang diese Änderungen mit Erfolg zum Ergebnis gebracht.

Das, was Frau Stieringer ansprach, ist die umfassende Verfassungsreformdebatte, die wir einmal durchgeführt haben. Damit haben wir uns über eine

Legislaturperiode aufgehalten, und wir sind da nicht zum Konsens gekommen. (C)

(Abg. K l e i n [CDU]: Zwei, Herr Präsident, acht Jahre! — Abg. F r e h e [DIE GRÜNEN]: Lassen Sie uns doch jetzt beginnen!)

Ich will nur sagen, diese Fragen sind geprüft worden. Die Erfahrung zeigt uns, daß ein Zeitraum von einem halben Jahr nicht ausreicht, um im Plenum eine solche Debatte in dieser Breite durchzuführen. Deswegen lehnen wir es ab.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Grund ist, Herr Frehe hat darauf hingewiesen, wir haben durch die gesamtdeutsche Entwicklung zu erwarten, daß Änderungen des Grundgesetzes eintreten werden. Welcher Art sie sind, wissen wir noch nicht. In den neuen Bundesländern werden neue Verfassungen geschaffen, die sicher Auswirkungen haben werden auf die föderative Struktur, möglicherweise auch auf die alten Bundesländer. All das wird man erst einmal abwarten müssen, um in eine Verfassungsdiskussion in Bremen einzutreten. Das ist der Grund, warum wir den Antrag der GRÜNEN ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

(D) Meine Damen und Herren, nach dem, was die Abgeordnete Stieringer sagte, wäre die gesamte Verfassung zur Disposition zu stellen. Wenn dies für das Bündel der gezielten Anträge der GRÜNEN schon gilt, daß die Zeit zu knapp ist, dann gilt es im besonderen Maße für den Antrag der Fraktion der CDU, daß wir hier gar nicht in der Lage sind, eine solche Debatte zu führen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, es ist kein Zeichen, daß die Abgeordneten müde sind, sondern daß sie eine besondere Verantwortung der Verfassung gegenüber haben, denn Verfassungsfragen kann man nicht aus dem Ärmel schütteln. Das sind die Lebensgrundlagen einer Demokratie, mit denen muß sehr behutsam, sehr sorgsam umgegangen werden.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen brauchen wir Zeit, wir brauchen das Gespräch mit dem Bürger, um hier in eine Verfassungsdiskussion einzutreten, und es ist unmöglich, das im Laufe des letzten Jahres in einer Legislaturperiode durchzuführen. Aus diesen Gründen lehnen wir beide Anträge ab.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Jäger.

(A) Abg. **Jäger** (FDP): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine Besonderheit, nach dem Präsidenten des Parlaments als Debattenredner das Wort ergreifen zu dürfen und dann noch zu einem solchen Thema!

Es ist die Frage gestellt worden, wann eigentlich der richtige Zeitpunkt sei, um über Verfassungsänderungen zu diskutieren. Wir haben hier im Hause in den letzten Jahren in regelmäßigen Zeitabständen diese Frage diskutiert, und von der Mehrheitsfraktion habe ich zu jedem Zeitpunkt die Antwort gehört, entweder wir wollen das noch nicht, wir sind politisch noch nicht soweit oder es geht aus Zeitgründen nicht.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie sind der inhaltlichen Fragestellung und der Antwort, die sie als Mehrheitsfraktion darauf geben wollen, permanent ausgewichen.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Das wird dem Gesetz und seiner Bedeutung, die es ja für unsere ganz konkrete politische Arbeit hier im Hause hat, in keiner Weise gerecht.

Ich will aber noch eine Vorbemerkung machen. Frau Stieringer, Sie haben ja ein bißchen dazu beigetragen, die Legendenbildung darüber, was dann letztlich dazu geführt hat, daß dieser Ausschuß nach acht Jahren von 1967 bis 1975 mit einem gemeinsamen Ergebnis seine Arbeit nicht hat abschließen können, aufzuhellen. Ich habe bisher nicht gewußt, und das stelle ich hier mit Freuden fest, daß es einen harten, internen Konflikt gegeben hat zwischen dem Vorsitzenden Bugla und dem damaligen Mitglied des Hauses, Scherf.

(B)

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Wer weiß das schon! Das wußten wir auch nicht!)

Was die Frage des Grundmandats angeht, da haben Sie die Sache leider immer noch nicht richtig dargestellt. Ich sage deshalb noch einmal: Die FDP-Fraktion hat seinerzeit gesagt, wir wollen das Grundmandat, also das Mitwirkungsrecht jeder Fraktion dieses Hauses in einem Ausschuß, in der Geschäftsordnung verankert haben. Das ist im übrigen nach den üblichen Wahlmodalitäten, wie sie jetzt in nahezu allen Landtagen gelten, eine pure Selbstverständlichkeit. Es ging nicht darum, das in der Verfassung zu haben, weil wir ganz genau wissen, daß Verfassungen nicht überfrachtet werden dürfen mit Geschäftsordnungsregelungen.

Vizepräsident Frau Leinemann: Herr Jäger, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Präsidenten Dr. Klink anzunehmen?

Abg. **Jäger** (FDP): Ja, bitte!

Vizepräsident Frau Leinemann: Bitte sehr, Herr Präsident!

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Jäger, erinnern Sie sich vielleicht daran, daß es um das Grundmandat im Bürgerschaftsvorstand ging, und das war eine Verfassungsfrage?

(C)

Abg. **Jäger** (FDP): Nein, Herr Präsident, es fällt mir schwer, da Sie ja Vorsitzender des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses sind, Ihnen sozusagen Nachhilfe zu erteilen.

(Widerspruch bei der SPD)

In der Verfassung steht — ja, hören Sie doch zu, vielleicht gewinnen Sie da auch noch neue Erkenntnisse! — bei der Zusammensetzung des Vorstandes: „Die Fraktionen sind in der Regel nach ihrer Stärke zu berücksichtigen.“ Bei dieser Formulierung hätte es durchaus bleiben können.

Wir haben immer argumentiert, Herr Präsident, daß diese Formulierung „in der Regel“ schon gar nicht bedeutet, daß der d'Hondt damit das Verfassungsprinzip geworden ist, sondern daß sie jederzeit zuläßt, daß man sagt, der Grundvertretungsanspruch einer Fraktion ist so hochrangig, daß er erfüllt werden muß. Deshalb steht die Forderung nach dem Grundmandat mitnichten im Widerspruch zu dieser Verfassungsformulierung.

Vizepräsident Frau Leinemann: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Herrn Präsidenten anzunehmen?

(D)

Abg. **Jäger** (FDP): Ja, bitte!

Vizepräsident Frau Leinemann: Bitte, Herr Präsident!

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Jäger, es ist Ihnen erinnerlich, daß in der Verfassung steht, der Vorstand besteht aus einem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und drei Schriftführern! Da steht nichts von Berücksichtigung nach Stärke der Fraktionen!

(Zuruf: Frage! — Heiterkeit)

Ich habe das Fragezeichen vergessen!

(Abg. **Thomas** [DIE GRÜNEN]: Das ist bei einer Aussage auch schwer, Herr Präsident!)

Abg. **Jäger** (FDP): Herr Präsident, mir ist bekannt, daß in der Verfassung steht, daß der Bürgerschaftsvorstand aus sechs Personen besteht, meine Damen und Herren, und das soll vielleicht der Einstieg sein. Herr Präsident, es ist geradezu grotesk. Die Frage, wie ein Parlament sich sein Präsidium zusammensetzt, ist ganz stark davon abhängig, wie sich nach der Wahl die Zusammensetzung dieses Hauses ändert. Daß diese Frage in einer Verfassung quasi unumstößlich geregelt ist, das ist geradezu grotesk.

(Glocke)

(A) **Vizepräsident Frau Leinemann:** Herr Abgeordneter Jäger, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

Präsident Dr. Klink: Stimmen Sie mir dann zu, daß das Grundmandat aus der Sicht der FDP-Fraktion — —?

(Glocke)

Vizepräsident Frau Leinemann: Einen Moment, Herr Präsident!

Abg. **Jäger (FDP):** Er ist als Abgeordneter nicht so geübt!

(Heiterkeit)

Vizepräsident Frau Leinemann: Ich hatte gefragt, ob er bereit ist, und er hatte noch nicht gesagt, daß er bereit ist, die Zwischenfrage anzunehmen. Jetzt sind Sie an der Reihe!

Präsident Dr. Klink: Ist er bereit?

Abg. **Jäger (FDP):** Ich bin bereit!

Präsident Dr. Klink: Stimmen Sie mir zu, daß das Grundmandat dann, wie es in der Diskussion stand bei der FDP, abzielt auf die Zusammensetzung des Bürgerschaftsvorstandes? Das war immer die Diskussion gewesen, weil nämlich hier genau festgeschrieben ist, ein Präsident, zwei Vizepräsidenten und drei Schriftführer. Damit war sichergestellt — —.

(B)

(Zuruf: Frage! — Abg. **G a s s d o r f [CDU]:**
Das war eine Feststellung, keine Frage!)

Ob er mir zustimmt! Damit war sichergestellt, daß eine Änderung eintreten mußte. Das war das Problem für die CDU. Stimmen Sie mir zu, daß das so ist?

Abg. **Jäger (FDP):** Nein, Herr Präsident, ich stimme Ihnen in der Schlußfolgerung nicht zu. Ich will noch einmal versuchen klarzumachen, was die Verfassung sagt und wie wir uns politisch dazu eingelassen haben.

Die Verfassung stellt fest, daß der Vorstand dieser Bremischen Bürgerschaft aus sechs Personen besteht. Das ist eine Einmaligkeit in der bundesdeutschen Parlamentslandschaft, das gibt es nirgends, daß das eine Verfassung regelt. Ferner sagt die Verfassung, daß bei der Zusammensetzung von Ausschüssen, Herr Präsident, die Fraktionen in der Regel nach ihrer Stärke zu berücksichtigen sind, und Sie, Sie als Person, wie ich eben zweimal habe feststellen können, und die Mehrheitsfraktion ziehen aus dieser Formulierung „in der Regel nach ihrer Stärke“ den sowohl juristisch als auch politisch falschen Schluß, daß damit die Verfassung das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt festschreibt. Das ist mitnichten so, Herr Präsident.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Vielleicht werden Sie das auch noch verstehen! (C)

Vielleicht gestatten Sie mir, jetzt zurückzukommen zu der politischen Frage, um die es geht. Es ist wahrscheinlich ganz sinnvoll, daß das gerade von einem Liberalen gesagt wird, weil ja, wie wir alle wissen, Bürgermeister Spitta als Liberaler diese Verfassung gemacht hat. Auch wenn ein Ausschuß sie dann beraten hat, diese Verfassung ist Spittas Verfassung. Sie ist entstanden aus einem Verständnis von Parlamentarismus, der dem aufgeklärten Bürgertum des vorigen Jahrhunderts entsprach.

Spitta ist groß geworden in einer Stadt, in der das preußische Acht-Klassen-Wahlrecht galt. Es gab überhaupt keinen Parlamentarismus im heutigen Sinn. Die Weimarer Republik hat es noch gar nicht gegeben, als die bremische Verfassung in ihren Grundzügen erarbeitet wurde. Dieser, wie ich finde, Geburtsfehler nach unserem heutigen Parlamentsverständnis findet sich in vielfältiger Weise in dieser Verfassung.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Wir unterhalten uns permanent in kurzen Zeitabständen darüber. Die bremische Deputation ist ein, wie ich finde, völlig unvertretbarer Zwitter aus Verwaltungsausschuß einerseits und parlamentarischem Gremium andererseits.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Spitta hat das überhaupt nicht als Nachteil empfunden, Spitta ging von der Vorstellung aus — —. Es ist ein gravierender Nachteil, Herr Aulfes, ein gravierender Nachteil. Daß die Mehrheitsfraktion damit gut leben kann, das weiß ich ja, Sie haben ja in der Deputation nicht nur die d'Hondtsche Mehrheit aufgrund der Wahlen, Sie haben ja zusätzlich noch drei Stimmen von Senatoren. Ja, daß Ihnen das gefällt, ist ja ganz klar, aber es stellt die Wahlergebnisse, meine Damen, meine Herren, auf den Kopf, und es stellt vor allen Dingen die Kompetenzverteilung auf den Kopf.

(D)

(Beifall bei der FDP)

In der Deputation führt das doch dazu, Herr Klein, wir kennen das doch, daß die Opposition einbezogen wird, sie darf mitwirken an gewissen Entscheidungen der Verwaltung, und sie bekommt natürlich immer so viel dosiert mitgeteilt, wie sie gerade wissen darf, damit nichts schiefgeht.

(Beifall bei der FDP)

Auf diesem Informationsstand wird sie eingebunden in eine Entscheidung, und wenn wir dann feststellen, wie das ja häufig geschieht, das ist ein tiefgehendes Schiff, da hätte man vielleicht von vornherein viel deutlicher nein sagen sollen, wenn man das dann aufgrund der umfassenden Information, die von außen und von anderen Stellen gewonnen wird, feststellt, denn heißt es hier im Hause, wieso eigentlich, Sie haben doch in der Deputation mitgemacht.

- (A) Die Deputation ist das klassische Instrument, eine parlamentarische Opposition auszumanoüvrieren,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

meine Damen und Herren, und sie übertüncht eben, daß es Gegensätze gibt, das ist doch auch gut so. Es gibt in politischen Fragen Gegensätze, und sie können in Deputationen nicht ausgetragen werden, weil Sie nach dem Deputationsgesetz verpflichtet sind, dem Wohle des gemeinsamen Ganzen zu dienen. Das war der Kerngedanke bei Spitta, er hat sich die Gegensätzlichkeit, den Antagonismus, der bestehen muß zwischen Verwaltung und Bürgerschaft, nicht vorstellen können, weil im Bremen des vorigen Jahrhunderts alles gleich an einem Strang zog.

Ein ganz aktuelles Beispiel: Wir haben hier vor zwei Tagen die Hans-Wendt-Stiftung diskutiert. Dieser Stifter, dieser Legationsrat, oder was war er,

(Abg. Klein [CDU]: Kommerzienrat!)

Kommerzienrat, der verdiente Kaufmann Wendt aus Bremen, der hat sein Geld praktisch seiner Stadtgemeinde übertragen und hat auch noch bestimmt, daß die Spitze dieser Stadtgemeinde, also Senatoren, verantwortlich sein sollen dafür. Er hat diesen Konflikt, daß eine Stiftung in der Verwaltung ihrer Mittel möglicherweise andere Interessen hat als ein Senat, als eine Stadt, genau wie Spitta nicht gesehen. Dies ist eine Ursache dafür, warum wir diese Debatte vor zwei Tagen geführt haben.

- (B)

Mit anderen Worten, meine Damen und Herren, die Spittasche Verfassung war Ausdruck einer bestimmten Zeit und hat da auch Richtungsweisendes formuliert, aber sie ist für das Verständnis eines parlamentarischen Staatswesens des zwanzigsten Jahrhunderts in vielen Teilen unbrauchbar, sie ist schlicht unbrauchbar.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen sich einmal die Mühe gemacht hat, diese Verfassung wirklich durchzulesen. Sie haben Bestimmungen darin, die, wenn sie überhaupt einer Regelung bedürfen, in eine Geschäftsordnung hineingehören. Ich habe das Beispiel mit dem Bürgerschaftsvorstand gewählt. Es ist doch grotesk, stellen Sie sich einmal vor, Herr Wedemeier, nach der nächsten Wahl sieht das hier erfreulicherweise einmal anders aus mit den Mehrheitsverhältnissen, das könnte ja sein. Wir sind da sehr optimistisch, was das angeht.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Wie vor jeder Wahl!)

Dann können Sie Minimalgrundsätze, daß es selbstverständlich ist, daß Fraktionen, die hier im Hause vertreten sind, auch in einem Vorstand vertreten sind, nicht durchsetzen, weil die Verfassung da im Wege steht. Das kann doch wohl nicht wahr sein!

Nehmen Sie ein anderes Beispiel! Nach der bremischen Gesetzeslage ist es so, daß bei Fünfer-Aus-

- (C) schüssen dieses Parlaments, und es gibt eine Reihe von Fünfer-Ausschüsse, die Zusammensetzung erfolgt vier Sozialdemokraten, ein CDU-Vertreter.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Stimmt nicht!)

Vier Sozialdemokraten, ein CDU-Vertreter, beim Fünfer-Ausschuß! Die SPD hat gesagt, wir verzichten auf einen Sitz. Ja, ja, das ist Ihre Gönnerhaftigkeit, aber nach der Gesetzeslage ist es so. Ja, wenn ich vier habe, dann kann ich ja auch einen lassen, dann habe ich ja immer noch die Mehrheit, aber nach der strengen Gesetzeslage, Herr Kollege Dittbrenner, das ist doch das Groteske, ist es so, daß die SPD mit 50,5 Prozent der Wählerstimmen in der letzten Wahl völlig legal nach bremischer Gesetzeslage in Fünfer-Ausschüssen 80 Prozent der Sitze beanspruchen kann. Ja, meine Damen und Herren, das ist doch grotesk,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

das kann doch nur undemokratisch sein.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Was ist denn daran undemokratisch?)

Deshalb ist es dringend geboten, dieses Gesetzeswerk zu reformieren.

Jetzt ein Wort zu der Frage, ob das denn leistbar ist in der Zeit, das Argument ist ja gekommen, wir haben das ja auch schon vorher gehört. Das Beispiel von Frau Stieringer war ja sehr hilfreich. Natürlich hatten die Kollegen eine Vorlage 1947, die Bürgerschaft hatte eine Vorlage, die Spittasche Vorlage nämlich. Aber sie haben es geschafft, innerhalb von einem halben Jahr diese gesamte Vorlage zu beraten und auch zu verändern. Wenn Sie einmal einsteigen in die Protokolle dieser Sitzungen, das ist ja hochinteressant, wie intensiv und wie umfangreich man sich da gestritten hat!

- (D)

Wie sieht es denn heute aus? Wir haben sogar zwei Vorlagen, das Böckenförde-Gutachten, übrigens von einem hochgeachteten Verfassungsrichter. Das, was der hier einmal im Gutachten erarbeitet hat, ist sicher ohne weiteres verwendungsfähig. Das Böckenförde-Gutachten ist eine lückenlose Bestandsaufnahme aller Mängel dieser Verfassung. Es gibt dazu die Berichte dieses Ausschusses von 1967 bis 1975. Darauf können wir zurückgreifen.

Dann hat Herr Wedemeier — Herr Wedemeier, ich sage das jetzt einmal, weil das ja auch gesagt werden muß hier —, dann haben die norddeutschen Ministerpräsidenten, wahrscheinlich war das teurer als 10 000 DM, würde ich einmal vermuten, Böckenförde war dagegen preiswert, ein Gutachten in Auftrag gegeben, die Verfassungslage in Norddeutschland in den Stadtstaaten zu analysieren. Dabei hatten Sie die Richtlinienkompetenz mit im Auge, Sie wissen aber, ja, daß wir da keine Probleme haben,

(Abg. Klein [CDU]: Dagegen war Brückner damals!)

- (A) das wollen wir ihm ja gern zugestehen. Dieses Gutachten ist, wie ich gehört habe, auch förmlich dem Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß in Gestalt seines Präsidenten übersandt worden. Herr Klink, wir haben das nie beraten. Warum haben wir das eigentlich nie beraten?

Dieses Gutachten, wenn Sie das dazunehmen zu dem Böckenförde-Gutachten und zu den Protokollen des nichtständigen Ausschusses, ist eine exzellente Grundlage, um, wenn man es konzentriert machen will, innerhalb von drei, vier, fünf Monaten diese Fragen zu beantworten, die jetzt anstehen.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Das Zeitargument, Herr Präsident, ist rein vorge-schützt, es trägt nicht.

Jetzt noch eine abschließende Bemerkung! Mir scheint, das Wichtigste überhaupt an der Novellierung der Bremischen Verfassung ist die Beseitigung der Einstimmigkeit. Diese Einstimmigkeit ist nichts anderes als eine Querulanten-Klausel. Sie haben das ja in dieser Zusammensetzung wirklich einmal plastisch vor Augen.

Nehmen wir einmal an, wir würden jetzt sagen, der Datenschutz muß verankert werden in der Verfassung, ganz wichtig, alle deutschen Länder machen das inklusive des Bundestages, nur das so fortschrittliche Bremen macht es noch nicht, und wir sagen jetzt zu 99 von 100, wir wollen es machen, und Herr Altermann sagt, ich denke gar nicht daran, die Polizei wird dabei behindert. Das kann doch wohl nicht wahr sein, meine Damen und Herren!

(B)

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Deshalb muß diese Vorschrift dringend fallen, sie ist ein Mühlstein, der jede vernünftige Regelung in Bremen behindert.

(Glocke)

Ja, ich komme zum Schluß, Frau Präsidentin, ich habe die Lampe gesehen!

Noch eine kurze Bemerkung, wie wir uns zu dem GRÜNEN-Antrag einlassen! Herr Kollege Frehe, einige dieser Fragen, die Sie hier noch einmal neu formuliert haben, haben wir ja im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß beraten. Übrigens können wir auch auf diese Vorberatung natürlich exzellent zurückgreifen, wenn wir uns eine Gesamtrevision vornehmen. Wir haben schon dort gesagt, daß aus der gegenwärtigen Lage heraus einige dieser Vorschriften nicht umsetzbar sind, beispielsweise die Öffentlichkeit bei Sitzungen.

Deshalb, Herr Frehe, weil wir in der inhaltlichen Vorgabe nicht in jedem Punkt übereinstimmen, müssen wir uns bei Ihrem Antrag insgesamt enthalten. Ich bitte, das nicht mißzuverstehen. Wir stimmen

- ausdrücklich Ihrem Petitem auf Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses zu, was auch im Antrag der CDU zum Ausdruck kommt, und fordern die SPD auf, sich nicht länger zu verschanzen hinter fadenscheinigen Argumenten, sondern endlich einmal Farbe zu bekennen. (C)

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stieringer.

Abg. Frau **Stieringer** (CDU): Frau Präsident, meine Herren und Damen! Nur noch eine ganz kleine Anmerkung, Herr Jäger! Nehmen Sie uns nicht die Deputationen, Sie sichern jedem Verfassungsjuristen, wenn er auf Fachkongressen erscheint und sagt, er ist aus Bremen, die ungeteilte Aufmerksamkeit aller, weil es diese eben woanders nicht gibt. Nur, Herr Jäger, ich hätte Sie eben am liebsten mit einem Lasso von hier weggezogen,

(Heiterkeit)

als Sie das Grundmandat anführten. Ich bitte Sie um alles in der Welt, die FDP-Forderung hatte seinerzeit einen ganz profanen Grund, es war nämlich der Bürgerschaftsvorstand, der in bestimmten protokollari-schen Fragen sehr eisern war und ein weibliches Wesen Ihrer Fraktion von Veranstaltungen ausschloß. (D)

(Abg. J ä g e r [FDP]: Sie können das ruhig sagen, das war Frau Schütte!)

Ich nenne hier keine Namen! An dieser Kleinigkeit — wie so oft in der Geschichte, und das ist spannend — wurde hier die ganze Geschäftsordnung dramatisch aufgerollt. Der Bürgermeister schüttelt eben mit dem Kopf and sagt, die Konflikte seien nicht gewesen, doch, sie haben bestanden, aber sie sind wirklich Schnee von gestern.

Nur, Herr Präsident Klink, erschüttert bin ich wirklich über Sie! Sie lassen keine Gelegenheit aus, in jeder Rede sprechen Sie von der Bürgernähe des Parlaments, wie es lebendig sein soll, wie es nicht wie ein statisches Wesen auch ideologisch festgemauert sein soll. Nun kann etwas verbessert werden, ohne daß es hier ein Kamikazeflug wird, denn es sind ja genügend Materialien vorhanden, es ist ein Bestreben da zu reformieren.

Ich muß Sie warnen, immer will die SPD auf Nummer Sicher gehen, und beim Wörtchen sicher hört man der Hölle Gekicher, sagt ein uraltes Sprichwort. Bitte, wenn Sie frische Bestrebungen mit, ich muß fast sagen, dem fadenscheinigen Argument zurückweisen „es ist eine ganz gewaltige Sache, wir können es nicht in der kurzen Zeit“, nimmt Ihnen das kein Mensch ab.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

(A) Ich muß noch einmal sagen, schon der Weg zu den kleinen Reformen, zu denen die Mehrheitsfraktion sich letztlich bereit erklärte, war fürchterlich. Wie mein Hund morgens, der nicht laufen will, an der Leine geschleift werden muß, so mußte die SPD geschleift werden, um die Rechte der Minderheiten nach zehnmalem Angriff, vor allen Dingen in Sachen Untersuchungsausschuß, endlich zu gewähren.

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Das finde ich wirklich ungeheuerlich!)

Entschuldigen Sie, wir haben dieses Theater am Dienstag erlebt, wenn wir nicht zuvor die Verfassungsänderung gehabt hätten, diesen Untersuchungsausschuß hätten wir nie bekommen! Ich bitte Sie ganz herzlich, den Kollegen, die bereit sind, aus Ihrer Fraktion, sich die Mühe zu machen, mit den anderen zusammen in diesem Ausschuß eine reformierte Verfassung zu erarbeiten, die in vielen Punkten wichtig ist, eine Chance zu geben.

Sie soll nicht in den Grundrechten reformiert werden, ich bin schon dafür, daß jemand das Recht auf Arbeit, das Recht auf Wohnung hat, aber es sind viele Begriffe in der Landesverfassung, die nicht mehr hineingehören.

Aber bitte nennen Sie, Herr Jäger, nicht unsere erste Verfassung altmodisch, so richtig schlank, wie das nur ein junger Mann machen kann! Die Kollegen von uns, die die erste Verfassung beraten haben, haben in großer Dynamik die entscheidenden Weichen gestellt. Es ist mein Kollege von der CDU-Fraktion gewesen, der für die Konfessionsschulen gestritten hat. Es waren die Kollegen Stockhinger und Rafoth, die dafür gestritten haben, daß ein Mitbestimmungsrecht verankert wird, das keine der anderen Verfassungen hatte. Ein Grundgesetz gab es noch nicht.

Die Landesverfassung muß überarbeitet werden, und wir müssen auch, um glaubwürdig zu sein, dazugehen. — Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frau Leinemann: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Von den Kollegen ist ja früher schon gesagt und dargestellt worden, wie dünn das Argument der Zeit ist. Ich möchte nur einen Punkt noch hinzufügen. Wir werden erleben, daß wir für die Diskussionen der Länderverfassungen in den neuen Bundesländern keinen längeren Zeitraum zur Verfügung haben werden als den, den wir noch vor uns haben,

(Beifall bei der GRÜNEN und bei der CDU)

und die müssen eine Verfassung von Grund auf neu erarbeiten. Wir haben, wie dargestellt worden ist, die Vorlagen zur Verfügung.

Wir haben ferner einen hervorragenden Entwurf des runden Tisches vorliegen. Der runde Tisch in der DDR hat ebenfalls in einem vergleichbaren Zeitraum, ich glaube, ein knappes halbes Jahr war es, einen Verfassungsentwurf für ein gesamtes Staatswesen erarbeitet, also nicht nur für ein Land, sondern für den Staat DDR.

Warum soll uns das nicht möglich sein? Es kann doch nur vorgeschoben sein, wenn man sich dann darauf bezieht, daß man in einem Jahr das nicht mehr machen kann. Ich halte das also für völlig unglaubwürdig.

Ein Weiteres, Herr Präsident! Sie haben gesagt, Sie glauben nicht, daß die Bürger ein distanzierendes Verhältnis zu unserer Verfassung haben. Ich glaube, daß Sie da falsch liegen, und ich glaube mich da in Übereinstimmung mit Bürgermeister Wedemeier, der das in seiner Regierungserklärung als Problem formuliert hat, daß wir wieder mehr Bürgernähe herstellen müssen.

Wenn zum Beispiel der Volksentscheid in der Verfassung, außer bei der Verabschiedung der Verfassung, kein einziges Mal zum Tragen gekommen ist, so muß man sich doch überlegen, ob das vielleicht am Quorum liegt oder daran, daß diese Möglichkeit nicht so ausgestaltet ist, daß sie tatsächlich praktikabel ist. Man muß doch darüber diskutieren, wie das bürgernäher zu gestalten ist. Ich kann überhaupt nicht verstehen, wie Sie das bestreiten können.

Noch einmal zum Volksentscheid: Ich muß da noch einmal Herrn Jäger korrigieren. Ich stimme Ihnen zu, daß es richtig ist, die Einstimmigkeitsregel aufzuheben. Das steht ja auch in unserem Konzept. Nur, es ist nicht ganz so, wie Sie es beschreiben, daß eine Person eine Landesverfassungsänderung blockieren kann. Nein, wenn mit Mehrheit eine Verfassungsänderung beschlossen wird, kann sie dann als Volksentscheid der Bevölkerung vorgelegt werden.

(Bürgermeister **Wedemeier**: Sie muß!)

Ja, sie muß vorgelegt werden, richtig.

Ich halte das für ein Verfahren, was wir häufiger praktizieren sollten. Wir sollten in der Tat die Bürger häufiger bei solch wichtigen Fragen auch befragen, was sie zu einer solchen Verfassungsänderung meinen. Insofern, denke ich, werden wir in unserer Fraktion beraten, wenn Sie nicht bereit sind, hier einem Ausschuß zuzustimmen, in dem wir die Vorstellungen diskutieren können, ob wir nicht genau den Weg über den Volksentscheid gehen.

Wir wissen, daß die gegenwärtige Hürde so hoch ist, daß es nur wenig aussichtsreich erscheint, eine Verfassungsänderung dadurch zu erreichen. Aber wir werden beraten, ob nicht dieser Weg gegangen werden soll. Wir sollen auf jeden Fall wieder näher an die Bürger herankommen, wir wollen den Bürgerbeauftragten in der Verfassung verankern, wir wollen, wie Frau Stieringer es vorgeschlagen hat und wie wir das voll teilen, den Datenschutz in der Ver-

(C)

(D)

- (A) fassung, und zwar als informationelles Selbstbestimmungsrecht, als Grundrecht verankern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden uns nicht einfach durch solche dünn begründete Blockade davon abhalten lassen. Ich finde es in der Tat einen Skandal, daß dieses Gutachten, von dem Herr Jäger eben gesprochen hat, von dem ich ehrlich gesagt, ich sage es ganz offen, nichts wußte, uns im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß nicht übermittelt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Also, ich habe es so verstanden, daß der Präsident der Bürgerschaft ein solches Gutachten hat.

(Glocke)

Vizepräsident Frau Leinemann: Herr Frehe, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Frehe** (DIE GRÜNEN): Bitte!

Vizepräsident Frau Leinemann: Bitte, Frau Stieringer!

Abg. Frau **Stieringer** (CDU): Ehe Sie an diesem Punkt Ihren Unmut am Präsidenten auslassen, Herr Frehe, darf ich Sie darauf hinweisen, daß das Gutachten aus dem Jahre 1971 stammt?

(B)

(Widerspruch bei der SPD und bei der CDU)

Dann muß es noch ein weiteres Gutachten geben.

(Unruhe)

Abg. **Frehe** (DIE GRÜNEN): Ja, es gibt also genügend Anlässe, auch mit diesen Gutachten in eine Diskussion einzutreten. Ich muß noch einmal an Sie appellieren — —.

(Abg. **F l u ß** [SPD]: Es gibt auch eine Bibliothek im Hause!)

Es gibt kein Argument, dies nicht in einem nicht-ständigen Ausschuß zu debattieren und zu überlegen, ob unsere Verfassung nicht entrümpelt werden kann. Wenn man die schleswig-holsteinische Landesverfassung in der Form, in der sie jetzt gültig ist, betrachtet, wie schlank und wie klar sie formuliert ist, dann haben wir daran ein Vorbild, wie eine Landesverfassung aussehen kann.

Ich möchte zum Schluß nur einmal noch zu den Minderheitenrechten die „Süddeutsche Zeitung“ mit Genehmigung der Präsidentin zitieren. Da heißt es: „Minderheiten sollen mehr Rechte haben. Die SPD will Kontrollorgane dem Landtag zuordnen.“ Da werden Minderheitenrechte gefordert, ich zitiere: „Die Rechte der Parlamentsminderheiten müßten gestärkt werden, damit die Regierung wirksam kontrol-

liert werden kann. Diese Forderung und ihre Durchsetzung will die SPD-Landtagsfraktion zu einem ihrer Arbeitsschwerpunkte in der anlaufenden Legislaturperiode machen.“ (C)

Ich wünschte mir, daß die bayerischen Sozialdemokraten,

(Abg. **D i t t b r e n n e r** [SPD]: Wo war das?)

daß die bayerischen Sozialdemokraten etwas auf die Bremer Sozialdemokraten abfärben würden. — Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsident Frau Leinemann: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe als erstes den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 12/980 auf.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE GRÜNEN)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Abg. **A l t e r - m a n n** [DVU])

(D)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/1020.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, DIE GRÜNEN und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und Abg. **A l t e r m a n n** [DVU])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt auch diesen Antrag ab.

Rahmenkonzept für ein Landesprogramm „Tourismus“

Mitteilung des Senats vom 4. September 1990
(Drucksache 12/954)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senatsdirektor Dr. Haller!

(A) Meine Damen und Herren, es ist Einigkeit darüber erzielt worden, in die Debatte des Tagesordnungspunktes die Tagesordnungspunkte eins und drei der Sitzung der Stadtbürgerschaft einzubeziehen.

Ich hatte Sie noch nicht aufgerufen, Herr Dr. Haller!

(Senatsdirektor Dr. Haller: Doch!
— Heiterkeit)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.
Jetzt hat das Wort Herr Senatsdirektor Dr. Haller.

(Heiterkeit)

Senatsdirektor Dr. Haller: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bitte um Pardon für meinen doppelten Auftritt! Ich werde es auch deswegen kurz machen.

Ich habe die Aufgabe, Sie mit unserem Rahmenkonzept für ein Landesprogramm „Tourismus“ noch einmal vertraut zu machen. Viele von Ihnen wissen, daß dieses Konzept in der Deputation schon behandelt worden ist, und es ist kein in dem Sinne ausgereiftes, endgültiges Landesprogramm, sondern ein Zwischenschritt für ein solches. Parallel ist auch festzuhalten, daß wir natürlich mit dem Tourismus im Lande Bremen nicht in das Amazonasgebiet vorstoßen, so als wenn es Tourismus in Bremen und Bremerhaven bisher nicht gegeben hätte.

(B) Man muß bei allem Streben nach einem geschlossenen Programm sagen: Bremen und Bremerhaven sind heute ausgeprägte Tourismusstädte, die große Erfolge in Teilbereichen haben. Wenn Sie mit dem Gaststätten- und Hotelverband sprechen, dann werden Sie sehen, welche hervorragenden aktuellen Zahlen es im Moment im Hotelbereich gibt. Wir sind sehr stolz darauf, weil wir mit unserer Strategie, die Hotelkapazitäten auszubauen, zunächst durchaus Widerstand zu überwinden hatten, weil viele gedacht haben, das würde zu einer Unterauslastung und zu Verlusten führen.

Eindeutig ist, daß die zusätzlichen Kapazitäten zu Mehrgeschäft geführt haben und die Auslastung besser ist denn je, trotz der ausgebauten Kapazitäten. Das nur als ein Punkt, daß Tourismuspolitik auch schon heute in Bremen eine wichtige Funktion hat und nicht Neuland ist!

(Beifall bei der SPD — Präsident Dr. Klinik
übernimmt wieder den Vorsitz.)

Die Veranstaltung „Gold aus dem Kreml“, eine der größten Ausstellungen im Bundesgebiet von den Besucherzahlen her, im letzten Jahr, ist ein weiterer Beweis, und die Windjammerparade in Bremerhaven ist ebenfalls Beweis dafür, daß wir uns im Tourismusbereich überhaupt nicht verstecken müssen. Die Hamburger wären froh gewesen, wenn sie so eine gute Veranstaltung auf ihrer Elbe hinbekommen hätten,

wo es eben mehr eine jämmerliche Parade war, während es bei uns wirklich eine erstklassige Windjammerparade mit ganz hoher Attraktivität gewesen ist.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Nichtsdestoweniger muß es weitergehen. Wir müssen neue Qualitäten entwickeln. Wir legen großen Wert darauf, daß ein Programm eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Regionen des Landes sichert.

Wir glauben, daß es wichtig ist, daß Bremen sich auf die Dauer noch stärker auf den Bereich Veranstaltungen, Kongresse, Geschäftsverkehr hinorientiert. Sie kennen unser großes Projekt alle, Stichwort Veranstaltungszentrum. Das wird natürlich einen enormen innovativen Schub für den gesamten Tourismus auslösen.

Wir wollen Bremerhaven noch stärker mit seewasserbezogenen Tourismuseinrichtungen ausstatten. Wir haben da gute Voraussetzungen, wir werden dort weitermachen.

Wir werden in Bremen-Nord, in dieser Zwischenlage, im Rahmen der Möglichkeiten auch Verbesserungen vornehmen, und ich glaube, daß die Dinge, die sich im Vegesacker Raum entwickelt haben, etwa mit dem Kitohaus, ein hervorragender Ansatz sind und noch weiter auszubauen sind. Ich glaube, Vegesack ist heute wirklich eine Reise wert.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen natürlich diesen Ideenstrom, den wir jetzt in unserem Rahmenkonzept zusammengefaßt haben, noch kanalisieren. Wir müssen ihn finanziell absichern. Es ist in der Tat im Moment mehr eine Ideensammlung. Einige haben gemeint, das sei noch zu wenig, andere haben gesagt, das sei schon zuviel, das könne keiner bezahlen. Also, da werden wir jetzt eine optimale Tourismusstrategie im Laufe dieses Jahres festlegen. Dann werden wir Anfang des Jahres hier über das Gesamtprogramm diskutieren können.

Ich darf zum organisatorischen Teil sagen, daß wir, das ist meine Überzeugung, noch mehr im kooperativen Bereich machen müssen. Wir haben zu viele vereinzelte Aktivitäten. Wir haben organisatorisch erste Schritte schon gemacht. Wir haben die Tourismusförderungsgesellschaft in Bremerhaven gegründet. Ich glaube, ein sehr wichtiger Schritt, das ganz schwierige Geschäft mit dem Tourismusgelände zwischen Columbuskaje und Geestemündung zu organisieren. Wir haben in Bremen-Nord eine neue Außenstelle des Verkehrsvereins, wie ich finde, auch ein ganz wichtiger, zielgerichteter Schritt, bezogen auf die Situation in Bremen-Nord.

Wir müssen in Bremen-Stadt mit aller Sicherheit unsere vereinzelten Aktivitäten organisatorisch noch stärker zusammenfassen, denn man muß heute sagen, ein Tourist ist nur zu gewinnen, wenn er mit

(A) einem kumulativen Angebot verschiedener Veranstaltungen beglückt wird. Einzelne, kleinere Veranstaltungen brechen heute den Widerstand nicht mehr, vom häuslichen Fernsehsessel oder von seinem heimischen Standort aufzubrechen und in eine andere Region zu fahren.

Wir brauchen ein verstärktes kumulatives Tourismusangebot, und dazu müssen wir eine Organisationsstruktur suchen, die die Einzelaktivitäten der verschiedenen Veranstalter koordiniert zusammenfügt. Auch das werden wir in unserem Landesprogramm verankern und dann mit Ihnen gemeinsam diskutieren. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! In der Sitzung am 11. Mai 1989 haben wir hier im Landtag über die Leitlinien des Einzelhandels diskutiert. Die CDU hat einen Antrag eingebracht, in dem zum ersten Mal darauf hingewiesen wurde, wie wichtig für Bremen eine Stadtmarketingpolitik ist.

In der Sitzung am 17.10.1989, also vor etwas mehr als einem Jahr, haben wir in der Stadtbürgerschaft einen Antrag zum Thema Stadtmarketing eingebracht. Es wurde dann gemeinsam beschlossen, den Antrag an die Wirtschaftsdeputation zu überweisen. Dies ist auch erfolgt. In der Sitzung vom 21. Mai 1990 wurde dann das Rahmenkonzept, das heute hier als Mitteilung des Senats vorliegt, beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Beschluß, der am 21. Mai 1990 erfolgte, lautete, bis Ende 1990 ein detailliertes und im Rahmen der Finanzplanung finanziell abgesichertes Landesprogramm vorzulegen. Ich kann dem, was hier vorgelegt worden ist, nicht entnehmen, daß es finanziell abgesichert ist. Herr Senatsdirektor Dr. Haller hat allerdings soeben erklärt, daß dieses finanziell abgesicherte Landesprogramm zu Beginn des nächsten Jahres vorgelegt werden soll. Ich muß also festhalten, wieder, wie üblich, Ankündigung!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ja schon bemerkenswert, daß in der Einleitung zu dem Rahmenprogramm, zu finden ist, daß Unternehmensentscheidungen bezüglich der Um- oder Neuansiedlung ihrer Betriebsstätten auch von der allgemeinen Attraktivität eines Standortes beeinflußt werden und daß unter anderem das kulturelle Angebot, das Stadtimage und die Einkaufsatmosphäre Faktoren sind, die sowohl die Standortattraktivität bestimmen, als auch für die touristische Attraktivität ausschlaggebend sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich im folgenden einige Versäumnisse der SPD-Politik zu diesem Thema, gerade zu diesem Thema, noch einmal auflisten!

Wenn es denn in diesem Programm heißt, daß es ein Ziel ist, den begonnenen Entwicklungsprozeß weiter zu unterstützen, der die Stadt Bremen im Bereich des Tourismus im Vergleich zu anderen bundesdeutschen Großstädten an das durchschnittliche Besucheraufkommen heranführen soll, so heißt das doch nichts anderes, als daß in der Vergangenheit auch hier eine Abkoppelung stattgefunden hat.

Wenn es dann heißt, daß der Ausstellungs- und Messeausschuß der deutschen Wirtschaft von allen bundesdeutschen Großstädten über 400 000 Einwohner außer Bremen nur noch Duisburg nicht zu den Veranstaltungsorten überregional bedeutender Messen und Kongresse aufführt, so heißt das doch nichts anderes, als daß die Verantwortlichen hierfür in dieser Stadt, nämlich unter anderen hier die Sozialdemokraten, kräftig geschlafen haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es dann weiter in der Untersuchung des BAW heißt, daß das bremische Angebot auf dem Sektor oberzentrale Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen gegenüber dem durchschnittlichen Standort vergleichbarer Großstädte deutlich abfällt, so weist auch dies auf die deutlichen Versäumnisse der Vergangenheit hin.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es dann weiter heißt, daß die Defizite im Angebot an Ausstellungen, Messen und daran gekoppelte Tagungen nicht nur aufgrund der fehlenden räumlichen Ausstattung entstanden sind, sondern, und ich zitiere aus der Vorlage, „es ist ebenso eine Frage der fehlenden Initiative und Kreativität beziehungsweise Zuständigkeit“, so ist das, meine ich, die bemerkenswerteste Aussage in der Vorlage des Senats.

Die Untersuchung des BAW hat zum weiteren ergeben, daß die verkehrlichen Rahmenbedingungen für eine gewünschte Steigerung des Besucheraufkommens in Bremen nur unzureichend sind. Meine Damen und Herren von der SPD, dazu hätte es der Untersuchung nicht bedurft!

Im Erkennen sind weiterhin die Sozialdemokraten Weltmeister. Sie sind deswegen Weltmeister, weil sie ja bereits 1984 im WAP schon erklärt haben, daß im Lande Bremen die von einer Ausweitung des touristischen Aufkommens ausgehenden ökonomischen Effekte erkannt worden sind. Meine Damen und Herren, erkannt, aber warum nicht gehandelt?

(Beifall bei der CDU)

In der Debatte über die Leitlinien des Einzelhandels erklärte der Kollege Schmurr — da ging es um den Antrag der CDU, dem Sie bis auf einen Absatz zugestimmt haben —: „Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten bis Ende dieses Jahres“, wir

(C)

(D)

(A) reden über 1989, „über all diese Fragen, die ich hier gestellt habe, Genaueres wissen und dann zu Entscheidungen kommen. Dazu gehören dann auch Entscheidungen zu den Verkehrsproblemen aller Himmelsrichtungen dieser Stadt, das heißt also im Osten, im Süden, im Westen und im Norden, das wird uns noch sehr beschäftigen.“ Wie recht Sie hatten, Herr Schmurr, wie recht Sie hatten!

(Beifall bei der CDU)

Dann erklärte der Wirtschaftssenator: „Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, daß wir mit der beabsichtigten Vorlage einer Mitteilung des Senats unter aktualisiertem Stand 1989, Aufteilung auf klein- und großflächige Einzelhandelseinrichtungen und so weiter, dann auch die laufenden Anstrengungen zur Erstellung einer Verkehrskonzeption bis zum Ende dieses Jahres unterstützen können.“ Meine Damen und Herren, es muß nicht so toll gewesen sein, denn eine Entscheidung ist bis dato nicht getroffen.

(Beifall bei der CDU)

Warum sollen wir denn heute eigentlich, meine Damen und Herren, dieses Rahmenkonzept überhaupt diskutieren? Es ist ein Rahmenkonzept, und es wird letztendlich in dieser Vorlage nichts anderes getan, als bekannte Tatsachen zusammenzuschreiben. Es werden hier keine Prioritäten gesetzt; und eine Finanzierung wird nicht vorgetragen. Aber um all dies, was ich eben gesagt habe, zusammenzuschreiben, braucht der Senat über ein Jahr. Nur, ein Zeitplan, wann dies dann realisiert werden sollte, ist nicht vorgegeben. Meine Damen und Herren, es ist, wie in vielen Bereichen der Wirtschaftspolitik, ein trauriges Bild, das der Senat in diesem Fall abgibt.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, offensichtlich ist, obwohl dieses Rahmenkonzept schon lange vorliegt, eine Durchsetzung innerhalb der SPD nicht möglich. Anders ist es ja nicht zu erklären, daß in der Wirtschaftsdeputation ein Beschluß gemeinsam gefaßt wird, bis Ende dieses Jahres ein ausgefeiltes Konzept vorzulegen, und daß dieses Konzept bis heute noch nicht vorliegt. Es heißt also nichts anderes, und das hat Herr Senatsdirektor Dr. Haller eben auch erklärt, als daß es vertagt wird. Im nächsten Jahr soll dann vielleicht darüber beschlossen werden. Dies ist typisch.

Ich sage Ihnen und darf nur das wiederholen, was ich vor einem Jahr in der Bürgerschaftssitzung bereits gesagt habe, nämlich, daß wir den Senat auffordern, endlich eine gezielte Stadtmarketingpolitik mit image- und aufenthaltsqualitätsverbessernden Inhalten einzuleiten. Damals forderten wir den Senat auf, dies bis März 1990 zu tun. Mittlerweile ist das Jahr 1990 fast vorbei, und es ist immer noch nichts erfolgt.

Ich will nicht verhehlen, daß einzelne Maßnahmen erfolgt sind. Nur, dies reicht nicht aus. Was fehlt, und dies gilt auch für andere Politikfelder, ist die Zusammenführung von einzelnen willkürlichen Aktionen zu einer Gesamtkonzeption.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Dies fehlt! Aber Herr Dr. Haller hat ja eben gesagt, daß dies alles vorgesehen sei, und angekündigt, daß dies dann ja auch im Frühjahr erfolgen solle. Im Moment besteht somit kein Bedarf, die Anträge, die wir damals an die Wirtschaftsdeputation verwiesen haben, heute abschließend zu diskutieren. Ich bitte daher darum, daß die Anträge sowohl der CDU als der FDP, Drucksachen 12/362 S und 12/378 S, ausgesetzt werden und wir im Rahmen der angekündigten Behandlung zu Beginn des Jahres dann zu einer Entscheidung kommen.

Anders sehe ich das mit dem Antrag Drucksache 12/607 der FDP zu einem Informationsleitsystem. Es ist eine Einzelmaßnahme, sehr verehrte Frau von Schönfeldt, die sicherlich in Ordnung ist. Deswegen werden wir den Antrag auch mitmachen. Nur, diese Einzelmaßnahme muß auch wieder in ein Rahmenkonzept eingebunden werden. Von daher auch ein wenig Kritik! Wir machen wieder Einzelpunkte, während ein Gesamtkonzept nicht da ist. Trotzdem, die Idee ist richtig und gut, und wir werden sie mitmachen.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Präsident Dr. Klink: Herr Dr. Schrörs, eine Frage! Die Vorlagen in der Stadtbürgerschaft sollen ausgesetzt werden?

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Ja, die beiden Vorlagen, und zwar Stadtmarketing für Bremen, Drucksache 12/362 S, und Förderung des Tourismus, Drucksache 12/378 S!

Präsident Dr. Klink: Sollen ausgesetzt werden!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ziegler.

Abg. **Ziegler** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Mai 1989 haben wir mit unserer Großen Anfrage zur Situation des Tourismus in Bremen das Thema Tourismus in seiner Gesamtheit hier in die Bürgerschaft gebracht. Diese Große Anfrage wurde im Oktober letzten Jahres beantwortet, und schon damals konnten wir der Antwort, die uns vom Senat gegeben wurde, entnehmen, welche Defizite wir auch in diesem Dienstleistungsbereich bremischer Wirtschaftspolitik zu verzeichnen haben.

Wir haben das dann zum Anlaß genommen, Ihnen in der Stadtbürgerschaft einen Antrag vorzulegen, über den auch heute mit diskutiert werden soll. Das gleiche hat die CDU gemacht. Beide Anträge wurden damals an die Deputation verwiesen, und heute nun

(A) liegt die Mitteilung des Senats vor. Nur, meine Damen und Herren, diese Mitteilung des Senats bringt uns leider nicht einen Schritt nach vorn.

Warum? Wie beim Thema Gewerbeflächen und beim Thema Einzelhandel liefert der Senat eine Zustandsbeschreibung ab. Er zeigt eine Defizitanalyse auf, und wenn Sie sich die Mitteilung des Senats vornehmen und einfach einmal die Seiten durchzählen, werden Sie merken, daß sich elf Seiten des Konzepts mit einem Status-quo-Bericht abgeben, ganze acht Seiten beschäftigen sich mit groben Rahmenkonzepten, ganze null Seiten mit konkreten Handlungsanleitungen und Planungen. Meine Damen und Herren, die Seitenangaben beziehen sich nur auf den Teil Bremen. Der Teil Bremerhaven wird in ähnlicher Zusammensetzung abgehandelt.

So weit, meine Damen und Herren, waren wir auch schon vor einem Jahr, denn, und das ist eigentlich besonders ärgerlich, vor gut einem Jahr war bereits die Untersuchung des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung so weit, der die Bestandsaufnahme gemacht hat. Der Teil zwei, der im einzelnen die Defizite aufführte, war zwar noch nicht veröffentlicht, er war gleichwohl fertiggestellt, und nun finden wir den Inhalt der BAW-Untersuchung Teil zwei nicht nur als Anlage zu dieser Mitteilung angeheftet, sondern auch abgeschrieben als Senatsmitteilung. Ich behaupte also, die Eigenleistung des Senatsressorts ist hier gleich Null gewesen.

(B) (Beifall bei der FDP)

Sie ist sogar minus null, wenn ich das einmal so sagen darf, da das BAW eigentlich schon weiter gewesen ist, nämlich schon konkrete Ansätze aufgezeigt hat, was denn nun passieren muß und wie es denn nun losgehen könnte. Von daher nimmt sich die Mitteilung des Senats sogar eher wieder zurück.

(Abg. J ä g e r [FDP]: Vielleicht paßten sie nicht in die Landschaft!)

Das wird so sein, Herr Jäger! Danke!

Wir empfinden also unseren Antrag aus der Stadtbürgerschaft als nicht abgearbeitet, und darum, Herr Dr. Schrörs hat eben schon darauf hingewiesen, sind wir im Vorfeld dieser Diskussion übereingekommen, daß auch wir, die FDP, um Aussetzung der Abstimmung dieser beiden Tagesordnungspunkte heute nachmittag, das war so geplant, bitten, bis nun das detaillierte Landesprogramm des Senats vorgelegt wird.

Diese Mitteilung, meine Damen und Herren, ist ein Hinhaltepapier, es soll wohl das Parlament ruhigstellen und Zeit gewinnen. Übrigens, Herr Lojewski, ich habe das Gefühl, daß Sie das in etwa ähnlich sehen und auch nicht zufrieden sind mit diesem Programm, Sie werden das nur sicherlich hier in abgeschwächter Form darstellen wollen. Mit Absichtserklärungen soll eine Aktivität vorgetäuscht werden. Wenn dann einmal ein konkreter Fall genannt wird, ein konkre-

tes Projekt explizit benannt wird wie das Space-Center, dann wird es gleich verglichen mit dem Kennedy-Space-Center. (C)

Meine Damen und Herren, ich finde es erstaunlich, wir freuen uns über die offensive Technologiepolitik des Landes Bremen und des Senats, aber daraus nun gleich ein Space-Center machen zu wollen, statt erst einmal das Schnoorviertel an die Innenstadt anzubinden, damit wird also wieder Kobolz geschlagen.

(Beifall bei der FDP)

Oder soll das Space-Center Mahnmahl sein gegen Raumfahrtspolitik und ähnliches? Dann ginge der Schuß aber sicherlich nach hinten los.

Da weitere konkrete, ausformulierte Programmpunkte fehlen, einige Bemerkungen zum Status quo: Wir haben hier, meine Damen und Herren, wie im Einzelhandel und bei der Situation der Gewerbeflächen einen desolaten Zustand. Wir haben in den vergangenen Monaten über die anderen Themen diskutiert. In der letzten Sitzung haben wir anlässlich des Themas Renaval und Ziel 2 noch einmal die bedrückende Wirtschaftssituation vor Augen geführt bekommen und sie entsprechend kommentiert.

Wenn Herr Dr. Haller sicherlich zu Recht anführt die gestiegenen Übernachtungszahlen in Bremen, die positiven und erfolgreichen Einzelmaßnahmen Kremlgold und Sail, so darf es aber eben nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Besucheraufkommen im Lande Bremen 50 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Das ist die gleiche Diskussion: Steigerung des Einzelhandelsumsatzes in Bremen, ja, wohl, aber nach wie vor stark unterproportional, und ein Abkopplungsprozeß ist immer noch gegeben. (D)

Hier, meine Damen und Herren, gibt es auch keine Entschuldigungen von wegen Altindustrien, Strukturschwächen, Altlasten. Es wird in der Vorlage geschrieben von der allgemeinen Wirtschaftsschwäche Bremens, aber gleichzeitig wird gesagt, es sind ja auch keine Angebote da. Herr Dr. Schrörs hat schon darauf hingewiesen, Bremen ist mit Duisburg das bedauerliche Schlußlicht deutscher Großstädte.

Die Umsteuerung, die geplant wird, aber nicht konkretisiert ist, soll zwar jetzt vorankommen, aber hier zeigt uns Hamburg, wie man es machen kann. Hamburg hat exzellente Beispiele in der Vergangenheit gehabt, wie man eine offensive Tourismuspolitik beziehungsweise Stadtmarketingpolitik durchführen kann, und zwar Beispiele aus den verschiedensten Bereichen, angefangen bei „Cats“, ein jahrelang erfolgreiches Produkt, jetzt kopiert mit dem Musical „Phantom of the Opera“. Dazu kommen aber auch Hafenfeste, Alstervergnügen, viermal Dom im Jahr und so weiter, mit entsprechenden Broschüren und vor allen Dingen über die Stadtgrenzen hinaus bekanntgemacht und als Magnet benutzt.

Wenn ich unsere überregionalen Magnete der letzten Zeit sehe, dann fällt mir eben auch nur

(A) Kremlgold und Sail ein. Das Bremer Musikfestival wird selbst in der Vorlage sehr kritisch gesehen, und es wird Bedarf gesehen, dieses zu überarbeiten, und andere Kulturinitiativen mögen zwar Stadtteile beschäftigen und für diese auch da sein, aber der überregionale Touch, der auch Menschen und Touristen nach Bremen holt, fehlt vollkommen.

Wenn man dann noch sieht, meine Damen und Herren, daß der Tourismus als Dienstleistungsbranche, als Wachstumsbranche, auch die Chance eines an sich umweltfreundlichen Wirtschaftswachstums mit sich bringt, weil eben primär keine Flächen versiegelt werden, dies müßte eigentlich voll im Interesse der GRÜNEN liegen,

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Der Verkehr wird doch steigen!)

daß also primär keine Emissionen stattfinden, sondern eher, wenn ich an Begrünung denke, Flächen entsiegelt werden und die Stadt schön gemacht wird, dann verstehe ich nicht — —.

(Abg. T i e f e n b a c h [DIE GRÜNEN]: Was ist mit den Autos?)

Herr Tiefenbach, vielleicht bietet die Bundesbahn ja auch sehr gute Rail- oder Rail-and-Fly-Angebote an, wenn Bremen nicht weiter abgekoppelt wird vom Intercity-Netz. Wenn der Reiseveranstalter der Deutschen Bundesbahn aktiv ist, dann können die meinetwegen auch alle mit dem Zug kommen! Gleichwohl bin ich froh, daß Bremen auch einen Flughafen und ein Autobahnkreuz hat.

(B)

(Beifall bei der FDP — Abg. J ä g e r [FDP]: Können auch ruhig zwei Kreuze sein!)

Also, vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, verstehe ich auch den Senat und die SPD nicht, warum dieser Wirtschaftsbereich Tourismus nicht aktiver und forscher angegangen wird.

(Beifall bei der FDP)

Diesem Rahmenkonzept, mit dem wir grundsätzlich schon nicht zufrieden sind, fehlt völlig, wenn es denn ein Konzept sein soll, die Verbindung zur Funktion des Einkaufens sprich Einzelhandel in Bremen. Uns fehlt, jetzt, Herr Tiefenbach, greife ich das auf, die Funktion zum Verkehr, Verkehrsanbindung und Kultur und, wenn ich das noch als vierten Punkt hinzufügen darf, die Anbindung an Baumaßnahmen und das Baureisort.

Ich glaube, hier muß es ein interdisziplinäres Vorgehen geben, Beispiel Kultur, wir haben dort eine Initiative eingebracht. Kultur ist auch ein Wirtschaftsfaktor und Bestandteil eines Tourismuskonzeptes. Wir müssen zu einem Bremen-Erlebnis kommen, und Herr Dr. Haller hat darauf hingewiesen, und ich kann ihm da nur zustimmen, wir müssen ein kumulatives Angebot schaffen, und das umfaßt eben auch Einzelhandel und Einkaufen.

(C) Meine Damen und Herren, zum Schluß wegen der vielen offenen Fragen, ich wiederhole mich, bitten wir um Aussetzung. Für uns ist dieses Thema in keinsten Weise abgearbeitet, wir sind enttäuscht. Der Punkt Informationsleitsystem ist zwar eine Einzelmaßnahme, aber wir wollen ja wenigstens Punkt für Punkt weiterkommen, wenn seitens des Senats eben nichts passiert, wird meine Kollegin Frau von Schönfeldt gleich noch kurz Stellung nehmen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (DIE GRÜNEN)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es scheint so zu sein, als sei Bremen keine Reise mehr wert. Jedenfalls dann nicht, wenn man von den Defiziten ausgeht, die eine BAW-Studie, das wurde ja schon genannt, vom Oktober des letzten Jahres für die Stadt Bremen ermittelt hat! Damit das nicht so bleibt, hat die CDU und kurz danach auch die FDP den Senat beauftragt, diese Defizite genau mit den Maßnahmen auszugleichen, die der BAW in derselben Studie auch gleich mit geliefert hat.

Es ist hier auch angesprochen worden, das war im September 1989, und der Senat legt jetzt ein Jahr später sein Rahmenprogramm vor, das genau den Empfehlungen der CDU und der FDP entspricht und die der BAW bereits vorher dazu ausgearbeitet hat. Sie haben also genau ein Jahr gebraucht, um die Forderungen des BAW von dem Hochglanzpapier in Ihre Senatsmitteilung zu übertragen.

Viele der vorgeschlagenen einzelnen Projekte sind ja bereits finanziert oder sind auch schon realisiert, während andere allerdings, das muß man auch sagen, bereits sang- und klanglos gescheitert sind! Ich erinnere an die gestrige Debatte in der Aktuellen Stunde über den Europahafen. Herr Dr. Haller, sehr erfolgreich war Ihre bisherige Tourismuspolitik dann wohl doch nicht!

Im Prinzip ist es natürlich weitgehend müßig, im nachhinein über ein Programm zu diskutieren, und ich denke, so etwas sollte sinnvollerweise natürlich am Anfang von Einzelprojekten stehen.

Erklärtes Ziel jedenfalls, und das haben meines Erachtens in erschreckender Weise eben noch einmal Herr Dr. Schrörs und Herr Ziegler unterstützt, dieses Konzeptes ist ein maximales ökonomisches Wachstum durch Tourismusförderung, und die Schwerpunkte dabei sind die relevanten Bereiche des Städtetourismus, der Tagesbesucher, aber insbesondere auch der Geschäftsreisende.

Der Schwerpunkt dieses gesamten Konzeptes liegt auf dem Punkt Geschäftsreisende. Vom Grundsätzlichen her gesehen ist diese Tourismusförderung der

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) Innenstadt sehr stark, das ist eben auch deutlich geworden, vom Wettbewerbsdruck gegenüber vergleichbaren Städten geprägt. Die Teile Bremen-Nord und Bremerhaven sind eher vom wirtschaftlichen Kampf ums Überleben ausgeprägt, und von daher, meine ich, muß man diese beiden Teile auch unterschiedlich bewerten.

Der Senat will in jedem Fall die Angebote in Bremen erhöhen, weil nach BAW-Aussage ein deutlicher Niveaurückstand, so heißt es da, zu anderen Großstädten besteht und um den Anschluß an die Entwicklung sich rapider entwickelnder Wirtschaftszweige nicht zu verpassen. Ich nenne Ihnen einmal einige Zahlen, wieviel die anderen Städte hier investieren: Hamburg investiert zirka 280 Millionen DM, Köln investiert 160 Millionen DM, Frankfurt investiert 500 Millionen DM, Stuttgart 335 Millionen DM, Hannover 250 Millionen DM. Meine Damen und Herren, Dr. Haller, das sind ungefähr die Vorgaben, an denen Bremen sich hier messen will.

Dreimal dürfen Sie raten, welche Projekte für diese Abermillionen vorgesehen sind. Ich sage Ihnen, außer den Begriffen wie Maritim und Space-Center ist alles dabei, was auch im Bremer Landesprogramm zu finden ist: Messezentrum, Sportzentrum, Theater-, Kulturzentrum, Museumszentrum inklusive High-Tech und Industriedesign. Ich frage Sie natürlich ernsthaft: Wird Bremen diese zwanzigste Kopie dazu?

- (B) Die Millionenausgaben zum Beispiel für German Classics waren es schon, und die hundert Millionen DM für ein Kongreßzentrum werden wahrscheinlich noch zu einem touristischen Flop werden meines Erachtens, weil genau diese Einrichtungen in x-facher Form in anderen Städten bereits realisiert worden sind.

Mit solchen Großprojekten wird auch der Bremer Tourismus als Industriekomplex auf Expansion und auf den rücksichtslosen Verbrauch von städtischen Ressourcen ausgelegt. Dieser meines Erachtens aufgesetzte Tourismus zerstört die typische Bremer kulturelle Identität,

(Beifall bei den GRÜNEN)

die geforderten Freizeitparks, die Tierparks und die Aussichtstürme, die Spaßbäder, die hier genannt sind und die Herr Ziegler favorisiert, fördern statt des Images einer sogenannten kontrastreichen Großstadt oder einer multikulturellen Kultur eher den Flächenverbrauch und den individuellen Verkehr.

Bei all diesen Großprojekten und Zentralveranstaltungen ist die Frage nach der Höhe der ökologischen Folgekosten an Sie konkret gestellt. Wer letztlich Träger der ökologischen Folgen sein wird, wird einigermaßen deutlich, wenn man sich die Vorschläge zum Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen anschaut. Dazu liest man zum Beispiel in dem BAW-Gutachten folgendes: „Lenkung der Verkehrsströme durch bes-

- sere Parkleitsysteme, attraktivere Gestaltung der Parkhochhäuser, bessere Anbindung an den Flughafen“, (C)

(Beifall bei der CDU)

und wem das noch nicht genügt, meine Damen und Herren, dem sei gesagt, daß der Senat auch noch den Anschluß an die Transrapid prüfen will.

Meine Damen und Herren, Sie ahnen, was auf die Stadt zukommt, neben dem Gigantismus in der Tourismusplanung kommt der Gigantismus im Verkehr. Von einem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, von einem Ausbau der Radwege, von einer Befreiung der Innenstadt vom Auto und von einer wesentlichen Verbesserung der Anbindung im IC-Verkehr ist in diesem Konzept nichts zu spüren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man könnte sagen, das kann auch gar nicht anders sein, denn die gesamte Planung, die Organisation und die Durchführung von Tourismus werden praktisch ohne den Rat von Umweltschützern, ökologischen Stadtplanern oder ökologischen Verkehrsexperten durchgeführt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- Wir meinen, daß für die Planung von Tourismus die Einrichtung eines unabhängigen Beirats unerlässlich ist, der sich aus Wissenschafts-, Verbraucher-, Verkehrs-, Kultur- und Umweltorganisationen zusammensetzt. Ein solcher Beirat zum Beispiel hätte den Senat vielleicht schon davon überzeugt, daß eine saubere Weser, eine saubere Nordsee, eine lebendige, kulturell vielfältige und danach autofreie Innenstadt aus sich heraus schon touristenfreundlich sind, das muß man nicht noch mit billigen Sensationen unterstützen. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die beiden hoffnungsvollen, meines Erachtens hoffnungsvollsten Ansätze in Bremen zur Stadtentwicklung mit touristischer Sogwirkung zu betreiben, sind ja bereits geplatzt, ich habe das erwähnt. Der Umbau des Europahafens zu einem Sammelpunkt von Wohnen, Kultur und Gewerbe findet auf Druck des bremischen Finanzsenators und der Handelskammer nicht statt. Die geplante Bildungs- und Kulturoffensive des Bürgermeisters Scherf scheidet schlicht an der Weigerung des Finanzsenators, in diesen Faktor Kultur verstärkt zu investieren, und eine vorbildhafte regionale und damit die für Außenstehende interessante städtebauliche, kulturelle und künstlerische Entwicklung findet in Bremen meines Erachtens in keiner Weise statt. Statt dessen werden leichtfertig einmal drei Millionen DM für ein zentrales Musikfestival investiert, um ganz oberflächlich das Kulturimage der Stadt Bremen zu erhöhen.

(A) Insgesamt, kann man für den kulturellen Bereich sagen, werden alle diese kulturellen Angebote nur im Sinne des anvisierten ökonomischen Wachstums instrumentalisiert. Der Anspruch aber, Bremen zur Musikstadt und damit für eine Tourismusförderung interessant zu machen, bleibt natürlich unseres Erachtens so lange nur Hochstapelei, wie nicht wirklich eine breite Basis kleiner, dezentraler kultureller Infrastrukturen auch wirklich in Bremen entsteht, und mit dieser Unterstützung sieht es in Bremen ganz schlecht aus.

Man muß sich meines Erachtens auch wundern, daß der Wirtschaftssenator bis heute nicht erkannt hat, daß zum Beispiel die Förderung der Shakespeare Company zehnmal mehr Image für die Stadt Bremen bringt als das „Gold im Kreml“ oder ein „Musikfestival“ in der Stadt Bremen.

Aber man ist nicht nur in diesem Bereich unsensibel, man ist auch unsensibel, was den Erhalt und die Nutzung historischer Gebäude betrifft. Es gab bis vor zwei Jahren in Hastedt die prächtigen Gebäude des alten Weserkraftwerkes, ein Industriedenkmal, das jetzt als Modell im Deutschen Museum in München ausgestellt ist, und es wäre ohne weiteres möglich gewesen, einen Teil des Gebäudes als historisches Museum und einen weiteren Teil als Veranstaltungszentrum zu nutzen.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. T i e f e n - b a c h [DIE GRÜNEN]: Wie der DGB das fordert hat!)

(B) Der DGB unterstützt diese Forderung nach wie vor! Der Mittelpfeiler hätte sich als originelles Café in den Fluten der Weser angeboten, aber anstatt diese touristische Chance zu nutzen, haben Sie wieder einmal den Abrißbagger angesetzt,

(Abg. W e b e r [SPD]: Das stimmt nicht!)

und so wurde eine weitere Chance vertan, ein attraktives Ziel für Touristen, aber auch für die Bewohner der Stadt Bremen zu schaffen. Ich denke jedenfalls, Bremen hat genug eigenes Profil, und dies gilt es, sanft, ökologisch und mit Rücksicht auf den besonderen Charakter von Bremen zu entwickeln.

Für die Seestadt Bremerhaven erhält die Tourismusförderung ein ganz anderes Gewicht als in Bremen meines Erachtens. Bremerhaven ist im Gegensatz zu Bremen keine historische Stadt, hat weniger ein eigenes Profil und hat weder eine stark entwickelte Breitenkultur, von einer Hochkultur ganz zu schweigen, die es gelte, nur noch zu unterstützen. Das, was der Krieg an historischen Gebäuden und an Industriedenkmalern nicht völlig zerstört hat, ist danach zum Teil der damals vorherrschenden Modernisierungsphilosophie der siebziger Jahre, aber auch zum anderen Teil der wesentlich ausgeprägteren Abrißmentalität der jetzigen Magistratsverwaltung zum Opfer gefallen.

Bremerhaven leidet darüber hinaus immer noch stark unter einer wirtschaftlichen Monostruktur, und da ergibt es sich fast naturgemäß, daß sich in dieser Stadt die Tourismusförderung mehr als Kompensation, fast schon als Ersatz für eine fehlende Strukturpolitik versteht. Aber, meine Damen und Herren, hier sollte man besonders achtsam sein, daß nicht bei aller Euphorie eine neue aufgesetzte touristische Attraktion in der Stadt Bremerhaven entsteht. Die Marketingformeln, wie sie zu lesen sind, Hotelschiff, Casino-Liner, Atlantikpark, Aquapark, Haifischbecken, Raddampfer „in abgeschlossenen Erlebniswelten“ — wie es in den Programmen heißt —, lassen eher das Gegenteil von dem befürchten, was man sanft und auch sozialverträglich nennt, meine Damen und Herren.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alle Fahrholz-Projekte — das ist der Initiator — sind zum Glück bis jetzt nur reine Luftschlösser, für die es weder Finanzierungsvorschläge, Großinvestoren noch Rentabilitätsberechnungen gibt, von dem Nachweis der Umweltverträglichkeit und der Schaffung sozialverträglicher Arbeitsplätze ganz zu schweigen. Aber diese Planungen zeigen meines Erachtens ganz genau, wie im Hause des Wirtschaftsmitglieds mit städtebaulichen Anforderungen und Naturverträglichkeiten umgegangen wird.

Die Planungen des touristischen Angebotes basieren nicht auf einer interdisziplinär angelegten wissenschaftlichen Analyse, die auch den gesamten Nordseeraum einbezieht, sondern sie sind vollständig auf die touristische Vermarktung spektakulärer Angebote ausgelegt, und das hat mit Einbeziehung der dort wohnenden Bevölkerung gar nichts mehr zu tun. Hier planen meines Erachtens kaltschnäuzige Industriemanager und keine intimen Kenner dieser schönen Küstenregion mit der Folge, daß steigende Verkehrsprobleme, steigende Grundstückspreise, steigender Flächenverbrauch und städtebauliche Schandtatzen weiterhin zu erwarten sind.

(D)

Bevor allerdings auch nur eine einzige dieser Riesenattraktionen entsteht, sollen erst einmal in den ersten drei Jahren über drei Millionen DM für weitere Gutachten, Auftragsarbeiten und für zusätzliche Personalkosten ausgegeben werden.

Obwohl bereits eine Bremerhaven-Werbung besteht, ein Verkehrsverein und eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft — das hat Herr Dr. Haller eben noch einmal bestätigt —, wird dazu noch eine Tourismusförderungsgesellschaft gegründet, um alle nicht vorhandenen Aktivitäten auch entsprechend zu koordinieren. Meine Damen und Herren, aber was der Senat an Aktivität hier vermissen läßt, setzt er auf der anderen Seite darauf, wenn es darum geht, großzügig Geld an verschiedene Gutachter zu verteilen.

Zusammenfassend könnte man sagen, das hier vorgelegte Rahmenprogramm schafft sowohl in Bremen

(A) als auch in Bremerhaven eine touristische Monostruktur, es vernachlässigt in krasser Weise gesellschaftspolitische Bereiche wie Städtebau, Kultur und Natur. Das selbstgesetzte Hauptziel, die Schaffung von Arbeitsplätzen, wird in keiner Weise quantifiziert, der regionale Aspekt bleibt vollständig unberücksichtigt, eine planerische Abstimmung des touristischen Raums zwischen Bremen, Bremerhaven und der gesamten Nordseeküste findet nicht statt — es tauchen meines Erachtens sogar Konkurrenzen auf —, und es läßt jegliche Bürgerbeteiligung außen vor.

Ich denke, das sind, Herr Dr. Haller, keine Anzeichen dafür, daß sich das von Ihnen anvisierte zukünftige Konzept entsprechend von diesem Rahmenprogramm positiv abheben wird. Ich hoffe nur, daß es so sein wird, aber die Befürchtungen gehen in eine andere Richtung. Von daher finde ich es erst einmal positiv und überlegenswert, diesen Antrag zurückzuziehen und dann mit unserem Auftrag ein neues, ökologisch sanftes Tourismusprogramm uns hier vorzulegen. Wir werden uns dann weiterhin darüber unterhalten.

Der Antrag der FDP, Drucksache 12/607 S, ist unseres Erachtens als Einzelantrag zu behandeln, fügt sich aber dennoch fast nahtlos in das Gesamtsystem der Tourismusförderung als industriellen Komplex ein, und ich denke, wir können einem solchen Gesamtkomplex nicht zustimmen. Das habe ich dargestellt. Wir werden uns dementsprechend zu diesem Antrag der Stimme enthalten. — Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lojewski.

Abg. **Lojewski** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zwei Vorbemerkungen! Herr Ziegler, Sie haben erneut auf die nach Ihrer Meinung verheerende wirtschaftsstrukturpolitische Situation hingewiesen. Ich muß Ihnen erneut und jedesmal wieder vorhalten, daß die Realität eine andere ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir leugnen die wirtschaftsstrukturpolitischen Schwierigkeiten nicht, aber Sie nehmen die tatsächlichen Fakten nicht zur Kenntnis. Denken Sie an die erhöhte Zahl der offenen Stellen, 4100, und denken Sie daran, daß wir in der letzten Zeit, im letzten Jahr, 3500 neue Arbeitsplätze auch über unsere wirtschaftsstrukturpolitischen Bemühungen in Bremen haben installieren können, und die Tendenz ist steigend!

(Beifall bei der SPD)

Herr Schramm, ich finde Ihre Ausführungen immer ganz falsch, aber ich kann nicht erkennen — außer, daß Sie jetzt vom Senat ein ökologisches Touris-

muskonzept fordern —, wo eigentlich Ihre konkreten Vorstellungen sind. Ich kann das nicht erkennen. Ich ahne, daß Sie eine tief kleinbürgerliche Vorstellung von Stadtentwicklungspolitik haben. Ich ahne das. Ich will Ihnen das nicht unterstellen.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, mir fällt da immer so ein Bild ein. Es gibt ja einen ganz häßlichen Vergleich, nämlich Brügge. Mir fällt immer so ein, Sie haben offensichtlich so die Vorstellung von begrünten Industriebrachen, die von ABM-geförderten jungen Künstlern gemalt werden. Das ist keine Stadtentwicklungspolitik, wie wir sie uns vorstellen. Ich glaube, das reicht nicht.

(Beifall bei der SPD — Abg. **Tiefenbach** [DIE GRÜNEN]: Sie wollen ein Hochhaus vor den Bahnhof stellen!)

Meine Damen und Herren, wir haben das Rahmenkonzept in der Deputation vorerörtert. Während die Opposition treue Augen gemacht hat, haben wir von vornherein gesagt, daß dies nicht das endgültige Konzept sein darf. Wir haben von vornherein konkrete Kritik an diesem Konzept gehabt, und ich kann sie auch heute in der Bürgerschaft bestätigen. Die Opposition ist unterdessen aufgewacht. Sie hat diese Kritik jetzt auch. Ohne Frage hat es zu lange gedauert, ein solches Konzept zu entwickeln.

(D)

(Abg. **Ziegler** [FDP]: Sind Sie aufgewacht oder wir?)

Aufgewacht sind Sie!

(Abg. **Tiefenbach** [DIE GRÜNEN]: Sie schlafen immer noch!)

Aufgewacht sind Sie jetzt! Wir waren schon wach, als in der Deputation beraten wurde, Herr Ziegler. Da haben Sie noch treu geschaut.

(Abg. **Dr. Schrörs** [CDU]: Deswegen haben Sie auch den Beschluß gefaßt, bis Ende des Jahres ein endgültiges Programm zu machen!)

Meine Damen und Herren, wir sind einig darüber, daß es sich lediglich um ein Rahmenkonzept handelt. Allerdings besteht dann auch die Möglichkeit, meine Damen und Herren von der Opposition — Herr Ziegler, Sie haben einige Vorschläge unterbreitet —, sich nun intensiv an der Erarbeitung dieses endgültigen Konzepts zu beteiligen. Ich biete Ihnen das an, nicht nur hier in der Bürgerschaft plakativ irgendwelche Sprüche abzulassen gegen den Senat,

(Beifall bei der SPD)

sondern dann in der Deputation ganz konkret sich Punkt für Punkt dieses Tourismuskonzepts vorzuneh-

(A) men und Punkt für Punkt Ihre Verbesserungsvorschläge einzubringen. Ich werde dafür sorgen, daß zu der nächsten Sitzung, also in der Dezember-Sitzung, die wir noch haben, dies auf die Tagesordnung kommt, und dann werden wir sehen, wo Ihre Vorschläge sind und wo Sie lediglich in Kritik verhaftet bleiben.

Klar ist, daß wir Defizite haben, die sind dort benannt. Klar ist auch, daß Handlungsbedarf besteht, deswegen strengen wir uns an. Deswegen bemühen wir uns, diesen Handlungsbedarf durch die Vorlage eines endgültigen Gesamtkonzeptes zu befriedigen.

Es stimmt im übrigen nicht, daß wir nichts tun. Das stimmt überhaupt nicht. Einige Punkte sind benannt worden. Ich möchte einige zusätzlich benennen: das Kito-Haus in Vegesack, der Neubau des Morgenstern-Museums, Schaufenster Bremerhaven, der Ausbau der Tourismusförderungsgesellschaft — übrigens ein wesentliches Instrument, wenn man Stadtmarketing, und Stadtmarketing heißt nun nicht nur nach außen, sondern auch nach innen, eine Stadt auch für die Bevölkerung attraktiver zu machen, die dort lebt, wenn man Stadtmarketing ernst nimmt, ist das ein wesentliches Instrument —,

(Beifall bei der SPD)

Aufbau einer Zweigstelle des Verkehrsvereins im Kito-Haus, Verbesserung der Ausstattung des Verkehrsvereins, all dies sind Maßnahmen, die in Durchführung sind. Sie könnten das dem Rahmenkonzept — zugegebenermaßen dem noch unvollständigen Rahmenkonzept — entnehmen, wenn Sie bis zur letzten Seite vorgedrungen wären, meine Damen und Herren.

(B)

Ich glaube auch nicht, daß es jetzt so sehr darauf ankommt, abgesehen von einer kostenmäßigen Quantifizierung und von Aufstellung gewisser Prioritäten, nun die einzelnen Maßnahmen bis ins einzelne zu beschreiben. Ich selbst glaube dies nicht. Prioritäten, ja! Kosten quantifizieren für die einzelnen Maßnahmen, jawohl, auch richtig! Ich glaube, daß ein anderes wichtig ist. Ich glaube, daß die entscheidende Frage die ist, wie man die einzelnen Elemente so verknüpfen kann, daß ein unverwechselbares Bremen-Image entsteht und daß dieses unverwechselbare Bremen-Image auch transportiert werden kann — ich sage das jetzt einmal bewußt betriebswirtschaftlich — an die Kunden. Das heißt, dieses Image muß, und da unterscheide ich mich von den GRÜNEN wahrscheinlich, auch nachfrageorientiert aufgebaut werden.

Der organisatorische Rahmen hierzu müßte eine Art Tourismusbetrieb sein, der all diese Aktivitäten koordiniert und dem alle möglichen Betriebsstätten vom Theater bis zum Weserstadion zugeordnet sind, damit es möglich ist, koordinierte und kompakte Angebote an Touristen zu vermitteln. Dies halte ich für einen wesentlichen Punkt eines solchen Konzepts, viel wichtiger, als nun genau und gründlich einzelne Maßnahmen zu beschreiben.

Kurz zu den Anträgen, ich will rechtzeitig zur Mittagspause auch fertig werden! Wir sind damit einverstanden, daß die Anträge der CDU und der FDP ausgesetzt werden, das haben wir so vereinbart. Den Antrag Drucksache 12/607 S der Stadtbürgerschaft werden wir ablehnen, und zwar aus folgendem Grund: Wir haben in der Deputation für Wissenschaft und Kunst einen Arbeitsauftrag erteilt an die zuständigen Senatoren, insbesondere an den Innenminister, zu klären, ob durch entsprechende Beschilderung auf öffentlichen Straßen und Plätzen auf die Kulturinstitutionen besser hingewiesen werden kann.

(C)

Das ist gar nicht so unsensibel, ich erinnere einmal daran, daß man da auch gigantische Schilderwälder herstellen kann. Ich möchte mich nicht festlegen auf einen etwa elektronisch gesteuerten Wegweiser in Empfangshallen von Flughafen, Hauptbahnhof sowie auf dem Unser-Lieben-Frauen-Kirchhof, sondern ich denke mir, das muß einmal etwas gründlicher untersucht werden, ob das alles so sinnvoll ist. Klar ist aber unsere Zielrichtung, daß das Wegesystem besser ausgeschildert werden muß, auch was innerörtliche, innerstädtische Kultureinrichtungen oder Sehenswürdigkeiten angeht, ich denke einmal an das Schnoor-Viertel.

Wir werden also diesen Antrag ablehnen, kurzum, ich fasse zusammen, wir sind damit einverstanden, daß die beiden ersten Anträge überwiesen werden,

(Abg. Ziegler [FDP]: Ausgesetzt!)

(D)

und lehnen den Antrag Drucksache 12/607 S ab. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir hätten jetzt noch eine Wortmeldung von Frau von Schönfeldt, aber ich weiß nicht, ob wir sie jetzt noch annehmen wollen. Wie lange werden Sie benötigen?

(Abg. Frau v. Schönfeldt [FDP]: Ganz knapp nur!)

Ganz knapp nur, Sie haben das Wort!

(Abg. Fluß [SPD]: Sie provozieren sicher eine Gegenrede!)

Abg. Frau v. Schönfeldt (FDP): Nein, ich provoziere überhaupt nichts! Hören Sie zu, dann werden Sie das merken!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Erlebniswert einer Stadt und die Identifikation der Bürger und Bürgerinnen mit ihrer Stadt hängen von den kulturellen Angeboten ab, aber nicht nur für die Einwohner einer Stadt, sondern das kulturelle Angebot gilt auch ganz besonders für den Fremdenverkehr. Wie sieht das nun bei uns hier in Bremen aus?

(A) Die Einrichtungen und kulturellen Angebote sind zwar vorhanden, aber für den Ortsunkundigen überhaupt nicht zu finden. Ein Beispiel für viele ist zum Beispiel das Focke-Museum, das erste Hinweisschild zu unserem wirklich sehenswerten Landesmuseum ist 50 Meter vor demselben. Ob ich nun als Tourist aus Osnabrück, Hamburg oder Bremerhaven mit dem Auto komme, kein Hinweisschild zeigt mir an, wo irgendeine kulturelle Einrichtung oder eine Sehenswürdigkeit zu finden ist.

(Abg. W e l k e [FDP]: Nur die Spielbank ist ausgeschildert!)

Reist der Tourist nun mit der Bahn an oder fliegt er ein, weder in der Bahnhofshalle noch in der Empfangshalle des Flughafens ist auf eine kulturelle Einrichtung hingewiesen, auf Hotels ja.

Bremerhaven, oft als abseits gelegen angesehen, macht Bremen darin etwas vor. An allen Verkehrsknotenpunkten, an allen Autobahneinfahrten wird man hingewiesen zum Theater, zum AWI oder zum Schiffahrtsmuseum. Hamburg zum Beispiel hat das farbige Punktsystem. Auf der Ost-West-Straße kommend wird man per farbigem Punkt zu einem Parkhaus geleitet, in dessen Nähe zum Beispiel Markthalle, Bahnhof, Theater oder Kunsthalle liegen, und diese Einrichtungen sind neben den Punkten aufgezeichnet. Hannover hat so etwas ähnliches, nur, da sind es bunte Fäden.

(B) Meine Damen und Herren, es empfiehlt sich, unter anderem auch einen kleinen Sonntagsausflug in die Samtgemeinde Harpstedt zu machen. Harpstedt zum Beispiel leistet sich der Größe der Einwohnerzahl angemessen ein elektronisches Informationssystem über die Sehenswürdigkeiten der Umgebung, zu besichtigen in der Wasserburg zu Harpstedt.

Meine Damen und Herren, weil wir Liberalen meinen, daß Bremen eine städtebaulich reizvolle, traditionsreiche, an Kulturdenkmälern und kulturellen Einrichtungen reiche Stadt ist, fordern wir die Stadtbürgerschaft auf, ein Konzept eines integrierten Informationsleitsystems für Kultureinrichtungen und Sehenswürdigkeiten in der Stadtgemeinde Bremen zu entwickeln. Das System sollte unter anderem enthalten Hinweise an allen Einfahrtsstraßen und Verkehrspunkten — Herr Lojewski, hört er zu, gut! —, nach Möglichkeit unter Einbeziehung bereits bestehender Verkehrsleitsysteme, zum Beispiel Parkleitsystemen oder das Park-and-ride-System, es soll so angelegt sein, schon um das, was Sie gesagt haben, den rasanten Schilderwald, zu vermeiden, elektronisch gesteuerte Wegweiser in den Empfangshallen von Bahnhof und Flughafen sowie auf dem Liebfrauenkirchhof, und dort auch nach Ladenschlußzeiten!

(Abg. H e t t l i n g [SPD]: Ich denke, der Beitrag soll kurz sein!)

(C) Unsere Museen — letzter Satz, das Essen reicht noch —, unsere Museen, Theater und unsere städtebaulichen Sehenswürdigkeiten, zum Beispiel Marktplatz, Rathaus, Rhododendronpark und Bürgerpark, sollten ausgewiesen werden. Wir bitten deshalb, das Konzept vorzulegen bis zum 31. März. Herr Lojewski, ich habe mich informiert, der Auftrag des Bildungssenators, so etwas insgesamt mit der Innendeputation zu entwickeln, ist in der Innendeputation noch nicht angekommen, und deshalb möchte ich doch bitten, über diesen Antrag abzustimmen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch eine Wortmeldung. Frau Kahrs, bitte sehr!

Abg. Frau **Kahrs** (SPD)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau von Schönfeldt, Sie haben hier jetzt den Eindruck erweckt, als gebe es nicht dieses Einverständnis durch alle Fraktionen, jedenfalls für meine Fraktion kann ich das sagen, daß wir überhaupt nicht den Mangel bezweifeln, den wir haben durch unzureichende Ausschilderung der großen Kultureinrichtungen. Wir sind uns da einig, und dieser lange Vortrag, den Sie hier gehalten haben, suggeriert, als würden wir das nicht anerkennen. Wir erkennen das durchaus an, müssen das nicht noch einmal alles hier wirklich so breitwalzen und sagen lediglich, wie Sie auch, das muß geändert werden, und wir haben den Auftrag erteilt,

(D)

(Abg. F l u ß [SPD]: Schon vor Ihrem Antrag!)

daß dies gemacht wird. Das ist doch das Entscheidende, und da muß auch kein Konzept bis zum Mai über irgendwelche Schilder erstellt werden. Nur, wir sagen, zuständige Senatoren, setzt euch an einen Tisch, und macht das bitte schön ganz schnell, und das sollte hier noch einmal zum Ausdruck kommen. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 12/954, Kenntnis, über die Anträge wird dann in der Stadtbürgerschaft abgestimmt.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Wir kommen wieder zusammen um 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.08 Uhr)

*

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.35 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer heutigen Nachmittagsitzung nehmen unter anderen eine Gruppe der Altentagesstätte Vegesack, eine Gruppe der Arbeiterwohlfahrt Magdeburger Straße, eine SPD-Betriebsgruppe Überseehafen, Bremerhaven, eine Herrengruppe der St.-Pauli-Gemeinde und eine Gruppe von Besuchern der AWO-Begegnungsstätte Bremen-Vegesack als Zuhörer teil.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Wir setzen die Beratung fort.

Als nächster Punkt wäre Punkt 17, Drogenhilfepan 1990, aufzurufen, aber mir wurde von der CDU-Fraktion gesagt, sie hätte einen Geschäftsordnungsantrag zu stellen.

Bitte sehr, Herr Kudella, zur Geschäftsordnung!

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat sich in der Mittagspause des heutigen Tages mit den unglaublichen Entgleisungen von Bürgermeister Scherf am gestrigen Tage befaßt. Herr Bürgermeister Scherf hat gestern in einer Rede Abgeordnete der CDU-Fraktion verächtlich gemacht und hat auch einige Abgeordnete nach unserer Auffassung genötigt. Beides kann dieses Parlament aus seinem Selbstverständnis nicht hinnehmen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Er hat auch Abgeordnete beleidigt. Ich zitiere aus dem Protokollauszug, der mir jetzt inzwischen vorliegt. Zitat Dr. Scherf: „Lassen Sie sich einmal an dem messen, Herr Klein, da sind Sie ein ganz kümmerlicher, mieser Denunziant gegen diesen Bundespräsidenten.“ Meine Damen und Herren —

(Unruhe bei der SPD — Zuruf des Abg. Griesche [SPD])

ja, und von der SPD rufen Herr Griesche und andere: Das ist er auch —, das ist Ihr Verständnis von parlamentarischer Demokratie!

(Beifall bei der CDU — Unruhe bei der SPD — Zuruf des Abg. Griesche [SPD])

Diese Beleidigungen sind unglaublich, Herr Griesche, und die lassen wir uns nicht gefallen!

(Abg. Griesche [SPD]: Ich habe etwas völlig anderes gesagt! Das ist ja unglaublich!)

Ich sage Ihnen, ein Regierungsmitglied hat nicht das Recht, Parlamentarier in dieser Art und Weise anzugreifen und zu beleidigen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im „Weser-Kurier“ stehen weitere Aussagen, die wir auch gehört haben und bestätigen können. (C)

(Abg. Griesche [SPD]: Der ist ja schlimmer als Herr Klein!)

Hier steht unter anderem: „Gegen die falschen und rechtswidrigen Behauptungen müßte man mit einem Richterspruch Herrn Klein das Handwerk legen.“

(Abg. Fluß [SPD]: Das ist ja auch richtig!)

Meine Damen und Herren, auch dies können wir nicht hinnehmen!

(Beifall bei der CDU)

Wir verlangen von Herrn Dr. Scherf, daß er sich noch in dieser Plenarsitzung am heutigen Tage für diese Entgleisungen entschuldigt.

(Abg. Altermann [DVU]: Das wird er nie machen!)

Wir beantragen deshalb, daß der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß des Parlaments jetzt sofort zusammentritt, um weitere Maßnahmen gegen Herrn Scherf zu beraten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte gleich folgendes dazu von diesem Stuhl aus sagen: Als gestern diese Debatte geführt wurde und dieser Ausdruck gefallen ist, habe ich unmittelbar danach, in unmittelbarem Zusammenhang, dies zurückgewiesen. (D)

(Abg. Dr. Pawlik [CDU]: Das reicht uns nicht!)

Ich habe keine Möglichkeit, eine schärfere Maßnahme gegen ein Mitglied der Regierung einzusetzen. Die Geschäftsordnung gilt für Abgeordnete, nicht gegenüber Rednern, die nicht dem Parlament angehören. Sie wissen, daß das im Bundestag anders ist, aber da sind die Regierungsmitglieder gleichzeitig Mitglieder des Parlaments. Ich bin gestern daraufhin von einem Mitglied dieses Hauses aus Ihrer Fraktion angesprochen worden, das mir sehr erregt seinen Unmut zum Ausdruck brachte.

Ich habe gesagt, ich nähme das als eine Beschwerde an und würde dies nach Prüfung im Bürgerschaftsvorstand beraten. Nun muß man eines wissen: Der Bürgerschaftsvorstand ist die Berufungsinstanz für einen Abgeordneten, der mit einem Ordnungsruf belegt wurde und der sich dagegen wehren kann. Ich habe gesagt, obwohl es hier jetzt nicht ein betroffener Abgeordneter in dem Sinne ist, daß er beschwert ist durch einen Ordnungsruf, aber er fühlt sich belastet durch eine Äußerung, die im Parlament getroffen wurde, daß wir dieses Gremium annehmen. Ich

(A) habe es mir so vorgestellt, daß wir dies prüfen und in der nächsten Sitzung beraten und entscheiden.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich sehe zunächst einmal gar keine Zuständigkeit des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses, und ich sage das einmal, weil die Berufungsinstanz eben ein anderes Gremium ist. Aber ich will das hier nicht problematisieren. Ich will nur sagen, es sind Dinge geschehen. Es ist nicht so, daß nichts geschehen ist. Es ist etwas geschehen, und es soll auch noch weiteres geschehen. Wenn das nicht ausreicht, müßten wir sehen, wie wir weiter verfahren.

Bitte sehr, Frau Stieringer, zur Geschäftsordnung!

Abg. Frau **Stieringer** (CDU): Herr Präsident, darf ich von dieser Stelle aus sagen, da ich ja die Abgeordnete war, die Sie angesprochen hat, daß Sie mir ganz eindeutig gesagt haben, daß Sie die Sache in den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß bringen wollen, vom Bürgerschaftsvorstand ist nicht die Rede gewesen. Ich habe sofort meine Fraktion von diesem Gespräch informiert. Die Vorlage beim Bürgerschaftsvorstand hätte mir ganz sicher nicht genügt.

Präsident Dr. Klink: Der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß hat ja keine Zuständigkeit. Wir diskutierten noch darüber, daß es im Grunde der Bürgerschaftsvorstand ist. Aber ich glaube, das ist ja nicht das Hauptproblem.

(B)

Abg. Frau **Stieringer** (CDU): Doch, entschuldigen Sie, Herr Präsident, Sie haben hier eben Bürgerschaftsvorstand gesagt!

Präsident Dr. Klink: Das ist auch meine Meinung.

Abg. Frau **Stieringer** (CDU): Dann hat sich Ihre Meinung seit gestern geändert.

Präsident Dr. Klink: Nein, nein, das war von Anfang an so.

Herr Griesche zur Geschäftsordnung, dann Herr Thomas!

Bitte sehr, Herr Griesche!

Abg. **Griesche** (SPD): Ich möchte sagen, daß ich großen Wert darauf lege, daß ich dazwischengerufen habe — ich bitte, das im Protokoll zu zitieren —, daß Sie vollständig zitieren sollen, nämlich die Passage auf Herrn Wezsäcker, ich habe nichts anderes gesagt. Ich finde es unglaublich, daß Sie mir das anhängen, was der Senator gesagt hat. Was ich über Herrn Klein denke, ist etwas völlig anderes.

(Beifall bei der SPD — Lachen bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Thomas, zur Geschäftsordnung!

Abg. **Thomas** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, wir wollten nur unsere Meinung dazu sagen, daß wir der Meinung sind, daß es in den Ausschuß gehört, ganz abgesehen davon, daß weder die FDP noch die GRÜNEN im Bürgerschaftsvorstand vertreten sind und wir unsere Meinung zu diesem Verhalten auch sagen wollen. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Altermann, zur Geschäftsordnung!

Abg. **Altermann** (DVU): Herr Präsident, ich frage Sie: Wo blieb Ihr Einspruch, als man mir damals zurief, im Dezember: Altermann, halt's Maul? Das ist die Frage.

Präsident Dr. Klink: Ich sehe jetzt den Zusammenhang nicht. Ich kann das gern einmal abprüfen. Ich kann dazu jetzt überhaupt keine Auskunft geben.

(Abg. **Altermann** [DVU]: Herr Präsident, das steht im Protokoll! — Glocke)

Setzen Sie sich erst einmal hin!

Die Frage an die CDU wäre jetzt folgende: Für den Fall, daß wir den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß einberufen, ist es dann möglich, daß wir hier die Sitzung weiter fortsetzen?

(Abg. **Kudella** [CDU]: Wir wollen unterbrechen!) (D)

Ich sehe nur die Tagesordnungspunkte, die liegenbleiben.

Bitte sehr, Herr Dittbrenner, zur Geschäftsordnung!

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich richtig informiert bin, entscheidet der Präsident darüber, ob die Sitzung unterbrochen wird oder nicht. Es ist ja schon erstaunlich, Herr Kollege Kudella, daß Sie ab dem Zeitpunkt, als wir diese Auseinandersetzung hatten, immerhin fast einen Tag, also 24 Stunden, gebraucht haben, um auf die Idee zu kommen, den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß einzuberufen.

(Beifall bei der SPD)

Da liegt natürlich der Schluß nahe, daß einmal das Ergebnis der Debatte und die heutige Berichterstattung Sie so getroffen haben, daß Sie sich davon erst erholen mußten.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann das ja verstehen, daß man da ein paar Minuten oder auch ein paar Stunden benötigt, um erneut Luft zu holen.

Ich bin auch nicht ganz sicher, ob der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß das richtige Gremi-

- (A) um ist, um darüber zu beraten, aber selbstverständlich werden wir uns einer Bitte nicht verschließen, wenn Sie jetzt meinen, daß das jetzt erörtert werden sollte. Selbstverständlich machen wir das mit und würden auch einen solchen Beschluß des Präsidenten dieses Parlaments respektieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will Herrn Dittbrenner sagen, erstens, was die Berichterstattung betrifft, sehe ich das nicht so wie Sie. Wenn Sie „Buten un binnen“ gesehen hätten oder wenn Sie den „Bremer Anzeiger“ mit dem Kommentar gelesen hätten und nicht nur den Artikel von Herrn Grunewald, dann wüßten Sie über die Wirklichkeit etwas besser Bescheid, als Sie es geschildert haben.

(Beifall bei der CDU — Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Bleiben Sie ruhig, Herr Kollege, denken Sie an Ihre Gesundheit!)

Zweitens, Sie wissen, daß man Auszüge aus dem Protokoll nach einer gewissen Zeit bekommt. Ich habe Sie heute morgen zu Beginn der Sitzung vorliegen gehabt. Ich wollte dann in Ruhe zunächst mit der Fraktion darüber reden können, da gab es den ersten Zeitpunkt heute in der Mittagspause. Das haben wir getan und sind zu dem Ergebnis gekommen, das ich Ihnen jetzt vorgetragen habe.

- (B) Drittens, es ist ein übliches Verfahren bei solch schwerwiegenden Vorfällen, daß dann, wenn wesentliche Funktionsträger dieses Hauses nicht im Parlament anwesend sein können, weil sie dem Verfassungs- und Geschäftsausschuß angehören, eine Sitzung unterbrochen wird. Ich halte das auch für angemessen und bitte den Präsidenten, deswegen die Sitzung zu unterbrechen.

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Theaterdonner!)

Da der Fall einigermaßen klar ist, könnte die Sitzung des Verfassungs- und Geschäftsausschusses auch in wenigen Minuten über die Bühne gebracht werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Abgeordneter Kudella, ich bin gern bereit, ich möchte nur eine Frage vorweg klären.

Ich kann nicht dem Verfassungs- und Geschäftsausschuß die Rede von Bürgermeister Dr. Scherf unterbreiten. In der Geschäftsordnung Paragraph 62 heißt es: „Stenographische Aufnahmen von Reden dürfen vor ihrer Prüfung durch den Redner einem anderen als dem Präsidenten nur mit Zustim-

- mung des Redners zur Einsicht überlassen werden.“ (C) Das heißt, Herr Bürgermeister Dr. Scherf muß mir erst seine Zustimmung geben, bevor ich das weitergeben kann.

(Abg. **Altermann** [DVU]: Wo ist er denn? — Abg. **Klein** [CDU]: Dann beziehen wir uns auf das, was wir gehört haben!)

Ja, das ist ein Auszug, das wird hier problematisiert, und deswegen mein Vorschlag: Sollten wir nicht vielleicht eine halbe Stunde ins Land gehen lassen, Bürgermeister Dr. Scherf bitten, daß er sein Einverständnis gibt, dann haben wir echte Unterlagen, über die wir beraten können? Ich glaube, jetzt stöbern wir nur mit Vermutungen.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Deswegen würde ich vorschlagen, wenn Sie einverstanden sind, daß wir die Sitzung um 15.15 Uhr unterbrechen und bis dahin versuchen, die Frage zu klären. Nun wollen wir doch auch keine Fehler machen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, ich bin mit dem Vorschlag einverstanden, wenn es so ist, daß wir das bis 15.15 Uhr machen können. Ich lege allerdings Wert darauf, wenn es bis 15.15 Uhr nicht gegeben sein sollte, daß wir dann trotzdem tagen und uns mit dem Protokollauszug begnügen, der jedermann zugänglich ist. (D)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Jäger.

Abg. **Jäger** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Herr Kollege Dittbrenner, wir sollten nicht miteinander vermenen die unterschiedliche Auffassung, die wir zu dem Anliegen der CDU, der Aktuellen Stunde und zu dem haben, was sich in dieser Sitzung abgespielt hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das ist zweierlei.

Ich finde es richtig von der CDU, daß sie die Überprüfung dieser Äußerung erst zu dem Zeitpunkt beantragt hat, als auch derjenige, der sie gemacht hat, sowohl aufgrund seiner eigenen Erfahrung als auch aufgrund des Echos in der Öffentlichkeit Gelegenheit hatte, sich davon zu distanzieren. Ich stelle fest, daß Herr Senator Dr. Scherf diesen ganzen Tag hat verstreichen lassen und dem nicht nachgekommen ist. Deshalb halte ich es für dringend geboten, daß in dem Verfassungs- und Geschäftsausschuß, weil es ein anderes Gremium, in dem sich dieses Par-

(A) lament gemeinsam artikulieren kann, nicht gibt, diese Frage erörtert wird und wir das um 15.15 Uhr machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Also, Abgeordneter Jäger, das Kriterium ist nicht, ob man sich gemeinsam artikulieren kann, sondern das, was die Geschäftsordnung vorschreibt.

Da gibt es zweifelsfrei den Paragraphen 49. Da heißt es: „Einspruch gegen Ordnungsmaßnahmen“, und das ist das, was mir vorschwebt: „Gegen die vom Präsidenten verfügten Ordnungsmaßnahmen kann der betroffene Abgeordnete innerhalb drei Tagen schriftlich bei dem Vorstand Beschwerde erheben.“ Aber ich gehe davon aus, daß wir um 15.15 Uhr die Unterbrechung vornehmen und jetzt die Beratungen aufnehmen.

(Zurufe: Ja!)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu der gemeinsamen Beratung der Punkte 17, 26 und außerhalb der Tagesordnung.

Drogenhilfeplan 1990 — Bilanz und Perspektiven

Mitteilung des Senats vom 4. September 1990
(Drucksache 12/958)

(B)

Wir verbinden hiermit:

Maßnahmen zur Verringerung der Nachfrage nach Rauschgiften durch Ausbau der Drogenprävention

Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. Oktober 1990
(Drucksache 12/1005)

Konkretisierung und Erweiterung der Hilfen für Drogenabhängige und verstärkte Bekämpfung der Drogenkriminalität

Antrag der Fraktion der SPD
vom 5. November 1990
(Drucksache 12/1018)

Fehlende Wohn- und Schlafmöglichkeit für Drogenabhängige

Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. November 1990
(Drucksache 12/1021)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.
Als erste hat das Wort Frau Senator Uhl.

Senator für Jugend und Soziales Frau Uhl: Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren und Damen! Ihnen liegt der vom Senat erbetene Drogenhilfeplan für das Land Bremen vor. Bevor wir in die Beurtei-

lung und Bewertung der einzelnen Maßnahmen und Politikfelder kommen — —.

(C)

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Einen Augenblick bitte! Meine Damen und Herren, ich bitte, wer sich unterhalten will, sollte es tunlichst draußen tun, und wer sich hier aufhält, sollte zuhören!

Das Wort hat Frau Senator Uhl.

Frau Senator Uhl: Danke sehr! Meine Herren und Damen, bevor wir auf die einzelnen Politikfelder eingehen, die im Drogenhilfeplan auflisten, in welchen Tempi, aber auch in welchen Möglichkeiten Drogenhilfe in Bremen fortgesetzt werden kann, glaube ich, ist es auch angezeigt festzuhalten, daß es dem Senat gelungen ist, in der Tat unter sehr schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen zusätzlich zu den 1989 bereits zur Verfügung gestellten 1,5 Millionen DM, noch einmal, als ein Beispiel auch für das Einwirken auf ein wichtiges Politikfeld, für 1991 1,2 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

(Vizepräsident v. d. Schulenburg
übernimmt den Vorsitz.)

Das ist für meine Begriffe eine direkte Einwirkung und ein direktes Eingehen auf die Feststellung, daß in der Tat die Hilfe für Abhängige und die Bekämpfung der Drogenkriminalität selbst in unserem Land eine große Priorität haben. Ich meine, bevor wir in die einzelne Bewertung kommen, bitte ich, diese wirklich sehr bemerkenswerte Feststellung zur Kenntnis zu nehmen.

(D)

Ich darf, und darum bitte ich auch, eine zweite Vorbemerkung machen, denn es scheint mir sehr angezeigt zu sein, auch vor dem Hintergrund zum Teil sehr vordergründiger Abwehr- und Bekämpfungsstrategien, den gesellschaftlichen Zusammenhang noch einmal darzustellen, in dem Abhängigkeit entsteht beziehungsweise sich verfestigt. Ich betone das deswegen ausdrücklich, weil ich glaube, über diesen uns immer wieder zu vergegenwärtigen Prozeß und die Bedingtheiten allein und das Sprechen darüber, auch mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Bremen selbst, kann es uns nur gelingen, erstens, Verständnis für unseren Hilfeplan und, zweitens, auch eine Differenzierung in der Angebotsstruktur zu vermitteln.

Bei der Diskussion um den verstärkt ansteigenden Drogenkonsum in der Bundesrepublik, aber auch hier in Bremen, geraten die Maßnahmen der Drogenhilfe in der Öffentlichkeit, aber genauso in den Medien, ja sogar zunehmend in das Kreuzfeuer der Kritik. Nicht selten wird vorgeworfen: Sie erreichen den Klienten gar nicht. Darüber hinaus haben sie die weitere Verbreitung des Drogenmißbrauchs nicht verhindern können und daher — angesichts ihrer eigentlichen Aufgabenstellung — versagt.

(A) Abgesehen davon, daß die erste Behauptung bei einer genaueren Betrachtung durch die Arbeit der Angebote der Drogenhilfe widerlegt wird, außerdem eine Diskreditierung der Angebote der Träger, die nämlich die Drogenhilfe voranbringen, damit geschieht, wird drittens die politische Zielsetzung eines Drogenhilfeplanes, ausdrücklich der Begriff „Hilfe“ ist angezeigt, diskreditiert und beinhalten diese Aussagen den Anspruch, die Drogenhilfe — ich bitte, die Begrifflichkeit sehr nachzuvollziehen — habe die Aufgabe, das Drogenproblem in der Weise zu bewältigen, daß in Zukunft keine Drogen mehr konsumiert werden.

Jeder, der sich auch nur ein wenig mit den komplexen Hintergründen des Drogenkonsums beschäftigt hat, wird erkennen, daß derartige Argumentationen ein hohes Maß an Irrationalität, Irrealität und Verdrängung unliebsamer Aspekte unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit beinhalten.

In der Diskussion um die Entstehungsbedingungen, und auch das ist dem Bericht zu entnehmen und schriftlich dargelegt worden, besteht weitgehende Übereinstimmung in der Einschätzung, daß es zwar keine kausale Verknüpfung von bestimmten personalen Aspekten und der Einnahme von Drogen gibt, aber es müssen sowohl entwicklungsbedingte persönliche Fakten, also die Entwicklung zu einer Persönlichkeit eines Menschen und was in dieser Lebenssituation auf ihn einwirkt, als auch die Rahmenbedingungen und Zielsetzungen der jeweiligen Gesellschaft, in die der einzelne integriert ist, berücksichtigt werden.

(B) Die Rahmenbedingungen und Zielsetzungen aber werden, wie wir alle wissen, gerade die politischen Rahmenbedingungen, von der Politik vorgegeben. Führen diese nun dazu, daß in bestimmten Untergruppen der Gesellschaft sogenanntes abweichendes Verhalten eintritt, so kann den hier arbeitenden Institutionen nicht die Gesamtverantwortung für die Beseitigung dieser unerwünschten Verhaltensweisen aufgebürdet werden, nämlich Abschaffung oder Abhilfe des Drogenkonsums, sondern da müssen andere Instrumente, insbesondere andere Techniken greifen.

Die Drogenhilfe selbst übernimmt vor allem die Aufgabe, individuelle Hilfestellungen anzubieten, die es dem Abhängigen, in unserem Sprachverständnis dem Klienten, ermöglichen, seinen persönlichen Lebensweg und Lösungsweg für ein zufriedenstellendes Leben zu finden. Die Analyse der Bedingungen, die dazu führen, sich den vorherrschenden Normen, die auch wir wiederum alle mitgesetzt haben, zu widersetzen, ist unsere Aufgabe als Politiker, die wir uns doch Gedanken auch über die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft machen.

Der erwähnte Anstieg des Verbrauchs von Drogen, das heißt Wirkstoffen, die auf das Bewußtsein des Konsumenten einwirken und dieses verändern, läßt sich nicht nur auf die Stoffgruppen beschränken, die im Volksmund allgemein unter Drogen

(C) verstanden werden, nämlich die sogenannten illegalen Drogen. Bei einer Beurteilung des Drogenmißbrauchs in unserer Gesellschaft müssen auch die in der Bundesrepublik legalisierten freiverkäuflichen beziehungsweise verschreibungspflichtigen Drogen berücksichtigt werden. Der massive Anstieg des Ge- und Mißbrauchs sowohl illegaler Drogen als auch von Alkoholika und Psychopharmaka weist auf den offensichtlich in allen Bevölkerungsgruppen immer stärker verbreiteten Wunsch nach einer Korrektur der Wahrnehmung der Realität hin.

Jugendliche und junge Erwachsene als Hauptkonsumtengruppe illegaler Drogen unterscheiden sich in diesem Aspekt nicht wesentlich von der Gesamtbevölkerung, und die vielfältigen Erfahrungen und Ergebnisse, die wir zur Zeit bei den Klientengruppen haben, bestätigen exakt diese These.

Der aus dem verstärkten Konsum bewußtseinsverändernder Substanzen abzuleitende Wunsch nach Veränderung der Realität in allen Gesellschaftsschichten weist darauf hin, daß eine Reihe grundlegender menschlicher Bedürfnisse, die unter anderem mit Begriffen wie menschliche Nähe, Wärme und gegenseitige Solidarität zu beschreiben sind, in unserem täglichen Zusammenleben nicht oder nicht in genügendem Maße berücksichtigt werden.

(D) Die Institution der Drogenhilfe und sozusagen unsere Hauptadressaten als die, die unsere Politik ausführen sollen, übernehmen in diesem Zusammenhang die Funktion eines Reparaturbetriebes, die den unter den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen leidenden, zu Drogen greifenden Menschen im Einzelfall Hilfen zu einer Neuorientierung anbieten können. Die notwendige Weiterentwicklung eines Gesellschaftskonzeptes, das der Befriedigung von derartigen Bedürfnissen in höherem Maße Rechnung trägt, ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Gruppen, vor allen die von uns allen in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD)

Die in unserer Gesellschaftsordnung hoch bewerteten Ideologien des quantitativen wirtschaftlichen Wachstums müßten demzufolge in Richtung der Betonung qualitativer Aspekte des Zusammenlebens modifiziert werden, die den bereits erwähnten Bedürfnissen in stärkerem Maße als bisher Rechnung tragen. Eine Erweiterung oder Weiterentwicklung könnte in der Tat dazu führen, daß das abweichende Verhalten nicht mehr auftritt.

Für die vorwiegende Gruppe der Drogenabhängigen, die Jugendlichen und Heranwachsenden, spielt unter anderem auch die Glaubwürdigkeit der Erwachsenenwelt, in der sie sich einmal zurechtfinden und einen Platz einnehmen sollen, eine wesentliche Rolle. Tatsächlich ist der Umgang unserer Gesellschaft — und ich glaube, von vielen von uns auch, mich eingeschlossen — mit den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen in weiten Bereichen von

(A) einer ähnlichen Sorglosigkeit geprägt, wie diese es den abhängigen Klienten selbst vorwirft. Ähnlich wie sie ihren Körper, vergiften wir wider besseres Wissens unsere Umwelt und überlassen die Verantwortung anderen.

Die Politiker versuchen, dem zu folgen beziehungsweise das aufzuheben und durch Maßnahmen zu unterbinden oder uns auf den Weg zu bringen. In jedem Fall aber haben wir ein ähnliches Verhalten wie die Personen, denen wir ihr Verhalten vorwerfen.

Eine Politik, die nach den eingangs erwähnten beschriebenen Prinzipien verfährt, die darüber hinaus durch ihre Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Wohnungspolitik zur Entstehung einer Zweidrittelgesellschaft beiträgt wie in Amerika, in der die Sozialschwachen weitgehend aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden, unterstützt den Trend zum Konsum von Drogen als Flucht vor Realitäten, die dem einzelnen als unveränderbar erscheinen.

Ich wage die Behauptung, daß die Ausgrenzungspolitik der Bundesregierung die stetig zunehmende Flucht aus der Realität von Tausenden von Bürgern zumindest mit begünstigt hat, die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, die Ausbildungskatastrophe der achtziger Jahre, das Hineindringen in Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeabhängigkeit, Armut und Isolation. Der Armutsbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und die anschließenden Recherchen des Deutschen Gewerkschaftsbundes geben in der Tat ein beschämendes Ergebnis der Wendepolitik wieder. Ich habe den Eindruck, daß wir und viele gar nicht mehr hinhören wollen, wir aber doch gemeinsam die Feststellung treffen müssen, die im Dunkeln, die sieht man nicht, es werden nur immer mehr.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Die steigenden Dissonanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit einer bundesdeutschen, sozialgeprägten Gesellschaftspolitik sowie Widersprüche im Umgang mit privaten Problemen sind für junge Abhängige unter anderem auch ein Grund dazu, sich den gesellschaftlichen Anforderungen, die beim Eintritt in das Erwachsenenleben eintreten oder an sie dargestellt werden, zu verweigern.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Da mag der Eindruck und auch der Hinweis der CDU in ihrem Antrag auf die familiären Leitbilder eine Möglichkeit sein. Sie ist aber nur da eine Möglichkeit, wo es eine intakte Gemeinschaft gibt. Sie wirkt da nicht und hilft da nicht, wo eben diese Familie in ihrer Gesamtheit den täglichen Unzulänglichkeiten ausgesetzt ist.

Eine aktive politische Auseinandersetzung mit dem Phänomen des steigenden Konsums von Drogen geht daher nach meinem Verständnis weit über die

Forderungen nach bedarfsgerechten Angeboten für Drogenabhängige hinaus. Diese können in der Auseinandersetzung mit dem Drogenproblem nur ein, allerdings ein wichtiger, Teilaspekt sein.

(C)

Nur eine Politik, die das Ziel hat, die aus unserer Wirtschaftsordnung entstehenden gesellschaftlichen Unzulänglichkeiten auszugleichen, eine Politik, die den Schutz unserer Umwelt gewährleistet, eine Politik, die in ihrer Gesamtheit als glaubwürdig und weitgehend gerecht wahrgenommen wird, kann dazu beitragen, die gesellschaftlichen Grundvoraussetzungen herzustellen, die zu einer Verringerung des Drogenkonsums in unserer Gesellschaft führen können. Eine derartige Form der Politik, die selbst drogenpräventiven Charakter annimmt, sollte das Ziel aller Politik sein, und da kann ich jetzt ansetzen mit dem Ihnen vorliegenden Drogenhilfeplan für das Land Bremen.

Die Intention dieses Drogenhilfeplans geht exakt von dieser eingangs dargelegten, vielleicht für manche nicht so wichtigen Analyse aus. Er geht nämlich von der Analyse aus, daß viele Politikfelder gemeinsam nicht nur Hilfestellung für den Klienten anbieten müssen, sondern von einem Grundverständnis von Politik, in dem Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze und ein hohes Maß an gesellschaftlicher Identifikation ermöglicht werden sollen, in dem Angebote auf die jeweilige Bezugsgruppe bedarfsgerecht angesetzt sind.

Die bremische Drogenhilfepolitik geht von zwei Schwerpunkten aus: Sie bekämpft die Ursachen der Drogenabhängigkeit, und sie bietet Hilfen an für Betroffene. Drogenpolitik muß, das ist ganz klar aufgrund der Analyse, und ich glaube, das kann auch jeder nachvollziehen, an den Lebensbedingungen und den Perspektiven der am meisten Gefährdeten ansetzen, dies sind sozial und lebensgeschichtlich benachteiligte Jugendliche. Gerade bei ihnen müssen wir besonders achtsam sein und ihnen stärker als anderen Gruppen Hilfen zur Orientierung und zur Findung geben. Eine Ausbildung, qualifizierte Arbeit, ein sinnvolles Freizeitangebot und eine hoffentlich funktionierende Familie im Sinne von familiären Zusammenhängen sind für uns eine wichtige Möglichkeit beziehungsweise Voraussetzung, daß die Drogenabhängigkeit nicht oder nur bedingt entstehen kann.

(D)

Trotz der sehr engen finanziellen Spielräume setzt der Senat seine Kraft in Ausbildungsvorhaben für ausgegrenzte Jugendliche, bietet Qualifizierung und somit Chancen an. Für Jugendliche, die diese günstigen Startchancen nicht oder nicht in allen Bereichen haben, werden besondere Jugendberufshilfe-Programme gefahren. Über viele Träger hinweg versuchen wir, exakt diesen Kreis der Jugendlichen zu erreichen.

Ein weiteres wichtiges Beispiel ist in diesem Zusammenhang auch, daß über Erarbeitung neuer Konzepte der Erhalt der Jugendfreizeitheime als Alter-

- (A) native zur Konsumenten- und Horrorwelt der Videotheken festgestellt werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat weiß auch um die positive Wirkung der schulischen und außerschulischen Prävention auf Kinder und junge Menschen. Er hat deshalb beschlossen, auch nachvollziehbar in dem Plan, die außerschulische Präventionsarbeit zu intensivieren, und wird ab 1991 zwei zusätzliche Präventionsfachleute beim Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst einstellen, die in einer beziehungsweise zwei Regionen die außerschulische Präventionsarbeit initiieren und konzeptionell weiterentwickeln sollen im Sinne eines künftigen gesamtbremschen Präventionskonzeptes. Dabei sollen auch Fachleute aus dem Gesundheitsbereich und aus dem Kreis der Kriminalpolizei im Sinne der Aufklärungsarbeit als Unterstützung zur Verfügung stehen.

Die Umsetzung dieses Auftrages, dieser Beschlußlage fordert nicht nur die Senatsressorts und Mitarbeiter der Drogenhilfe, sie fordert uns in der Tat alle auch, wo wir doch eingebunden sind in Vereine, Verbände, vielleicht sogar auch in Gruppen, die mit Drogenabhängigen zu tun haben.

Ich bin mir, und das will ich auch überhaupt nicht abstreiten, darüber im klaren, daß wir eine ganze Palette von Aufgaben gerade auch im Sinne einer bewußtseinsändernden Politik durchführen müssen. Aber diese ganze Palette, glaube ich, ist angezeigt erst einmal in bezug auf die Abhängigen selbst, und sie ist auch angezeigt überall da, wo wir gemeinsam für uns nicht nur einen Standort formulieren können, sondern vielleicht auch zu einem neuen Verständnis für Abhängige kommen können.

(B)

Gerade, das darf ich noch einmal in diesem Zusammenhang erwähnen, könnte ich mir auch vorstellen, daß die Sportvereine und Freizeiteinrichtungen, aber auch alle anderen gemeinnützigen Träger oder auch kirchliche Verbände in eine Gesamtstrategie der Präventionsarbeit einbezogen werden können.

Als zweiten wesentlichen Arbeitsschwerpunkt habe ich die Hilfe für bereits Abhängige genannt, ärztliche, psychotherapeutische, rehabilitative, aber auch ganz praktische Hilfe, wie die Beschaffung von Wohnraum, die Bereitstellung von Duschen, Kaffee oder einer warmen Mahlzeit. Mit der Wohnraumsicherung, die zu den vordringlichsten Aufgaben gehört, tun wir uns in der Tat alle gemeinsam sehr schwer. Helfen ja, aber bitte nicht bei uns! Diese Haltung kommt mir vielerorts entgegen. Dabei rufen oft die Menschen, die bisher relativ wenig mit der Problemlage von Ausgegrenzten unserer Gesellschaft zu tun gehabt haben, am lautesten.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf vielleicht an dieser Stelle einmal die Quadratur des Kreises darlegen, weil ich glaube, daß wir alle aufgerufen sind, diese Quadratur auch wieder

aufzubrechen. Ich erlebe, und ich glaube, wir alle erleben, daß der Stadtteil Ostertor/Steintor die Wucht und das Ausmaß überwiegend allein getragen hat, die darin besteht, daß nicht nur ein hoher Prozentsatz von Wohnungen dort ist, in denen auch Abhängige leben, sondern in denen sich die sogenannte Szene abspielt.

(C)

Die Jugendlichen oder auch älteren Frauen und Männer, die als Abhängige in diesem Stadtteil leben, sich den Tag über aufhalten, sind, ich möchte Ihnen das ganz besonders in Erinnerung rufen, weil das auch belegbar ist, nicht Einwohner dieses Stadtteils. Sie kommen aus allen Stadtteilen dieses Landes, dieser Stadt Bremen beziehungsweise aus den beiden Städten Bremen und Bremerhaven. Das bedeutet doch auch, daß zugegebenermaßen — ich glaube, keiner kann das abstreiten — dieser Stadtteil mit der Integrationsarbeit völlig überfordert ist, er kann das nicht mehr allein machen.

Ich kann verstehen, daß dort auch kaum mehr Akzeptanz für Drogenhilfemaßnahmen vorhanden sein kann, weil der Stadtteil erlebt, daß immer andere Stadtteile und zunehmend immer andere mehr, zum Teil auch durchaus aufgestachelt von öffentlicher Arbeit, eine Abwehrstrategie entwickeln, die dazu beiträgt, daß eben die Schwierigkeit eines einzelnen Stadtteils nicht mehr aufgefangen werden kann.

Ich bitte Sie, diese Quadratur sich vor Augen zu halten und mit mir gemeinsam den Auftrag, den Sie mir gegeben haben in dem Antrag, der Bestandteil dieses Drogenhilfeplanes ist und den ich gern ausführe, abzuarbeiten!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Es ist Ihr Auftrag gewesen. Ich will das auch machen, ich mache das sogar gern, weil ich glaube, kein Mensch ist verloren, und um jeden Menschen muß man sich kümmern, aber dazu gehört auch, daß die Frauen und Männer, die mir den Auftrag gegeben haben, daran mitarbeiten, und sei es durch Bewußtseinsveränderungen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mit Ihnen gemeinsam erreichen, daß wir wieder zu einer Akzeptanz und Integrationsbereitschaft kommen, indem wir zu überschaubaren und einigermaßen geordneten, er- und verträglichen Zuständen kommen, in der Roonstraße, aber auch in allen mit dieser Problematik zur Zeit behafteten Gebieten in dieser Stadt, darum bemühe ich mich.

Ich bemühe mich vor allen Dingen darum auch in den Stadtteilen um eine Unterbringung, die bisher wenig zur Bewältigung von Problemen, die aufgrund gesellschaftlicher Fehlentwicklungen entstanden sind, haben beitragen müssen.

(Beifall bei der SPD)

(A) Ich bin mir darüber im klaren, daß ich von Ihnen, aber auch der Bremer Bevölkerung unglaublich viel verlange. Ich akzeptiere die Sorgen und Ängste und auch die Nöte aller Frauen und Männer, die in ihrer Nachbarschaft die Auswirkungen des Drogenkonsums oder auch des Drogenhandels erleben. Ich akzeptiere auch Ihre, die Sie hier sitzen, Sorgen, Nöte und Einwände, aber ich meine, über mein Akzeptieren muß es doch auch dazu kommen, daß wir gemeinsam zu einem konzertierten Zusammenarbeiten kommen und mit der gesamten Bevölkerung uns auf ein verstehbares, übersehbares Konzept einigen. Die Bewältigung der Zusammenhänge, aber auch die Bewältigung der Auswüchse des Drogenkonsums kann nicht die Aufgabe einiger weniger sein, sie ist es auch nicht, sie fordert uns alle.

(Beifall bei der SPD)

Als konkrete Maßnahmen, aktuell Wohnraum zu sichern, werden, wie ich Ihnen dargelegt habe, zusätzlich Projekte in der Stadtgemeinde Bremen für die Unterbringung Drogenabhängiger besorgt. Um den akuten Bedarf zu decken, brauchen wir mehrere Häuser. Ich bitte Sie sehr, daß Sie sich der Meinung der Deputation für Soziales anschließen, die gesagt hat, daß in der Tat, wenn wir zu einer Entkrampfung, auch wieder zu einer neuen Solidarität und vielleicht sogar zu einer teilweisen Akzeptanz füreinander kommen wollen, wir dann in alle Gebiete gehen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen jetzt das abgestufte Vorgehen vortragen, auf das wir uns aufgrund der Ergebnisse vieler Beratungen, aber auch aufgrund der derzeitigen schwierigen Unterbringungssituation verständigt haben. Es geht erst einmal, und auch das ist Aufgabe und Auftrag des Drogenhilfeplans, um eine Notunterbringung für die abhängigen Frauen und Männer oder auch Jugendlichen, die abhängig sind und aus sich heraus zur Zeit weder eine Chance sehen, noch objektiv eine Chance haben, aus der Abhängigkeit herauszukommen. Es geht um eine Schlichtunterbringung, um eine warme Mahlzeit und um ein Dach über dem Kopf mit einem Bett, damit sie in der Nacht nicht erfrieren in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD)

Das werden wir ebenfalls an vielen Stellen in der Stadt jetzt organisieren, damit wir alle uns nicht hinterher hier den Vorwurf ziehen müssen, wir haben eine Menschenleben bedingende Situation verweigert oder gar verhindert; das ist ja kaum eine menschenwürdige.

Zweitens, die nächste Stufe ist Wohnraumbeschaffung, allerdings auch mit keiner übermäßig intensiven Betreuung, ich will das ganz deutlich sagen, für die Abhängigen, die aufgrund von Beratung und eigener Erkenntnisse für sich festgestellt haben, daß sie etwas geordnetere Verhältnisse haben müssen,

um den klaren Kopf zu haben und aus der Abhängigkeit herauszukommen. (C)

Die nächste Stufe gilt all den Abhängigen in der Wohnraumsicherung und auch in der Beratung und Betreuung, die zum Beispiel auf einen Therapieplatz warten oder die, wie wir alle wissen, in hohem Maße inzwischen erfreulicherweise in Bremen auch substituiert sind.

Dieses abgestufte Verfahren bitte ich deswegen zu akzeptieren und auch zu berücksichtigen, weil es uns in diesem abgestuften Verfahren auch darum geht festzustellen, wo kann ich welche Klientengruppe unterbringen. Die Ausarbeitung und da, wo das nun geschehen soll, ist unbestritten auch Sache der Deputation, selbstverständlich wird auch dahin zu verweisen sein. Aber ich bitte Sie, auch damit einverstanden zu sein, weil wir sonst nicht weiterkommen, und die Mißerfolgserebnisse der letzten zwei Wochen machen das ja wieder deutlich, daß wir Ihnen Objekte vortragen, wenn die Objekte abgesichert sind, in dem Sinne, daß da keine Schwierigkeiten mehr auftreten und daß wir Ihnen dann auch die Klientengruppe vorschlagen, die dort hinkommt, das aber in einem sehr kurzfristigen Zeitraum und nicht sehr lange Beratungsmodalitäten.

Es ist für uns selbstverständlich, und daran werden wir uns auch halten, daß wir uns mit den jeweiligen Beiräten ins Benehmen setzen, um mit den Beiräten gemeinsam die Klientengruppen zu beraten, die dort in dem jeweiligen Beiratsgebiet untergebracht werden sollen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Meine Herren und Damen, aber neben dem Wohnraum, der in der Tat zur Zeit das größte Problem ist und der, weil er ein so großes Problem ist, glaube ich auch, die Gesamtproblematik schier unüberwindlich erscheinen läßt und den Eindruck erweckt, als wenn überhaupt nichts geschehe beziehungsweise nichts weiter in Gang gesetzt werden könnte, gibt es eine Fülle anderen Materials, was in diesem Bericht steht. Ich gehe davon aus, daß wir im Rahmen einer zweiten Runde auf die Wohnraumbeschaffung noch einmal zurückkommen werden, und darum gestatten Sie, daß ich jetzt noch etwas zu dem Um- und Ausbau der medizinischen Ambulanz sage, die der Senat sicherstellen will, so daß die medizinische Grundversorgung auch den Erfordernissen entsprechend gewährleistet ist und die Kooperation mit den jeweiligen Krankenhäusern intensiviert werden kann.

Auch das halten wir für eine unabdingbare Voraussetzung dafür, daß Entzug auch wirklich stattfinden kann und Hilfe, auch gesundheitliche Hilfe, sofort da angeboten werden kann, wo sie unabdingbar ist. Sie wissen, daß der Grundsatz Therapie statt Strafe beinhaltet, Drogenabhängigen, die sich strafbar gemacht haben, eine Therapie anzubieten. Unserer Meinung nach sind die im Betäubungsmittelgesetz aufgeführten Bedingungen hierfür nicht ausreichend.

(A) Der Senat begrüßt deshalb die Initiativen zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes, damit eine größere Zahl von Abhängigen die Möglichkeit erhält, eine therapeutische Behandlung statt Strafe zu absolvieren. Der Senat unterstützt, wie Sie auch dem Drogenhilfeplan entnehmen können, die in den letzten Jahren entstandenen Differenzierungsangebote im therapeutischen Bereich der Drogenhilfen, eine wesentliche Voraussetzung auch, um über die Feststellung, der Ausstieg soll stattfinden, auch in der Tat zu einer Neuorientierung zu kommen.

Zu diesem Teilaspekt gehört insbesondere die Substitutionsbehandlung mit Polamidon, besser bekannt unter dem Namen Methadon, für diejenigen Klienten, die mit den herkömmlichen Mitteln einer Therapie nicht oder noch nicht erreicht werden können. Wir hoffen sehr, daß die Krankenversicherungsträger bald ihre starre Haltung aufgeben werden und die Finanzierung dieser Behandlung übernehmen. Wir stehen in entsprechenden Verhandlungen, müssen aber leider feststellen, daß sich die Bundesregierung sehr zurückhaltend verhält. Ein neuerliches Schreiben vom Regierenden Bürgermeister von Hamburg, Herrn Voscherau, an den Bundeskanzler Kohl ist unterwegs, wir erhoffen, daß über den Bundeskanzler selbst vielleicht auch Gewicht für diese Maßnahme eingebracht wird.

Der Senat unterstützt die neuentwickelte Kompakttherapie im Sinne einer dreimonatigen Kurzzeittherapie für diejenigen jungen Menschen, die sich für eine körperliche Entgiftung entschieden haben, aber bisher noch nicht für eine weitergehende Perspektive motiviert werden konnten. Jeder junge Mensch, dem wir nach einer niedrigschwelligen Entgiftung eine drogenfreie Perspektive statt einem erneuten Abtauchen in die Szene anbieten können, ist gleichzeitig ein Mensch, mit dem wir den Weg zurück in die Gesellschaft gehen können.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch, das können Sie ebenfalls dem Drogenhilfeplan entnehmen, die ambulante Ganztagsbetreuung als eine wesentliche Alternative zur stationären Therapie. Die stationäre Therapie, insbesondere in ihren flexiblen Ausgestaltungen, hat sich als sehr sinnvoller Weg für viele drogenabhängige Menschen erwiesen. Trotzdem bin ich der Überzeugung, daß es sich um eine beträchtliche Gruppe von Abhängigen handelt, die mittels der ambulanten Ganztagsbetreuung einen Weg aus der Abhängigkeit vielleicht sogar schneller finden kann. Diesen Weg werden wir fördern und konstruktiv begleiten.

(Beifall bei der SPD)

Erfreulicherweise liegt inzwischen der Entwurf einer Vereinbarung vor, der für die ambulante Ganztagsbetreuung dienen soll, nämlich der unter anderem Aufschluß gibt über die Kostenübernahme durch die Rentenversicherung, durch die Krankenkassen und die Sozialhilfe. Wir sind in Endgesprächen, das würde bedeuten, daß wir all den Frauen

und Männern, die aus der Szene aussteigen wollen, die unabhängig werden wollen von bewußtseinsverändernden Drogen, schneller als bisher gedacht eine Alternative für ihr Leben aufzeigen können. (C)

Abschließend will ich nicht unerwähnt lassen, und gestatten Sie, das in diesem Zusammenhang auch noch einmal sehr deutlich zu sagen, daß wir mit der Substitutionsbehandlung einen Riesenschritt vorangekommen sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie aber auch, mit daran zu denken, daß die Substitutionsbehandlung noch nicht das Freisein bedeutet, aber eine wesentliche Voraussetzung ist, daß man mit einem klaren Kopf schneller als bisher über sein Leben entscheiden kann und den Ausstieg aus der Abhängigkeit auch für sich entwickeln und machen kann.

Zum Schluß, meine sehr geehrten Herren und Damen, Sie haben das dem Drogenhilfeplan entnehmen können, daß neben dem Hilfeteil sehr wohl auch ein ausdrücklicher Repressionsteil festgelegt ist, will ich auch diesen nicht unerwähnt lassen. Wir sind der Ansicht, daß den Drogendealern, die mit der Abhängigkeit und dem Elend Milliarden Gewinne einstreichen, das Handwerk gelegt werden muß.

(Beifall)

Wir sind in diesem Zusammenhang, das sage ich auch ruhig in diesem Zusammenhang, ich hätte es auch anders oder eher schon einfügen können, aber ich glaube, es gehört sehr wohl hierher, auch der Meinung, daß es eine Ausgewogenheit zwischen Hilfe und Repression auch da geben muß in den Stadtteilen, in denen Drogenabhängige leben und in denen ihnen das Gift angedient wird, denn wir stellen fest, daß diese Ausgewogenheit zur Zeit im Ostertor/Steintor, weil da zu viele leben und darum auch eine Unüberschaubarkeit zum Teil entstanden ist, gestört gewesen ist. Es muß wieder dazu kommen. (D)

Neben der Hilfe beziehungsweise neben dem Repressionsteil, das heißt der Strafverfolgung, den Aktionen der Polizei und der weiteren Behörden, kann nur dann der Hilfeplan einen Sinn machen, wenn auch feststeht, daß die Dealer, die den Weg dorthin suchen und finden und die Abhängigen treffen, erheblich gestört werden. Ich meine, das ist unabdingbare Voraussetzung dafür, daß auch wieder die Bevölkerung selbst bemerkt, daß wir zu einer Ausgewogenheit kommen, ihr Hilfestellung geben, und daß wir darüber hinaus auch den Abhängigen selbst gegenüber die Verantwortung wahrnehmen und den Versuch unternehmen, sie nicht in alle Dealer-geschäfte hineinlaufen zu lassen.

Wir sprechen uns mit Nachdruck dafür aus, die Bekämpfung des professionellen Drogenhandels zu verschärfen, insbesondere durch den erleichterten Zugriff auf Drogengewinne und durch Konzentra-

(A) tion der Verfolgungsressourcen auf den professionellen Drogenhandel. Entsprechenden Gesetzentwürfen der Bundesregierung hat Bremen bereits im Bundesrat zugestimmt.

Wir dürfen nur nicht vergessen, daß, solange der Drogenhandel eines der lukrativsten Geschäfte überhaupt ist und solange den sogenannten Erzeugerländern sozioökonomische Alternativen für ihr volkswirtschaftliches Überleben fehlt, in den sogenannten Konsumentenländern der Druck zur Erschließung immer neuer Konsumenten bestehen bleibt, beziehungsweise Marktmechanismen folgend durch immer verfeinerte Absatzstrategien professioneller Händler tendenziell sogar weiter wachsen wird. Darum gilt es, durch eine konsequentere internationale wirtschaftliche und soziale Entwicklungspolitik, aber auch durch Maßnahmen auf polizeilicher und legislativer Ebene dem entgegenzutreten. Dazu sind die neuesten EG-Beschlüsse, meines Erachtens, ein wichtiger, richtiger Schritt.

Meine sehr geehrten Herren und Damen, der Senat wird seine Drogenhilfepolitik im beschriebenen Umfang durchführen. Ich bitte Sie, und ich bitte die Bremer Bevölkerung, sich mit den Problemen der Abhängigen mit unserer Hilfe zusammen auseinanderzusetzen und über Verstehen zu Akzeptanz unseres Ansatzes und Solidarität mit den Betroffenen zu kommen!

Der Bremer Drogenhilfeansatz ist richtig. Er bietet Hilfe und Orientierung. Er bietet Hilfe den Betroffenen, aber er bekämpft sie nicht, er bekämpft die Dealer. Er verpflichtet uns zudem, unbeirrbar gegen Drogenabhängigkeit wie auch gegen andere schwer akzeptierbare Formen psychosozialen Ausstiegs für Kinder und Jugendliche glaubwürdige Alternativen, das heißt lebenswertere Lebensperspektiven, entgegenzusetzen.

Hier treffen sich Jugend-, Bildungs-, Familienpolitik mit Arbeitsmarkt- und allgemeiner Sozialpolitik. Eine Reduzierung der Drogenhilfe auf Drogenhilfe im engeren Sinne wäre von daher verkürzt und würde ihr Ziel verfehlen. Darum bedenken Sie bitte, daß wir alle diese Maßnahmen einbetten in die Gesamtstrategie einer auf die Bedarfs- und Bedürfnissituation der Bevölkerung, insbesondere auf die Chancengewährung und den Abbau von Benachteiligungen ausgerichteten Politik des Senats! — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wenn man keine Redezeit vereinbart, dann können die Mitglieder des Senats so lange reden, wie sie wollen,

(Abg. Frau **Leinemann** [SPD]: Ja, schlimm!)

und die Mitglieder des Parlaments eine Viertelstunde. Auch das ist vielleicht ein Grund, daß wir uns

gemeinsam bemühen sollten um Redezeitbegrenzung. (C)

Ich unterbreche jetzt die Sitzung und rufe den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß zusammen.

(Unterbrechung der Sitzung 15.32 Uhr)

*

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 16.28 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Sie wissen, der Grund der Unterbrechung war, daß der Wunsch bestand, daß der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß zusammentritt und sich mit den Äußerungen von Herrn Bürgermeister Dr. Scherf in der gestrigen Aktuellen Stunde befaßt.

Nach dieser Sitzung möchte ich Ihnen folgendes hier erklären: Herr Bürgermeister Dr. Scherf hat gestern in der Aktuellen Stunde gegenüber Herrn Klein folgendes gesagt:

„Wir wollen, übrigens im Sinne von Weizsäcker, Weizsäcker hat das in einer unglaublich beispielhaften Weise bundesweit und darüber hinaus sichtbar gemacht, lassen Sie sich einmal an dem messen, Herr Klein, da sind Sie ein ganz kümmerlicher mieser Denunziant gegen diesen Bundespräsidenten.“ (D)

Dies war das Zitat. Ich habe dies sofort zurückgewiesen. Wäre Herr Bürgermeister Dr. Scherf Abgeordneter, hätte ich ihm einen Ordnungsruf erteilt. Gegenüber Senatoren besteht rechtlich, nach meiner Meinung, diese Möglichkeit nicht. Die Zurückweisung war deshalb die schärfste mir zustehende Sanktionsmöglichkeit. Nach Meinung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses wäre das in diesem Fall die härteste Form der parlamentarischen Mißbilligung. Das möchte ich Ihnen erklären.

Jetzt hat sich zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Jäger gemeldet. — Bitte schön!

Abg. Jäger (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind der Meinung, ich wiederhole das noch einmal, was ich vor der Unterbrechung der Sitzung gesagt habe, daß es gewisse Grenzen gibt, die, wenn sie überschritten worden sind, eine Reaktion des Parlaments als Institution erforderlich machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Bei allem Verständnis dafür, daß es bei einem Bürgermeister wie Dr. Scherf, der in vielfältiger Weise auch in den letzten Monaten in öffentlicher Kritik stand, vorkommen kann, daß dessen Nerven bloß

- (A) liegen, sind wir der Auffassung, daß in der parlamentarischen Auseinandersetzung eine Grenze eingehalten werden muß.

(Beifall bei der FDP)

Diese Grenze hat Dr. Scherf nach unserem Empfinden eindeutig überschritten.

Er hat bedauerlicherweise, nachdem der gesamten Öffentlichkeit dies im Original, sowohl durch das Fernsehen als auch durch Originalzitate in den Tageszeitungen, wiedergegeben worden ist, nicht den Schneid und den persönlichen Anstand gehabt, das im Laufe dieser Sitzung zurückzunehmen. Deshalb, glauben wir, wäre es richtig, wenn das Plenum insgesamt dazu Stellung nimmt.

Nach unserer Geschäftsordnung gibt es keine Möglichkeit, diese Auffassung im Rahmen einer Entschließung des Plenums zum Ausdruck zu bringen, weil die Frist der Einbringung eine Stunde vor der Sitzung abläuft. Der Versuch in der Sitzung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses, gemeinsam als Parlament eine solche Meinungsäußerung gegenüber Bürgermeister Dr. Scherf hier ins Plenum einzubringen, ist nicht gelungen.

Wir haben mit der CDU sodann einen Antrag in diese Sitzung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses eingebracht, um wenigstens diesem Gremium Gelegenheit zu geben, quasi stellvertretend für das Parlament dieses Verhalten zu beurteilen. Ich trage Ihnen das vor:

(B)

„Der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß ist der Auffassung, daß die in der Aktuellen Stunde der Landtagssitzung vom 7. November 1990 gemachten Äußerungen von Bürgermeister Dr. Scherf einen unerhörten Affront gegen das Parlament im allgemeinen und gegen den Abgeordneten Klein im besonderen darstellen. Diese Entgleisungen erfordern eine unverzügliche Zurücknahme und öffentliche Entschuldigung durch Bürgermeister Dr. Scherf.“

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Diese Aufforderung gilt auch jetzt noch, er hat noch zweieinhalb Stunden Zeit, dem nachzukommen.

Meine Damen und Herren, und eines noch zum Abschluß, damit Sie das auch als Kollegen würdigen! Sie werden sich erinnern an eine Debatte um Drogen. Die Debatte über Drogen, die wir gerade unterbrochen haben, führten wir auch schon häufiger, wir haben sie vor gut einem Jahr geführt. Da hat eine Kollegin von unserer Fraktion in der Debatte, gerichtet an diesen Bürgermeister, gesagt: „Sie spielen sich auf in der Einstellung zu Methadon wie ein Herr über Leben und Tod.“ Sie hat das aus ehrlicher Überzeugung gesagt und war auch der Meinung, daß dieser Vergleich, weil es so wirkt für die Betroffenen, angemessen war. Ich war der Meinung, daß das zu weit gegangen war, und hatte dies auch gesagt, und diese Kolle-

- gin hatte den Schneid, sich vor aller Öffentlichkeit zu entschuldigen. (C)

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte eine Vorbemerkung machen. Herr Präsident, ich bitte, das aber nicht als eine Kritik aufzufassen an Ihnen, sondern ich möchte nur die Gelegenheit nutzen, unsere Position zur Auslegung des Paragraphen 46 deutlich zu machen.

Wir sind der Auffassung, daß aufgrund des Textes des Paragraphen 46 der Geschäftsordnung auch ein Ordnungsruf gegenüber einem Senator möglich ist und man davon Gebrauch machen könnte. Wir sind unterschiedlicher Auffassung in dieser Frage, damit können wir heute leben, das kann bei Gelegenheit einmal ausdiskutiert werden.

Nun zur der Sache selbst! Meine Damen und Herren, hier geht es ja nicht um die Frage, ob es eine besonders harte Debatte gegeben hat, in der die Meinungen besonders gegensätzlich aufeinandergeprallt wären, sondern hier geht es um Entgleisungen in einer wirklich üblen Form. Es geht darum, daß Abgeordnete hier beleidigt worden sind durch Bürgermeister Scherf und daß man versucht hat, ihnen die Ehre abzuschneiden. Dies kann sich ein Parlament durch ein Regierungsmitglied nicht gefallen lassen. (D)

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Abgeordnete dürfen auch nicht durch Regierungsmitglieder genötigt werden, und es darf auch von Regierungsseite nicht verächtlich über Abgeordnete dieses Hauses geredet werden. Ich sage es noch einmal.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist ja nicht nur die Äußerung, die Herr Präsident Klink hier soeben zitiert hat, sondern es gibt eine Reihe weiterer schlimmer Äußerungen. Ob er sagt, gehen Sie in den Bundestag, Sie stören in diesem Parlament, ob er droht mit Gerichten, die einem Abgeordneten das Handwerk legen müßten, meine Damen und Herren, dies ist ein Parlamentsverständnis, das wir vielleicht vor über 100 Jahren noch gehabt haben, das aber nicht mehr in die heutige Zeit paßt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich finde, Bürgermeister Scherf sollte die Chance nutzen, sich für diese Entgleisungen in diesem Hause, vor diesem Hause zu entschuldigen. Herr Wedemeier hat ja gesagt, die Kommunikationsmittel reichen aus, daß man überall aus der Welt sozusagen die Regierungsgeschäfte führen könnte,

(Heiterkeit bei der CDU)

(A) nun würde ich sagen, es müßte eigentlich möglich sein, Herrn Scherf hier in dieses Haus heute zu zitieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich vermute, das hat irgendwelche anderen Gründe, aber da will ich mich nicht in Vermutungen erschöpfen.

Meine Damen und Herren, vielleicht gibt es auch die Chance, Herr Bürgermeister Wedemeier, daß Sie sich für den Senat heute noch in dieser Debatte von Ihrem Bürgermeister Dr. Scherf distanzieren,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP —
Lachen bei der SPD)

Sie würden dem Senat damit einen Gefallen tun!

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Thomas zur Geschäftsordnung.

Abg. **Thomas** (DIE GRÜNEN): Meine Damen und Herren! Wir haben in der Debatte auch im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß keinen Zweifel daran gelassen, daß wir diese Äußerung von Herrn Dr. Scherf mißbilligen. Ich glaube aber, darum allein geht es in dieser Debatte nicht mehr. Wir sehen die ganze Sache, glaube ich, auch etwas gelassener, und wir würden sie auch etwas tiefer hängen, als die CDU und die FDP das machen.

(B) Meine Damen und Herren, ich persönlich finde es noch nicht einmal schlimm, wenn einer in solch einer Emotionalität, in der sich Herr Dr. Scherf befunden hat durch sicher auch die Debatte über den Untersuchungsausschuß, über das Ziel hinausschießt. Das finde ich sogar menschlich, und er sagt vielleicht in dem Moment auch, was er wirklich denkt,

(Beifall bei der SPD)

denn es gibt ja auch so ein Stück parlamentarischen Umgang, wo wir uns alle bemühen, anders zu reden, als wir sonst reden würden, wenn wir untereinander sprechen. Ich denke, wenn einem das aber passiert, dann in der Tat, und da stimme ich mit Ihnen überein, gehört es dazu, daß man anschließend die Souveränität besitzt und sich dafür entschuldigt.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der FDP)

Das ist für uns das Ärgernis eigentlich von Herrn Dr. Scherf, daß er ganz offensichtlich diese Souveränität, sich auch für einen Fehler zu entschuldigen, nicht besitzt. Wir meinen aber, daß man ihn nicht zur Entschuldigung zwingen kann, denn eine erzwungene Entschuldigung ist im Grunde keine Entschuldigung.

Wenn Herr Dr. Scherf nicht selbst erkennt, daß sein politischer Stil, wenn er merkt, daß er vielleicht nicht recht hat oder daß er in eine defensive Position

(C) kommt, oft sehr fragwürdig geworden ist, wenn er das nicht langsam merkt, wird er sich einen ganz schlechten Gefallen tun, und er würde der Landesregierung noch mehr Schaden zufügen. Das muß er erkennen, und das ist der politische Teil, aber das wird sicher der Bürgermeister auch mit ihm diskutieren.

Wir meinen allerdings, daß man mehr nicht machen kann, als das dem Senator zu raten, darüber nachzudenken und dann zu gegebener Zeit, ob jetzt persönlich zu Herrn Klein oder wie auch immer, sich zu entschuldigen, das würden wir als einen wirklichen Schritt sehen. Insgesamt wissen wir aber, und das, finde ich, muß man in so einer Debatte auch sagen, wir sind alle keine Engel. Wer sich die Zwischenrufe, Frau Leinemann hat es eben in der Sitzung gesagt, im Deutschen Bundestag ansieht, wer sich vor allen Dingen auch Zwischenrufe bei Abgeordneten ansieht zum Beispiel bei frauenpolitischen Debatten,

(Beifall bei der SPD)

was ich da teilweise erlebt habe, meine Damen und Herren — —.

(Abg. **F r e h e** [DIE GRÜNEN]: Und bei deiner Raucherdebatte!)

(D) Ja, die Raucherdebatte, da bin ich persönlich betroffen, die will ich gar nicht erwähnen. Es geht insgesamt um die politische Kultur des Parlaments, und wenn wir alle dazu beitragen, diese zu verbessern, dann hat diese Debatte für uns alle etwas gebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. **A l t e r - m a n n** [DVU]: Ich möchte daran erinnern, ich hatte zwei Ordnungsrufe dafür bekommen!)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort zur Geschäftsordnung der Abgeordnete Dittbrenner.

Abg. **Dittbrenner** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ziemlich sicher, wenn wir im Januar 1991 diese Debatte hier geführt hätten, hätten wir weder eine Sitzungsunterbrechung noch eine Debatte darüber gehabt, man hätte sich zwar geärgert,

(Widerspruch bei der CDU, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

aber ansonsten, glaube ich, wäre das ziemlich daneben gegangen. Nun tun Sie man nicht so, als wenn Sie die politische Kultur neu erfunden hätten, gerade Sie von der Union!

(Beifall bei der SPD)

Es wäre ja alles nicht so schlimm, wenn der eine oder andere Kollege auch der Union hier im Mittel-

- (A) punkt der Debatte gestanden hätte. Bloß, meine Damen und Herren, speziell Sie, Herr Klein, wir sind uns doch alle in diesem Hause einig, daß Sie, Herr Kollege, nicht nur ein hervorragender Rhetoriker sind, sondern daß Sie auch ganz tadellos und famos immer versuchen, bis an den Rand der Formulierungen zu gehen, wo Sie noch darum herumkommen, die Glocke des Präsidenten zu hören.

(Beifall bei der SPD)

Manchmal geht es darüber hinaus, und dann melden wir uns auch, aber ich weiß nicht, ob man nicht in einer solchen Debatte davon absieht. Da, meine ich, muß man schon die gesamte Aktuelle Stunde beurteilen, weil dort ja auch Zwischenrufe gekommen sind, bei denen wir zum Beispiel einen Grund gehabt hätten, uns darüber aufzuregen, wenn ich an den Vergleich mit der ehemaligen DDR zurückdenke.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben dieses Protokoll nicht vorliegen. Wenn ich die Geschäftsordnung nehme, so gilt sie ja wohl in jedem Falle für dieses Haus, wir haben diese Rede nicht vorliegen, und sie gilt — wie gesagt, Paragraph 46 — ja auch nur dann, wenn die Rede freigegeben wurde. Wir können das im Augenblick nicht in Gänze klären, von daher gesehen ist natürlich auch eine solche allgemeine Zurückweisung nicht möglich, denn wenn man hier zu einer Beurteilung kommt, dann muß man die Reden insgesamt beurteilen, und das geht nach Geschäftsordnung zumindest heute nicht.

Deshalb sind wir auch der Auffassung, daß ein solcher Antrag, wie von Ihnen vorgebracht, Herr Jäger, nicht beschließbar ist, weder heute noch grundsätzlich jetzt beschließbar ist.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen, was den Begriff der Nötigung betrifft, Herr Kollege Kudella! Diesen Begriff der Nötigung, den Sie jetzt in einen Zusammenhang gebracht haben, weise ich für die SPD-Fraktion zurück. Herr Kollege Scherf hat, so habe ich jedenfalls die Formulierung im Gedächtnis, es anders gesagt, indem er darauf verwiesen hat, und das Verfahren lief ja schon, das wußte er, das wußten Sie ja auch, daß ein entsprechender Antrag der Universität beim Landgericht vorliegt.

Die Formulierung, Ihnen „das Handwerk zu legen“, war so gemeint, daß Ihnen wahrscheinlich untersagt werden sollte von seiten des Gerichts, daß Sie das wiederholen,

(Abg. Klein [CDU]: Was denn?)

und die Tatsache, daß das Gericht dem entsprochen hat, ist in einem unmittelbaren Zusammenhang zu sehen.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Was daran verwerflich ist, kann ich nicht verstehen, ich kann das auch nicht billigen.

Meine Damen und Herren, wir haben bis jetzt keine Möglichkeit gehabt, mit Herrn Bürgermeister Dr. Scherf zu reden. Ich fände es auch gut, wenn man versucht, so etwas gemeinsam zu erörtern. Das lag nicht daran, daß wir uns nicht bemüht hätten. Das haben wir getan, aber Herr Dr. Scherf ist im Augenblick wohl in einer Besprechung. Im Augenblick ist aber nicht ganz klar, wo er sich befindet.

(Lachen bei der CDU)

Wissen Sie, die Tatsache, daß Sie darüber schon wieder lachen, finde ich auch bemerkenswert. Wenn jemand hier seine Dienstgeschäfte macht und wichtige Termine hat,

(Abg. Dr. Pawlik [CDU]: Und keiner weiß wo!)

da ist es doch auch durchaus möglich, daß er nicht gerade greifbar ist für das Parlament. Ich fände es gut, wenn wir gemeinsam mit ihm darüber noch einmal reden könnten, aber die Initiative, die über das hinausgeht, was der Präsident formuliert hat, wird von unserer Fraktion nicht getragen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Altermann zur Geschäftsordnung. (D)

Abg. **Altermann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden sich alle gut erinnern können, als ich einmal zwei Ordnungsrufe bekommen habe von unserem Präsidenten. Ich habe damals Herrn Galla angegriffen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Altermann, Sie sollten nicht zur Sache, sondern zur Geschäftsordnung sprechen!

(Abg. Altermann [DVU]: Ich spreche zur Sache!)

Es geht hier um den geschäftsordnungsmäßigen Vorgang des Abgeordneten Klein und nicht um Altermann und Galla!

Abg. **Altermann** (DVU): Ich bin der Meinung, wenn man einem Abgeordneten einen Ordnungsruf erteilen kann, so müßte ein Antrag eingebracht werden, daß das auch bei einem Senator möglich sein muß. Das ist meine Meinung. — Ich danke schön!

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, dann gehe ich davon aus, daß wir jetzt die Beratung fortsetzen, die wir

- (A) vorhin unterbrochen haben. Die Punkte 17 und 26 sind verbunden und außerhalb der Tagesordnung der SPD-Antrag und der CDU-Antrag in Sachen Drogenhilfeplan.

Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Erlenwein.

Abg. Frau **Erlenwein** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute den im Juli 1990 vorgelegten Drogenhilfeplan diskutieren, dann kann das für unsere Begriffe nicht geschehen, ohne auch auf die aktuelle Situation einzugehen. Wir werden zu unterscheiden haben zwischen dem, was in dem Drogenhilfeplan steht, und dem, was in Bremen täglich praktiziert wird und in Bremen täglich passiert.

Die CDU-Fraktion hat sich sehr sorgfältig mit den Inhalten des vorliegenden Drogenhilfeplans befaßt und wird sich weiter an der Suche nach besseren Wegen und Hilfen beteiligen. Ich werde im Namen der CDU-Fraktion unsere Stellungnahme zu dem vorliegenden Drogenhilfeplan abgeben. Ich werde allerdings auch kritisch die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ansprechen.

Darüber hinaus haben wir zwei Anträge vorgelegt, die in Teilbereichen, ich betone das, das sind lediglich für uns Teilbereiche, konkrete Forderungen stellen. Zum einen geht es um den Bereich der Prävention und zum anderen um den Bereich der fehlenden Wohn- und Schlafmöglichkeiten. Diese Anträge werde ich anschließend begründen.

- (B) Nun zum Drogenhilfeplan! Dieser ist eine sorgfältige und aktuelle Darstellung der unterschiedlichen Felder der Drogenpolitik und bietet eine gute Grundlage für die politische Arbeit. Die beschriebene Gleichrangigkeit von Prävention, Beratung und Therapie und Repression deckt sich mit unseren Zielsetzungen. Auch die beschriebenen Schwerpunktsetzungen in den sieben Stichworten werden von uns mitgetragen. Ich werde sie kurz ansprechen.

Es geht um folgende Schwerpunkte: Abhängigkeit vermeiden, Abhängigkeit frühzeitig erkennen, soziale und gesundheitliche Verelendung als Folge des Drogenkonsums mindern, Behandlung frühzeitig beginnen und den Ausstieg ermöglichen, Häufigkeit von Therapieabbrüchen senken, Häufigkeit von Rückfällen senken, Zugang zu und Erwerb von Drogen erschweren und den Drogenhandel national und international bekämpfen.

Weiterhin wird bezüglich der Drogensituation in Bremen in fünf Stichworten beschrieben, wie die Realität eingeschätzt wird. Einmal wird gesagt, daß eine Ausweitung des Drogenhandels zu verzeichnen ist, daß ein Anstieg der Zahl der Konsumenten illegaler Drogen zu verzeichnen ist, daß die Abhängigen zunehmend gesundheitlich und sozial verelenden, daß die Zahl der Drogentoten steigt und daß sich die Anzahl besonderer Problemlagen ausweitet. Damit sind gemeint: drogenabhängige Prostituierte, Aids und Drogen, wohnungslose Drogenabhängige, inhaftierte Drogenabhängige.

(C) Ich möchte die Problematik, die in diesen fünf Stichworten beschrieben ist, als Grundlage nehmen und gleichzeitig fragen, inwieweit die im zweiten Teil des Berichtes beschriebenen Perspektiven mit der alltäglichen Praxis übereinstimmen.

Ich fange an mit der Ausweitung des Drogenhandels. Abgesehen von der Tatsache, daß sich der Drogenhandel weltweit dramatisch ausweitet, daß auch im gesamten Bundesgebiet der Drogenhandel mit einem Überangebot an illegalen Drogen ständig zunimmt, so ist die Situation in Bremen dennoch von besonderer Brisanz. So offen und so ungestört, wie die straff organisierten Drogenhändler in den verschiedenen Teilen Bremens mit Rauschgift handeln können, mit dieser Dreistigkeit ist dies in anderen Städten nicht möglich. Teilweise unter Beteiligung von Kindern, die noch nicht strafmündig sind, ist der Drogenhandel in Bremen inzwischen so organisiert, daß Geschäftsabwicklung, Geldübergabe und Warenübergabe jeweils von unterschiedlichen Personen getätigt werden. Das Ganze geschieht auf offener Straße. Die Drogenhändler sind der Polizei zum Teil wohl bekannt.

Es sind auch zum großen Teil Asylsuchende, die ohne weiteres wegen Verletzung des Asylrechts abgeschoben werden könnten, aber die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Ausländerbehörde und Justiz findet nicht in ausreichendem Maße statt. Dafür, meine Damen und Herren, hat nun wirklich niemand mehr Verständnis, wenn skrupellose Drogenhändler, die offensiv und ungestört ihren schmutzigen Geschäften nachgehen können, unter dem Deckmantel des Asylantrags von jeder Verfolgung verschont bleiben. Hier ist Kritik und Empörung angebracht, Empörung auch über die dilettantische und nachlässige Herangehensweise der zuständigen Behörden und Dienststellen.

Das führt dann zu dem zweiten Punkt: der Anstieg der Zahl der Konsumenten illegaler Drogen. Ich behaupte, daß das eine etwas mit dem anderen zu tun hat, daß die hohe Zahl der Konsumenten etwas zu tun hat mit dem erleichterten Zugang zu den Drogen, die, weil der Drogenhandel so ungestört läuft, zu äußerst niedrigen Preisen erhältlich sind. Ich möchte die Ursachen, die Menschen dazu bringen, zu illegalen Drogen zu greifen, hier nicht vereinfacht darstellen. Ich teile auch Ihre Einschätzung, Frau Senatorin Uhl, daß den Ursachen sehr komplexe Zusammenhänge zugrunde liegen.

Man kann es nicht so vereinfachen, indem man sagt, wenn es Drogen gibt, dann gibt es auch Drogenabhängige! Aber ich meine schon, daß die Anzahl der jungen Menschen, die Drogen konsumieren, etwas damit zu tun hat, wie leicht man an die Droge kommt und welchen Preis man dafür bezahlen muß. Gerade für die sogenannten Erstkonsumenten harter Drogen ist natürlich ein erschwinglicher Preis und der leichte Zugang eine niedrigere Hürde, als wenn zur Befriedigung der ersten Neugier ein sehr hoher Preis verlangt wird. Daher meine ich, daß die

(C)

(D)

- (A) Ausweitung des Drogenhandels auch etwas mit dem Anstieg der Zahl der Konsumenten zu tun hat.

Der dritte Punkt der Situationsbeschreibung behandelt die zunehmende gesundheitliche und soziale Verelendung. Auch hier muß, zumindest im gesundheitlichen Bereich, ein Zusammenhang hergestellt werden. Durch das Überangebot und durch den ziemlich risikolosen Handel beträgt der Preis für ein Gramm Heroin noch ungefähr ein Drittel oder gar ein Viertel von dem, was vor zwei Jahren dafür bezahlt werden mußte. Das Ergebnis ist, daß die Abhängigen extrem hoch dosiert sind und daß das Gift ihre Körper mit Abszessen und Infektionen traktiert. Damit einher geht natürlich auch die soziale Verelendung, weil die Zeiten der Erholung und Besinnung immer zugeschüttet werden mit neuem Stoff.

Auch der folgende Punkt hat etwas mit dem Überangebot von illegalen Drogen zu tun: die steigende Anzahl Drogentoter. Neben den in dem Bericht sehr richtig beschriebenen Ursachen, wie der parallele Konsum verschiedener Drogen und die veränderte Altersstruktur, führt auch das Überangebot an Drogen und der daraus resultierende höhere Reinheitsgrad zu Überdosierungen, die häufig tödlich sind.

Der letzte Punkt im Rahmen der Situationsbeschreibung ist die Ausweitung besonderer Problemlagen. Hier muß unsere Kritik ansetzen, weil hier Defizite zu verzeichnen sind, die bei gezieltem und koordiniertem Handeln zwar nicht vermieden, aber doch gemildert werden könnten. Das Ineinandergreifen der verschiedenen Systeme, wie Beratung, Entgiftung, Therapie, ambulante Nachsorge, ist nicht ausreichend gegeben. Die Beratungsstellen sind mangels ausreichendem Personal nach wie vor nicht in der Lage, die Öffnungszeiten in den Abendstunden und an Wochenenden so zu gestalten, daß sie den Bedürfnissen der Hilfesuchenden gerecht werden.

Ich erinnere nur an die Diskussion, die wir zu den Öffnungszeiten in der Bauernstraße geführt haben. Inzwischen ist zwar durch Umbaumaßnahmen etwas verbessert worden, aber während der monatelangen Baumaßnahmen fand in der Beratungsstelle so gut wie nichts mehr statt.

Das Angebot an Entgiftungs- und Therapieplätzen reicht nicht aus, so daß Wartezeiten bei der Entgiftung von vier bis sechs Wochen und bei den Therapieplätzen von bis zu sechs Monaten die Regel sind. Wir meinen, daß diese Wartezeiten nicht zu verantworten sind.

Der Entschluß eines Drogenabhängigen, sich in eine Therapie zu begeben, um in Zukunft ein Leben ohne Drogen zu führen, ist ein ganz zartes Pflänzchen, ein Pflänzchen, gewachsen in einem Klima der Labilität und der Angst vor dem Entzug. Wenn dieser Entschluß nicht realisiert werden kann, weil entweder die Zusage des Kostenträgers fehlt oder weil kein Therapieplatz vorhanden ist, dann verkümmert diese zarte Pflanze wieder. Nicht selten kommt es auch zu keinem neuen Anlauf, weil der Hoffnungs-

losigkeit aus der Sicht der Abhängigen nur mit neuem und erhöhtem Drogenkonsum begegnet werden kann, der häufig zum Tode führt.

Ein besonders trauriges Kapitel ist die Obdachlosigkeit von Drogenabhängigen, auch im Zusammenhang mit der Nachfrage nach den nicht vorhandenen Wohnungen. Hier zeigt sich in ganz eklatanter Weise die Hilflosigkeit und teilweise Unfähigkeit des Senats, diesem Problem zu begegnen. Ich erinnere nur an die Diskussionen, die über die Beiräte in die Presse getragen wurden und dazu geführt haben, daß Unterkünfte für Abhängige nicht zu realisieren sind.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, daß es so nicht geht. Das hat auch seine Gründe. Vor einem Jahr hat der Beirat Östliche Vorstadt in Verantwortung für diese Menschen der Unterbringung von Drogenabhängigen in der Roonstraße zugestimmt. Jeder, der die Roonstraße kennt, weiß, daß das eine Wohnstraße ist mit sehr eng gelegenen Häusern, wo viele Familien mit Kindern leben. Von seiten des Senats wurde die Zusage gemacht, daß diese Unterbringung nur eine Notlösung angesichts des bevorstehenden Winters darstellt, und sobald weitere Unterkünfte gefunden wären, würde dort betreutes Wohnen für Ausstiegswillige eingerichtet.

Inzwischen, meine Damen und Herren, ist ein Jahr vergangen. Der Winter ist vergangen, der gesamte Sommer ist in das Land gegangen, und mangels weiterer Unterkünfte für diesen Personenkreis von Drogenabhängigen befinden sich in dem Haus in der Roonstraße mehr als 20 Junkies, zwischendurch waren es weitaus mehr. Es wird dort gefixt, gedealt und gestorben.

Seit gestern gibt es nun eine Bunkerunterbringung.

(Vizepräsident Frau Leinemann übernimmt den Vorsitz.)

Auch die Tatsache, daß man sich zu diesem Schritt entschlossen hat, ist das Ergebnis einer Politik, die immer wieder ohne Konzept versucht, in den einzelnen Bereichen etwas zu tun, aber mit Recht nicht mehr die Zustimmung der Bevölkerung findet.

(Beifall bei der CDU)

Die Unterbringung oder das Öffnen von Bunkern als Übernachtungsmöglichkeiten für Drogenabhängige ist eine Bankrotterklärung. Als Übergang kann man sie vielleicht für ganz kurze Zeit hinnehmen, weil es besser ist, daß die Menschen ein Dach über dem Kopf haben und eine Matratze zum Schlafen. Für einen so verelendeten Kreis von Menschen eine Bunkerunterbringung vorzunehmen, die letztlich von sich aus schon Ängste erzeugt, ist für unsere Bepfunde auf Dauer nicht hinnehmbar.

Nehmen wir die unendliche Geschichte des Notübernachtungsschiffes Outlaw, die, nebenbei, immer noch nicht zu Ende ist! Der Senat ist nicht in der

(C)

(B)

(D)

- (A) Lage, entsprechende Wohnmöglichkeiten für Drogenabhängige zu schaffen, weil die Bevölkerung mißtrauisch geworden ist bezüglich der Versprechungen des Senats, siehe Roonstraße.

Ich würde mir wünschen, daß die Menschen, in deren Nachbarschaft Drogenabhängige wohnen sollen, Drogenabhängige, die den Wunsch haben, einen Weg aus ihrer Sucht zu finden, diesen Abhängigen eine Chance geben. Es sind junge Menschen, die auf einen Irrweg geraten sind, die krank sind und Hilfe brauchen. Diese Menschen haben eine Chance, sich aus ihrer Sucht zu befreien, wenn ihnen dabei geholfen wird. Aber dazu gehört professionelle Hilfe, aber auch Hilfe von uns allen!

Es gibt genügend Beispiele für ein gutes Neben- und Miteinander von Einrichtungen für Drogenabhängige und Nachbarschaften, aber diese Nachbarschaften sind nur möglich, weil man einerseits um Verständnis geworben hat und andererseits auch die Befürchtungen und Ängste der Nachbarn ernst genommen wurden. Im Augenblick haben die Menschen in den Wohngebieten keinerlei Vertrauen mehr in die Pläne des Senats.

Die CDU-Fraktion hat zur Frage der fehlenden Wohn- und Schlafmöglichkeiten für Drogenabhängige einen Antrag eingebracht.

(Vizepräsident v. d. Schulenburg
übernimmt den Vorsitz.)

- (B) Wir wollen mit diesem Antrag deutlich machen, daß unterschieden werden muß bei der Frage, für wen brauchen wir welche Wohnmöglichkeit, und für wen brauchen wir einen Platz zum Schlafen. Die einen, die abkommen wollen von der Droge, die den Teufelskreis durchbrechen wollen, in dem sie sich befinden, können sehr wohl in einem geeigneten Haus oder Wohnung in einer ganz normalen Wohngegend unterkommen, wenn eine angemessene Betreuung und Kontrolle vorhanden ist. Der weitere Drogenkonsum muß dort absolut tabu sein. Wir schaffen das sonst nicht mehr, in irgendeinem Bereich die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß es möglich ist, auch in Nachbarschaft mit Drogenabhängigen zu leben.

Wir haben gesagt, daß für solche Drogenabhängigen, die ohne Wohnung sind und beispielsweise auf einen Therapieplatz warten oder eine Therapie absolviert haben oder substituiert sind oder eine Haftstrafe verbüßt haben und den erneuten Kontakt zur Szene meiden wollen, daß für diese Menschen Unterkünfte auch in Wohngebieten gesucht werden müssen.

(Glocke)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Ich muß Sie leider an die Redezeit erinnern!

Abg. Frau **Erlenwein** (CDU): Noch einen kleinen Moment, bitte! Für diejenigen, die nicht in der Lage

sind oder bereit sind, den Ausstieg aus ihrer Sucht anzustreben, und ohne Unterkunft sind, muß es andere Übernachtungsangebote geben, und diese sollten sich nicht in unmittelbarer Nähe zu der Wohnbevölkerung befinden. Es hat sich gezeigt, daß das Miteinander nicht geht. Nur so kann es in Zukunft gelingen, das Vertrauen in der Bevölkerung wiederzugewinnen, und das brauchen wir ganz notwendig, auch für die Pläne, die Frau Uhl hier vorgetragen hat!

So chaotisch und so unfähig, wie im Moment von seiten des Senats versucht wird, dieses Problem zu bewältigen, so wenig wird dieses Problem gelöst. Es wird keinem geholfen. Die obdachlosen Junkies bleiben ohne ein Dach über dem Kopf, und die Bevölkerung entwickelt eine Antistimmung, die teilweise Pogromcharakter annimmt. Die Chance, den einen oder anderen Ausstiegswilligen zu erreichen, wird hier vertan.

Wir fordern den Senat auf, professionell und konsequent diesen Weg einzuschlagen! Es gibt sowohl eine Fürsorgepflicht des Staates gegenüber den Menschen, die krank sind, als auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Menschen, die Ängste entwickeln, weil sie nicht wissen, was in ihrer Nachbarschaft geplant ist.

Meine Damen und Herren, ich habe gerade gehört, daß meine Redezeit beendet ist, da wir nach Geschäftsordnung reden, werde ich mich noch einmal melden und dann diesen Antrag zur Prävention begründen und auch unser Abstimmungsverhalten zu dem vorgelegten Antrag der SPD-Fraktion vortragen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Frau Erlenwein, vielleicht können wir uns darauf verständigen, ich schlage das vor, denn ich sehe, daß wir jetzt eigentlich nach der Geschäftsordnung noch ungefähr eine Stunde haben und noch drei weitere Redner, ob wir nicht lieber jetzt eine verlängerte Redezeit um drei oder vier Minuten hinnehmen, als wenn wir dann von vorn anfangen. Wie lange würden Sie denn noch benötigen, Frau Erlenwein? Vielleicht ist es dann sinnvoller, daß Sie es im Zusammenhang tun!

(Abg. Frau **Erlenwein** [CDU]: Sieben bis acht Minuten!)

Dann wird es doch in die zweite Runde gehen. — Vielen Dank, Frau Erlenwein!

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete **Stiering**.

Abg. **Stiering** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 20. September 1989 wurde von der Bremischen Bürgerschaft der Beschluß gefaßt, den Senat aufzufordern, ein weiterführendes ressortübergreifendes Gesamtkonzept für eine neuorientierte Drogenpolitik in Bremen zu erarbeiten und der Bürgerschaft vorzulegen.

(C)

(D)

(A) In dem Ihnen vorliegenden Drogenhilfeplan sind die Grundsätze einer Drogenpolitik festgelegt, deren wesentliche Merkmale die Prävention, die Sicherung von Grundbedürfnissen, der Ausstieg aus der Abhängigkeit und die Repression sind. Es ist ein Plan, meine Damen und Herren, mit dem, wie ein freier Träger in seiner Stellungnahme anmerkt, eine Arbeitshilfe zur Verfügung steht, die die bestehenden Hilfsangebote systematisch, vorurteilsfrei und im wesentlichen als gleichberechtigt nebeneinander erfaßt.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion begrüßt diesen Drogenhilfeplan und spricht denen, die ihn erarbeitet haben, für die geleistete Arbeit ihren Dank aus.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir wissen, daß im Oktober dieses Jahres es schon mehr Drogentote gab als im ganzen Jahr 1989, und Fachleute schätzen, daß bis zum Ende dieses Jahres mehr als 1 000 junge Menschen in der Bundesrepublik an dieser Krankheit gestorben sein werden, dann kann man die Lage nur noch als dramatisch und alarmierend bezeichnen. In Bremen gab es bisher 59 Tote, und es ist zu befürchten, meine Damen und Herren, daß es Ende 1990, so die Experten befürchten, in etwa 70 sein werden.

Vor dem Hintergrund dieses dramatischen Anstiegs der Zahl der Drogentoten stellt sich die Frage, ist die Drogensucht ein gesellschaftliches Problem, vor dem wir kapitulieren müssen, oder gilt es nicht vielmehr, den Weg, den der Drogenhilfeplan eröffnet, konsequent weiterzuerfolgen und auszubauen. Dieser Meinung, meine Damen und Herren, ist meine Fraktion!

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich will einige kritische Punkte aufzeigen, die nicht nur der aktuellen Diskussion, sondern der weiteren inhaltlichen Verbesserung bedürfen. Um dies konkret zu machen, legt die SPD-Bürgerschaftsfraktion Ihnen einen entsprechenden Antrag vor.

Worum geht es uns hierbei? Drogenberater schätzen, daß zur Zeit wenigstens 50 bis 60 Bremer Drogenabhängige kein Dach über dem Kopf haben. Ihnen eine Unterkunft zu bieten ist die allererste Aufgabe jeder kommunalen Drogenpolitik!

(Beifall bei der SPD)

Ich bin der Auffassung, daß die von uns geforderten Notschlafplätze vorzugsweise von einem Verband der freien Wohlfahrtspflege aufgrund unbürokratischer organisatorischer und personeller Kompetenzen geschaffen werden können. Nicht nur bei der Einrichtung von betreuten Wohngemeinschaften unterstützen wir die Senatorin für Jugend und Soziales ausdrücklich in ihrem Bemühen, auch Wohnraum in den Stadtteilen zu schaffen, die mit Drogenkranken bisher keine Berührung hatten!

(Beifall bei der SPD)

Unabdingbar ist dabei aber eine ausreichende Betreuung der Bewohner dieser Wohngemeinschaften, Unterkünfte sind die erste und wichtigste Voraussetzung für jede weitergehende Hilfe, genauso wie die Versorgung mit Nahrung, ärztlicher und pflegerischer Betreuung, Möglichkeiten, sich selbst und seine Wäsche zu waschen, schwellenlose Angebote zur medizinischen und pflegerischen Basisversorgung für Drogenabhängige! Erst wenn eine solche umfassende Grundversorgung selbstverständlich geworden ist, kann die eigentliche Drogenarbeit mit dem Ziel, die Suchterkrankung zu lindern, im günstigsten Fall zu heilen, begonnen werden.

(C)

Reicht nun das Angebot an Therapieformen aus? Bremen bietet Drogenabhängigen abstinenzorientiert Langzeittherapien an, stationär und ambulant. Die Abbruchquote bei Langzeittherapien, meine Damen und Herren, ist sehr hoch. Weltweit ist die Erfolgsquote kaum größer als 20 Prozent. Damit ist allerdings nichts über Wert oder Unwert dieses Therapiebemühens ausgesagt. Für 20 Prozent der Drogenabhängigen ist es so in Ordnung. Gleichwohl muß, wer mehr als eine Handvoll Drogenabhängige erreichen will, das Behandlungsspektrum und Therapieangebot plural organisieren, orientiert einzig daran, was für welchen Abhängigen optimal ist, und nicht, welches die beste, einzig richtige Therapie ist.

(Beifall bei der SPD)

Seit März dieses Jahres unternimmt Bremen den Versuch, auch durch Langzeitsubstitutionen mit Methadon Drogenabhängige vom Heroinkonsum wegzuführen und, soweit möglich, die Suchterkrankung zu lindern beziehungsweise zu heilen. Das Ganze war und ist immer noch ein schwieriger dornreicher Weg. Die Abhängigen müssen einen Arzt finden, der nicht nur bereit ist, sich auf Junkies einzulassen, sondern dieser Arzt muß auch fähig und bereit sein, sich auf die begrenzten Möglichkeiten des Betäubungsmittelgesetzes einzulassen.

(D)

Es ist zu wünschen, meine Damen und Herren, daß mehr niedergelassene Ärzte als bisher drogenabhängige Patienten behandeln! Zur Zeit sind es nur 20 Bremer Ärzte, die diesen Weg mit ihren Patienten gehen. Die Drogenabhängigen, die in Bremen aufgrund einer medizinischen Einzelfallindikation durch ihren Hausarzt und auf Empfehlung einer medizinischen Fachkommission mit Methadon substituiert werden, sind im Durchschnitt bereits 13 Jahre abhängig.

Meine Damen und Herren, es macht weniger Sinn, Patienten erst dann zu substituieren, wenn sie bereits gesundheitlich schwer geschädigt sind und eine gesundheitliche Rehabilitation wie gesellschaftliche Integration bereits besonders schwierig ist!

(Beifall bei der SPD)

Hier sehen wir die Möglichkeit weiterer Hilfen und die Notwendigkeit der Änderung des Betäubungs-

(A) mittelgesetzes. Entsprechene Anträge einzelner Bundesländer haben den Bundesrat bereits passiert.

Unsere Forderung, meine Damen und Herren, die Substitution von Patienten mit Methadon durch ein Angebot psychosozialer Betreuung zu ergänzen, ist bisher nur unzulänglich erfüllt.

(Beifall bei der SPD)

Auch hier sehen wir einen weiteren Handlungsbedarf, wengleich nicht jeder Substituierte dieser Betreuung bedarf. Das Krankenhaus Sebaldsbrück hat im März dieses Jahres eine spezielle Drogenstation eingerichtet, deren Arbeit von allen an der Drogenhilfe beteiligten Institutionen, Vereinen und Verbänden gelobt wird. Mittlerweile werden dort etwa 90 Prozent der Patienten in ihrem klinischen Entzug mit Methadon unterstützend entgiftet.

Bedauerlicherweise bleibt festzustellen, daß es dort nach wie vor Wartezeiten von acht bis zwölf Wochen gibt. Mittlerweile hat sich die Wartezeit etwas verringert. Insbesondere in den letzten Monaten wurden auf der Drogenakutstation überwiegend Patienten behandelt, die von aktueller Verelendung bedroht und psychosozial stark vorgeschädigt sind. Wir fordern deshalb eine Erweiterung dieser Drogenakutstation um weitere zehn Stationsbetten im Rahmen der Landeskrankenhausplanung.

(B) (Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der verzweifelten Situation im Ostertor/Steintor sind wir der Auffassung, daß, wie der Drogenhilfeplan es auch aussagt, auch der repressive Teil seine Bedeutung hat. Ich war kürzlich Teilnehmer einer Veranstaltung im Lagerhaus Schildstraße. Das Thema hieß: „Das Steintor als staatlich geduldeter Druckraum?“ Die Mitarbeiterinnen des Kulturzentrums Lagerhaus, aber auch Bewohner des Viertels, ebenso wie Nachbarn und auch der Ortsamtsleiter ließen keinen Zweifel daran, daß sie nicht mehr fähig sind, die eskalierenden Probleme länger zu ertragen.

Wir werden ihnen als Sozialdemokraten mit allen erforderlichen Betreuungshilfen, aber auch mit polizeilichen Maßnahmen helfen. Repressive Maßnahmen sollen unseres Erachtens insbesondere massiv gegen nicht abhängige Dealer eingesetzt werden, unabhängig, welcher Nationalität und Herkunft sie sind.

Meine Damen und Herren, bevor ich zum Schluß komme, das Thema sterile Spritzen im Strafvollzug ist noch immer nicht ausgestanden. Viele Fachleute halten die Vergabe von Spritzen, insbesondere aus Gründen der Aids-Prophylaxe, auch im Strafvollzug für geboten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist, da stimmen Sie mir sicher zu, eine schizophrene Situation, daß im Strafvollzug nicht medizinisch vernünftig sein soll, was wir draußen für Drogenabhängige für geboten erachten.

Der Bundesrat, meine Damen und Herren, hat im Juli dieses Jahres unter anderem mit Zustimmung Bremens und Baden-Württembergs eine entsprechende Änderung des Betäubungsmittelgesetzes beschlossen und diesen Gesetzestext an den Bundestag zur Verabschiedung weitergeleitet. Hier ist dies bisher steckengeblieben, weil das Thema Vereinigung Deutschlands alles überlagert hat. Es ist jedoch davon auszugehen, daß diese Änderung des Betäubungsmittelgesetzes nach dem 2. Dezember auch den Bundesgesetzgeber erreichen wird. Wir gehen davon aus, daß Bremen wie andere Bundesländer, wenn sich die gesetzgeberischen Möglichkeiten ändern, in den Strafvollzugsanstalten entsprechend reagieren wird.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, bevor ich Sie darum bitte, daß Sie den von uns Ihnen vorgelegten Antrag unterstützen, ganz kurz auf die Anträge der CDU-Fraktion einzugehen! Frau Erlenwein, den zuerst von Ihnen vorgelegten Antrag 12/1005, der die Prävention behandelt, müssen wir ablehnen, weil wir der Auffassung sind, daß all das, was Sie hier zusammengefaßt haben, bereits im Drogenhilfeplan verfaßt ist.

Den zweiten von Ihnen vorgelegten Antrag lehnen wir auch ab, denn wir stimmen nicht mit Ihnen überein, wenn Sie zum Beispiel sagen, wenn Wohnungen oder andere Möglichkeiten geschaffen werden sollen für Drogenabhängige, daß eine Verlagerung in die Wohngebiete der Stadtteile nicht erfolgen darf. Ich sagte es bereits ausführlich. Im übrigen sprechen Sie im ersten Satz dieses genannten Antrages von einer völlig konzeptionslosen Drogenpolitik des Senats.

(Abg. G a s s d o r f [CDU]: Das stimmt aber!
— Abg. B a r s u h n [SPD]: Nein!)

Das dürfte nicht in unserem Sinne sein. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Frau Erlenwein, haben Sie im Gegenteil zum Anfang Ihrer Ausführung vorhin den Drogenhilfeplan sehr wohl gelobt. Vielleicht können Sie darauf noch eingehen!

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß Keith Richards von den Rolling Stones, einem Idol vieler junger Menschen, also von Ihnen allen,

(Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Herzlichen Dank, Herr Kollege, sehr freundlich!)

zitieren, der in einem Interview in einem deutschen Nachrichtenmagazin folgendes sagte: „Die Politiker sollten uns nicht sagen, daß man keine Drogen nehmen soll. Sie sollten fragen, warum die Menschen Drogen nehmen, und sie sollten einem sagen, wie man es schafft, daß man in dieser Welt keine Drogen

(C)

(D)

(A) nimmt." Können wir das? — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete van Nispen.

Abg. v. **Nispen** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. **Dittbrenner** [SPD]: Jetzt fehlt nur die Gitarre, Herr Kollege!)

War das an mich gerichtet? Herr Präsident, meine Damen und Herren, am Abend des dritten Tages der Sitzungen sind wir, glaube ich, alle ein bißchen erschöpft. Wenn die Geschäftsordnung es zulassen würde, würde ich gern meine Rede zu Protokoll geben, aber ich habe mich ja schon einmal belehren lassen müssen, daß das leider nicht möglich ist. Deswegen darf ich noch einmal kurz um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Ich kann versprechen, ich mache es ganz kurz.

Die Drogenproblematik war in den letzten beiden Jahren ein Schwerpunkt der Arbeit dieses Parlaments. Zu dem Drogenhilfeplan, der uns jetzt vorgelegt worden ist, haben alle Fraktionen, unbeschadet unterschiedlicher Akzentuierungen, beigetragen. Insofern, das ist meine zusammenfassende Bewertung, ist dieser Drogenhilfeplan auch ein Erfolg dieses Parlaments,

(B)

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

und zwar aller Fraktionen.

Ich denke, wir haben hier den nicht gerade sehr häufigen Fall, daß das Parlament Regierung und Verwaltung auf Trab gebracht hat.

(Beifall bei der FDP)

In diesem Zusammenhang darf ich nur an die Debatte vom 7. Dezember 1988 —

(Abg. **Stiering** [SPD]: 1989!)

1988, auf 1989 komme ich noch gleich, Herr Stiering! — über unseren Methadonantrag erinnern. In dieser Debatte lieferte der damalige Sozialsenator Herr Dr. Scherf sein letztes parlamentarisches Gefecht zum Abstinenzdogma, bevor er dann damit endgültig abstürzte.

Damals war es nun noch so, daß nicht nur der Sozialsenator, sondern auch noch die SPD-Fraktion unseren Antrag auf ein regionalisiertes Drogenkonzept mit einem wissenschaftlich begleiteten Methadonprogramm und ähnliches ablehnte. Die SPD-Fraktion hat dann dankenswerterweise ein Jahr später etwa, ich denke jetzt, Herr Stiering, an die Septemberdebatte 1989, die Kurve bekommen und einen An-

trag vorgelegt, der unsere Billigung fand. Letzteres gilt auch für den Antrag, den Sie verdienstvollerweise für die heutige Debatte hier vorgelegt haben. (C)

(Beifall bei der FDP)

In diesem Zusammenhang muß ich noch ein Wort verlieren zu dem „Spiegel“-Interview von Frau Dr. Rüdiger. Ich glaube, ich kann auch mit Zustimmung einiger Mitglieder der SPD-Fraktion feststellen, daß es über alle Fraktionen hinweg einige Mitglieder dieses Parlaments waren, die durch ihre Initiative Frau Dr. Rüdiger erst überhaupt die Möglichkeit eröffnet haben, nach anderthalb Jahren ein solches „Spiegel“-Interview zur Methadonfrage zu führen.

(Beifall bei der FDP)

Außerdem darf ich feststellen, daß der Personalwechsel an der Spitze des Sozialressorts und auch der Wechsel in der Person des Landesdrogenbeauftragten der Drogenpolitik in diesem Lande insgesamt gutgetan haben.

(Beifall bei der FDP)

An die Stelle einer dogmatisch betriebenen Drogenpolitik ist eine eher pragmatische und flexible Politik getreten.

Ich betone, wir begrüßen es, Frau Uhl, weil man nämlich in der Tat nur so den vielschichtigen Problemen der Drogensucht im allgemeinen und der Sucht nach illegalen Drogen im besonderen beikommen kann. Ich hoffe, das Kompliment aus meinem Munde schadet Ihnen politisch nicht zu sehr, deswegen will ich gleich noch hinzufügen, Frau Senatorin Uhl, so gut ich den Drogenhilfeplan finde, so wenig gut fand ich einige Passagen in Ihrer Einbringungsrede.

Ihre Botschaft war, verkürzt gesagt, Drogenkonsum ist die Antwort auf unsere Zweidrittelgesellschaft, ist die Antwort auf materielle Nöte und ist die Antwort auf die Ausgrenzungspolitik der Bundesregierung. Das ist für meine Begriffe ein doch etwas zu schlichtes Erklärungsmuster.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann mir auch gar nicht vorstellen, daß Sie das wirklich glauben.

Also, ich bin der Meinung, Drogenpolitik ist im Grunde eine viel zu ernste Sache, als daß man sie parteipolitisch angehen sollte,

(Senator **Sakuth**: Sehr gut!)

denn das ist doch, wohl für alle ernsthaften Leute klar: Drogen hat es zu allen Zeiten und in allen Ländern dieser Welt gegeben, und Drogen kann man eben nicht nur als Antwort auf materielle Nöte verstehen.

Denken Sie nur an den Kokainkonsum in Schicleria-Kreisen! Sie kennen alle dieses Schlagwort. Das

(D)

- (A) ist nicht nur ein Schlagwort, sondern dahinter verbirgt sich eine sehr konkrete Realität. Daß natürlich Jugendliche so etwas auch sehen und meinen, wenn diese Schickeria-Herrschaften so etwas ausprobieren, daß sie vielleicht auch einmal so etwas, und sei es nur aus Neugierde, probieren sollten, ist doch klar. Es ist auch ganz klar, daß man dann auf einen Weg geraten kann, den wir alle nicht für richtig halten.

(Beifall bei der FDP)

Kurz gesagt, ich will gar nicht verleugnen, daß es auch das gibt, was Sie gesagt haben,

(Frau Senator Uhl: Es gibt beides!)

nämlich Drogenkonsum als Reaktion auf schwierige soziale Verhältnisse, aber das ist nicht die ganze Erklärung. Es ist viel komplizierter. Ich glaube, wir sind uns da einig, deswegen kann ich jetzt wieder auf den Drogenhilfeplan selbst kommen.

Die Grundhaltung der Drogenpolitik des Senats ist auf Seite vier in einer ganz bestimmten Weise formuliert worden, die ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten hier einmal zitieren darf, es heißt dort: „Sie soll geprägt sein von einem akzeptierenden Verständnis der Drogenabhängigkeit.“ Ich muß hier eine Einschränkung machen, Herr van der Upwich, ich nehme an, Sie haben es formuliert, deswegen darf ich Sie einmal ansprechen. Ich halte diese Formulierung mindestens für mißverständlich. Es kann, glaube ich, nicht darum gehen, die Sucht als Lebensform zu akzeptieren. Diese ist eindeutig als in einem hohen Maße für Individuum, Staat und Gesellschaft schädlich zu verurteilen.

(Beifall bei der FDP)

Jede andere Auffassung ist schon der halbe Weg zur Resignation, die dann in die Legalisierung der illegalen Droge mündet beziehungsweise in die Diskussion darüber, und wir lehnen diese Legalisierung der illegalen Droge ab!

Was ist zu akzeptieren, meine Damen und Herren? Zu akzeptieren ist die Person des Süchtigen, der, ich glaube, da stimmen wir alle überein, in der Regel für eine bestimmte Zeit nicht in der Lage ist, seine konkrete Lebenssituation ohne Rausch zu ertragen und sein Verhalten zu ändern. In diesem Kontext betone ich die Aussage „für eine bestimmte Zeit“. Das ist nämlich das konkrete Erscheinungsbild bei 99 Prozent aller Drogensüchtigen, und das heißt letztendlich auch, daß wir niemanden von diesen Mitbürgern/Mitbürgerinnen aufgeben dürfen.

Unbeschadet dieser Kritik, was die Grundsatzhaltung zur Drogenpolitik angeht, darf ich Ihnen sagen, daß wir im wesentlichen mit den Leitlinien des Drogenhilfeplans übereinstimmen. Ich darf das einmal für uns Liberale in folgenden Grundsätzen zusammenfassen:

Erstens: Entsprechend der Vielfalt der Problemsituation bedarf es vielfältiger Lösungsansätze im Bereich von Prävention, Therapie, Rehabilitation und Grundversorgung. Dazu gehören auch niedrigschwellige beziehungsweise schwellenfreie Angebote und wissenschaftlich begleitete Modellversuche.

Zweitens: Die personellen und institutionellen Angebote sind nach dem Prinzip der gemeindenahen Drogenhilfe aufzubauen. Wir sehen in dem vorgelegten Konzept eine Parallele zur gemeindenahen Psychiatrie. Wir halten diese Parallele für richtig, denn auch die gemeindenaher Psychiatrie, wie wir sei hier in Bremen in der Abkehr von der damals praktizierten Psychiatrie in den siebziger und achtziger Jahren aufgebaut haben, ist richtig und vernünftig.

Drittens: Das Hilfesystem ist soweit wie möglich staatsfern, auch kommunalfern, wenn Sie so wollen, zu organisieren, was die Trägerschaft angeht. Der Anteil der freien Träger ist zu erhöhen. Dies gilt nach unserer Auffassung auch für den Aspekt der Suchtprävention. Ärzteschaft und Krankenkassen sind stärker als bisher einzubeziehen.

Viertens: Beim Ausbau des Hilfesystems, insbesondere bei der Lösung des Wohnungsproblems für Süchtige, darf nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip verfahren werden. Das ist für uns eine ganz zentrale Aussage. Drogensucht, meine Damen und Herren, als gesamtgesellschaftliches Problem muß auch von allen Bevölkerungsgruppen in allen Stadtteilen in Stadt und Land mitgetragen werden.

(Beifall bei der FDP)

Fünftens: Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Suchtarbeit sind so zu verändern, daß entsprechend dem jeweiligen Erkenntnisstand Lösungen ausprobiert und gegebenenfalls auch wieder verworfen werden können. Ich denke da an wichtige Probleme wie die Frage nach der Spritzenvergabe im Strafvollzug oder an Fragen, die sich ranken um die Methadonsubstitution. Das heißt für uns, daß wir das Betäubungsmittelrecht ändern müssen und Öffnungs- und Experimentierklauseln brauchen.

Sechstens: Die Bekämpfung der Sucht nach illegalen Drogen verlangt eine Doppelstrategie: Hilfe für den Süchtigen und Strafe für den Dealer. Im Überschneidungsfall ist das Prinzip Therapie vor Strafe soweit wie möglich und sinnvoll anzuwenden.

Angesichts der sich zuspitzenden Rauschgiftsituation mit immer mehr Rauschgiftkonsumenten, immer mehr Drogentoten und der Ausweitung des Drogenhandels kann aber auch auf den Bekämpfungsbeitrag von Polizei und Justiz nicht verzichtet werden.

(Beifall bei der FDP)

Polizei und Justiz bedürfen insofern der vollen politischen Rückendeckung, und dies gilt insbesondere

- (A) beim Kampf gegen den gewerbsmäßigen Drogenhandel und das organisierte Verbrechen.

(Beifall bei der FDP)

Ich darf in dem Zusammenhang mit Genugtuung feststellen, daß es, offenbar nach schwierigen Diskussionsprozessen, auch in der SPD-Fraktion einen Meinungswandel gegeben hat. Ich stelle jedenfalls auch in dieser Hinsicht bedeutsame Unterschiede fest zu der Diskussion, wie wir sie hier vor zwei Jahren hatten. Ich habe, Herr Stiering, in Ihrem Antrag sorgsam registriert, daß Sie heute von einem Nebeneinander von Suchtprävention, Therapie und Beratung einerseits und Repression andererseits sprechen. Das ist in der Tat das, was wir brauchen, ein Sowohl-als-Auch und nicht ein Entweder-Oder.

Wenn ich nun die konzeptionellen Grundvorstellungen des Drogenhilfeplans durchaus begrüße, dann muß ich zwei Einschränkungen machen. Diese Einschränkungen beziehen sich einmal auf die Drogenprävention. Nach allgemeiner Erkenntnis befindet sich die Drogenprävention in der Bundesrepublik Deutschland, und ich darf jetzt hier einmal, mit Ihrer Genehmigung, aus der Parlamentsbeilage zitieren, „in einem desolaten Zustand, desolat im Hinblick auf strukturelle Bedingungen, Ausmaß der Aktivitäten und Qualität der Konzepte“.

- (B) Das nun, meine Damen und Herren, soll nach den Eingangsbemerkungen im Präventionskapitel ausgerechnet in Bremen für den Schulbereich anders sein. Ich darf hier gelinde Zweifel anmelden, denn ich habe noch sehr gut in Erinnerung eine Sendung, die vor kurzem bei Radio Bremen zu hören war. In der Sendung wurde die Botschaft vermittelt, daß es sehr wohl auch im bremischen Schulwesen möglich ist, daß Schüler während ihrer gesamten Schullaufbahn nicht ein einziges Mal mit den Problemen von illegalen Drogen konfrontiert werden. Ich unterstelle einmal die Richtigkeit dieser Aussage.

Das kontrastiert doch merkwürdig und auffällig zu dieser Bemerkung im Drogenhilfeplan. Immerhin ist anzuerkennen, daß auch im Drogenhilfeplan selbst eingeräumt wird, daß es im außerschulischen Bereich, also insbesondere im Bereich der Jugendfreizeitheime, erhebliche Defizite gibt, die beseitigt werden müssen.

Probleme haben wir, Frau Uhl, oder hier müßte man sich jetzt wieder an den zuständigen Senator Dr. Scherf, der nicht da ist, wenden, wenn im Drogenhilfeplan vorgeschlagen wird, die Suchtprävention dezentral für fünf Stadtteile zu organisieren und für jeden Stadtteil ein Team von zweieinhalb Mitarbeitern vorzusehen, wobei dann allerdings das Team für den Bereich Süd eine Sonderrolle hat, das auch personell ausgeweitet werden soll.

Sosehr wir im Prinzip dezentrale Strukturen begrüßen, muß ich hier deswegen Zweifel anmelden, weil nach meiner Erfahrung Teams von zweieinhalb Stellen beziehungsweise drei Menschen doch dazu nei-

gen, das hat ja die Erfahrung mit der Neuorganisation der sozialen Dienste gezeigt, sich sehr mit sich selbst zu beschäftigen. Ich möchte hier die Anregung an den Senat geben, doch einmal darüber nachzudenken, ob nicht hier, insgesamt geht es um 15 Stellen, die immerhin einen Kostenfaktor von mindestens rund einer Million DM pro Jahr ausmachen, eine andere Organisation zweckmäßig ist.

Ein anderer Punkt ist, Frau Uhl, daß man mindestens zukunftsorientiert über eine andere Senatsorganisation im Hinblick auf die Drogenpolitik nachdenken muß. Ich meine, man müßte darüber nachdenken, ob man nicht den Bereich Prävention, Therapie, Rehabilitation und Grundversorgung in einem Ressort zusammenführt, damit man eine Drogenpolitik aus einem Guß machen kann. Sie wissen alle, die sich einmal mit diesem Thema beschäftigt haben, daß aus sehr grundsätzlichen Erwägungen es doch da bei der Verteilung über mehrere Senatsressorts enorme Reibungsverluste gibt.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Kritikpunkt betrifft die Wohnungsfrage. Diese ist ja hier auch schon angesprochen worden. Wir stehen da vor einem zentralen Problem.

(Glocke)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Ihre Redezeit ist abgelaufen!

(D)

Abg. v. Nispen (FDP): Die Redezeit ist abgelaufen, so ist das halt! Darf ich vielleicht noch zwei Sätze sagen und das Abstimmungsverhalten darlegen? Dann brauche ich nämlich nicht noch einmal einzugreifen!

Bei der Wohnungsfrage sind wir der Meinung, Frau Uhl, daß ein klares und eindeutiges Konzept her muß. Wir sind der Meinung, daß dieses Konzept getragen werden sollte von dem Gedanken der Dezentralität. Es muß unterschieden werden zwischen den einzelnen Gruppen der Drogensüchtigen, und die Betreuung muß personell vernünftig organisiert werden.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie das machen und vernünftig durchsetzen, dann erleiden Sie auch nicht den Schiffbruch, den Sie mit dem Projekt Roonstraße erlitten haben. Dieses Projekt Roonstraße hat eine verheerende Wirkung gehabt für die Akzeptanz in unserer Bevölkerung. Der Senat hat sich damit selbst einen Bärendienst erwiesen. Das war in der Tat, Herr Stiering, da stimme ich Ihnen zu, ein Negativbeispiel, das war ein Beispiel, wie man es nicht machen kann, insofern meine Aufforderung, diese Mängel abzustellen.

Zum Abstimmungsverhalten, meine Damen und Herren! Ich habe es schon gesagt, wir stimmen dem SPD-Antrag zu, dem CDU-Antrag, Frau Erlenwein,

(A) das ist, glaube ich, Ihr Antrag zur Prävention, stimmen wir unter Zurückstellung bestimmter Bedenken auch zu. Dem anderen Antrag von Ihnen, der sich mit der Frage der Unterbringung der Drogenabhängigen befaßt, stimmen wir nicht zu, weil wir da eine andere Auffassung haben. — Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben uns hier im Hause wiederholt, teils kontrovers, teils einvernehmlich, mit der Drogenpolitik im Lande Bremen beschäftigt. Sehr grundsätzliche Ausführungen will ich mir daher ersparen. Der heute vorliegende Drogenhilfeplan ist eigentlich weniger ein Plan. Unserer Auffassung nach ist er eher ein Bericht über die Maßnahmen, die zum Zeitpunkt der Erstellung tatsächlich stattfanden in Bremen. Frau Senatorin Uhl hat dann ja noch einige Maßnahmen ergänzt.

Er trifft nicht auf unsere ungeteilte Zustimmung. In wesentlichen Bereichen haben wir Differenzen, aber wir haben als Fraktion DIE GRÜNEN zunächst überlegt, zu diesen einzelnen Bereichen — ich nenne Prävention, Substitution, Wohnungsnot und die sogenannten repressiven Maßnahmen — Anträge einzubringen mit dem Ziel, den Senat aufzufordern, die Einzelmaßnahmen tatsächlich zu einem Konzept zu bündeln und aus dem Bericht einen tatsächlichen Plan zu machen. Wir haben dann aber darauf verzichtet. Warum wir darauf verzichtet haben, das möchte ich hier begründen.

(B) Was bringt der Streit über unterschiedliche Präventionsvorstellungen, Substitutionskonzepte, wenn nicht einmal die Basis für die vorhandenen Hilfen da ist, wenn die Drogenberatung vor dem Scheitern steht, weil obdachlose Drogenabhängige sich vor allem in den Beratungsräumen erst einmal aufwärmen müssen, weil Absolventen der Langzeittherapie keine Wohnungen bekommen, weil bereits Bunker eine bessere Alternative darstellen, als draußen in Hauseingängen zu erfrieren! Das ist die Situation.

Völlig überraschend stellt die Senatorin jedes Jahr fest, daß es wieder einmal Winter und damit kalt wird. Daß die kleine Demo gestern hier vor dem Haus der Bürgerschaft von einem Tag auf den anderen wenigstens Bunker öffnen konnte, zeigt, in welchem neuralgischen Punkt diese Demonstration getroffen hat, aber ich sage, Bunker sind keine hinnehmbare Notunterkunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Verein Kommunale Drogenpolitik und der DPWV in der Person von Albrecht Lampe taten gut daran, die Betreuung bis Montag zu begrenzen. Ein erstes Unglück, so habe ich gehört, soll gestern nacht bereits passiert sein. Es soll dort zu einem

Brand gekommen sein. Ich denke, das zeigt, wie ungeeignet eine solche Unterkunft als Notunterkunft ist. So viele Drogenabhängige zusammen in solch einem Bunker unterzubringen, obwohl es auf 30 begrenzt werden soll, ich weiß es, halte ich für unverantwortlich. (C)

Daß Bunker keine geeignete Lösung sind, haben Sie ja bereits von dem Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit der SPD, Herrn Zenker, erfahren. Ich will mir das Zitat sparen, ich kenne es, in dem er Sie ausdrücklich auffordert, nicht auf Bunker zurückzugreifen, weil die psychischen Schäden und die sozialen Schäden durch solche Bunker unverantwortlich für die Betroffenen wären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Tatsache, daß immer mehr Bürgerinnen und Bürger sofort hochgehen in dieser Stadt, wenn in ihrem Wohnbereich Notunterkünfte geschaffen werden sollen, hat zu einer ungeheuren Brutalisierung auch der Politiker geführt, das stelle ich fest.

(Unruhe — Glocke)

Vizepräsident v. d. Schulenburg: Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, es scheint irgendwie an der Uhrzeit zu liegen, gestern war es 17.40 Uhr, jetzt ist es 17.40 Uhr, es wird dann immer unruhig. Ich darf Sie doch bitten, die letzte halbe Stunde auch noch den Rednern aufmerksam zuzuhören! (D)

Abg. **Frehe** (DIE GRÜNEN): Wenn zum Beispiel bei dem Haus in der Kurfürstenallee davon gesprochen wird, und zwar von Politikern in der Deputation, nur „geeignete“ Drogenabhängige dort unterzubringen,

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

wenn, wie ich gehört habe, die AWO schlicht ein Haus im Bremer Westen geschlossen hat und die Betroffenen, ohne Alternativen anzubieten, dort hinausgeworfen hat, wenn in dem Haus Kattenturm mittlerweile mindestens drei Personen wegen angeblicher Verstöße gegen die Hausordnung auf die Straße gesetzt worden sind und nur mit richterlicher einstweiliger Verfügung und Gerichtsvollzieher wieder aufgenommen wurden, dann hat das Verhalten gegenüber Drogenabhängigen sich so menschenfeindlich verändert, daß sie die Parias in unserer Gesellschaft geworden sind.

Diese Menschenfeindlichkeit kann eigentlich nur noch überboten werden durch den Vorschlag des Senatsdirektors Hoppensack in der letzten Deputationsitzung, Lagerhallen außerhalb jeder Wohnbebauung anzubieten, wohin die Drogenabhängigen nachts gebracht werden sollen. Ich halte diesen Vorschlag von Herrn Hoppensack für so ungeheuerlich, ich habe mich schon maßlos darüber aufgeregt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) Der Schritt, dort einen Zaun darum herum zu ziehen und ein Ausgangsverbot zu erteilen, ist dann nicht mehr sehr weit und erinnert an eine schlimme Zeit der Internierungslager.

In dieser Frage sind Sie, Frau Erlenwein, in einer für mich erschreckenden Weise umgeschwenkt. Frau Erlenwein, Sie wissen, daß ich Sie bei allen inhaltlichen Differenzen als Kollegin sehr schätze, und zwar als eine Kollegin, die sich sehr für eine liberale Drogenpolitik in ihrer Fraktion, aber auch hier im Hause stark gemacht hat. Was Sie bewogen hat, unter diesen Antrag zu Wohn- und Schlafmöglichkeiten Ihre Unterschrift zu setzen, verstehe ich nicht. Es ist meines Erachtens Ihrer wirklich nicht würdig.

Sie fordern unter Punkt 1.1 kontrollierte Übernachtungsmöglichkeiten, weitab von der Wohnbebauung, Wohnbevölkerung. Polizeiliche Kontrollen sollen Drogengenuß und Handel in diesen Unterkünften verhindern. Haben Sie sich eigentlich wirklich klargemacht, was das heißt? Wozu wollen Sie denn solche Unterkünfte machen? Zu polizeilich gesicherten Asylten? Wollen Sie, daß den Drogenabhängigen auch noch Polizisten an die Seite gestellt werden, die quasi eine Suchtwärterfunktion dort wahrnehmen? Das kann doch nicht wahr sein!

Was passiert, wenn einer, was ja zwangsläufig geschehen wird, beim Konsum überrascht wird? Wollen Sie wirklich, daß er herausgeworfen wird aus diesen Notunterkünften? Verletzen Sie damit nicht elementare Menschenrechte? Wollen Sie wirklich den Beiräten quasi ein Vetorecht bei der Einrichtung von Wohn- und Schlafmöglichkeiten einräumen? Gibt es etwa keine gesamtstädtische Verantwortung für Drogenabhängige in dieser Stadt und in diesem Land? Wollen Sie die gesamte Drogensozialarbeit, die auf Vertrauen basiert, kaputt machen, indem Sie zur Amtshilfe die Drogenberater verpflichten wollen, anstatt ihnen ein Aussageverweigerungsrecht einzuräumen?

(B) Ich kann Sie beim besten Willen nicht verstehen, wie Sie sich für diesen Antrag hergeben konnten! Ich war bisher anderes von Ihnen gewohnt, muß ich sagen.

Wohltuend betroffen, aber gleichzeitig konkret praktisch finde ich den Vorschlag des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Container zu beschaffen. Diese müssen unverzüglich beschafft werden, da darf keine Minute vergehen. Spätestens in acht Tagen müssen diese Container da sein, das ist, glaube ich, der kürzeste Beschaffungstermin, um die Bunkerunterbringung aufzulösen. In acht bis zehn Tagen müssen sie aufgestellt sein, und als Standort schlage ich in der Tat Parkplätze vor, aber dann in ruhiger Wohnumgebung und nicht fernab jeglicher Wohnbebauung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf den Parkplätzen gibt es nämlich sämtliche Versorgungsleitungen. Die Aufstellung von Containern

ist dort am schnellsten zu realisieren, das ist der Grund. (C)

Angesichts der übermächtigen Frage der Wohnungslosigkeit Drogenabhängiger fällt es mir schwer, jetzt noch auf Details der anderen Anträge einzugehen. Ich werde daher nur ganz summarisch unser Abstimmungsverhalten begründen. Den Präventionsantrag der CDU lehnen wir ab, obwohl wir in ihm bedenkenswerte Anregungen sehen. Wir sind allerdings der Auffassung, daß Präventionsansätze zu instrumentell das, was aus anderen Gründen richtig ist, verkürzen. Aufklärung und Prophylaxe unterstützen wir, Prävention in dieser Form nicht.

Den Antrag der SPD können wir insgesamt unterstützen, auch wenn manche Formulierungen, insbesondere im hinteren Teil, in dem er sich auch zu Repressionen äußert, nicht dem entsprechen, wie wir unsere Formulierungen gewählt hätten.

(Abg. Stiering [SPD]: Da unterhalten Sie sich einmal mit Herrn Heck! Sie haben es in der Schildstraße doch gehört!)

Ja, ja, wir haben als Fraktion durchaus eine Differenz in dieser Frage! Ich weiß es, und Sie haben meine Position dazu auch gehört in der Schildstraße!

Wichtig ist uns, um den SPD-Antrag zu zitieren, das Nebeneinander von Maßnahmen durch ein schlüssiges Konzept zu ersetzen. Das ist unseres Erachtens der Drogenhilfeplan noch lange nicht. Das ist aber angesichts der großen Wegstrecke, die die Drogenpolitik hier in Bremen zu überwinden hat, auch nicht zu erwarten. (D)

Daß Herr Altermann die Drogenabhängigen in ein Reha-Zentrum weit außerhalb Bremens deportieren will und ihm zur Drogenkriminalität nur der Ruf nach mehr Polizei einfällt, verwundert kaum. Es verwundert aber sicher ebensowenig, daß wir diese Anträge ablehnen. Ich weiß jetzt nicht, ob sie verbunden worden sind, ich ging davon aus, daß sie mitverbunden sind, aber vielleicht spare ich mir dann später den Redebeitrag, falls sie aufgerufen werden. Wir werden diese Anträge selbstverständlich, wie keinen verwundern wird, ablehnen. — Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Altermann.

Abg. **Altermann (DVU)*:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es ist sicherlich begrüßenswert, daß diese Regierung sich für Drogenabhängige einsetzt, die hauptsächlich deshalb süchtig geworden sind, weil gerade diese Regierung vorher nicht genügend getan hat, um sie überhaupt davon abzuhalten. Der eingeschlagene Weg ist aber nicht richtig, denn die Bevölkerung in den Gebieten der Reha-Zentren ist ja nunmehr der Ge-

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) fahr ausgesetzt, in der die Drogensüchtigen für das Gift empfänglich geworden sind.

Die sogenannte Erfolgsquote bei der Rehabilitation von Suchtkranken beträgt weniger als zehn Prozent, meine Damen und Herren. Die neu entstandene Gefahr durch die mehr als 90 Prozent weiteren Süchtigen ist für die Bevölkerung in der Nachbarschaft also ungemein groß. Ich meine, den Drogensüchtigen muß geholfen werden, aber bitte anders! Es gibt noch genügend Möglichkeiten auf dem Lande in der Besinnlichkeit der Abgeschiedenheit, besser kontrollierbare und für Nichtbeteiligte ungefährlichere Möglichkeiten aufzuzeigen.

Vor allem bedenken Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, vor den Häusern der Reha-Zentren werden sich die Dealer aufhalten, um eben gerade diese Drogensüchtigen, die sich bemühen, sich von der Sucht abzuwenden, wieder süchtig zu machen! Es ist ihr Geschäft. Wenn man überall in Bremen in verschiedenen Stadtteilen Drogenhäuser aufmacht, so muß ich sagen, wirkt man der Polizei entgegen, weil dadurch der Zugriff der Polizei, ich will nicht sagen, unmöglich gemacht wird, aber erschwert wird.

Frau Senator Uhl, ich bitte Sie, das doch zu bedenken und gerade in verschiedenen Stadtteilen keine Drogenhäuser aufzumachen, sondern diese Geschichte nach auswärts zu verlegen! Ich werde dem Antrag der CDU zustimmen. — Ich bedanke mich!

- (B) **Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort Frau Senator Uhl.

Senator für Jugend und Soziales Frau Uhl: Herr Präsident, meine Herren und Damen! Gestatten Sie, daß ich noch einmal das Wort ergreife! Erstens möchte ich mich noch einmal bedanken, daß Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, sehr ausführlich eine Einleitung zu dem vorliegenden Drogenhilfplan zu geben, der in der Tat die Rahmendaten für die Drogenhilfpolitik im Lande Bremen bestimmt. Das bedeutet auch, darf ich auf Ihren Einwand eingehen, Herr Frehe, daß er in der Tat als Rahmenplan eine größere Flexibilität in der Handhabung und auch das Reagieren auf neue Tatbestände ermöglicht. Ein Plan, wie ich den Eindruck habe, daß Sie den gehabt hätten, mit einer Zeit- und einer Finanzschiene, hätte unter Umständen meinem Verständnis nach dazu geführt, daß wir diesen Schienen hinterhergelaufen wären und neuere drogenpolitische Entwicklungen nicht hätten ausreichend berücksichtigen können. Es mag eine Verständigungsschwierigkeit sein, aber in diesem Sinne bitte ich, das zu bedenken!

Herr van Nispen, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, daß es nicht nur gesellschaftliche Bedingungen sind. Das habe ich auch ausdrücklich gesagt, daß nicht nur sie es sind, aber daß sie ein großes Maß an Verlust an Emotionalität mitbewirken und dazu beitragen, daß jemand schneller zu einer Abhilfe greift, um die Realität, die er für sich aus vielerlei Gründen

nicht mehr wahrnehmen kann, wahrzunehmen. Darum habe ich daneben auch die durchaus entwicklungsbedingte oder persönlichkeitsbedingte Herangehensweise an das Konsumententum gestellt.

Kokain — Ihr Beispiel — ist ausdrücklich ein Beispiel der Zweidrittelgesellschaft, das ist Schickimicki. Wer kann das, Zweidrittelgesellschaft, nämlich die, die das Geld für so etwas haben, sich in Schickimicki-Kreisen damit zu beschäftigen?

Sie haben recht mit der Tatsache, daß das Vorgehen der Erwachsenenwelt, und genau das meinte ich, das Beispiel der Erwachsenenwelt, viele Kinder und Jugendliche oder Heranwachsende geradezu gespannt macht auf so ein Erlebnis, und darum meine Bitte oder auch Appell, wie immer Sie wollen, daß wir in vielen Sachen, gerade im präventiven Bereich oder im Bewußtseinsbereich, erst einmal bei uns anfangen!

Ich möchte mich zweitens dafür bedanken, daß Sie alle übereinstimmend der Meinung sind, daß wir auf der Grundlage des vorliegenden Planes gemeinsam weiterarbeiten können. Ich bitte Sie, eines in diesem Zusammenhang zu bedenken, daß in der Tat das Wohnungsproblem das schwierigste Problemfeld ist und auch das, was die meisten Emotionen, die meiste Abwehr und die meiste vorsichtige Herangehensweise bewirkt.

Frau Erlenwein, Sie haben recht, die Sache in der Roonstraße ist eine Katastrophe gewesen. Da ist keiner im Raum, weder im Senat noch, glaube ich, in der SPD-Fraktion, der das abstreiten würde. Aber die fatale Situation Roonstraße bestand, weil die Stadtteile sich einer anderen Wohnversorgung verweigert haben.

In diesem Zusammenhang habe ich eine ganz große Bitte, ich sage gleich noch einmal etwas zu diesem Unterbringungskonzept — ich habe Sie, Frau Erlenwein, also wirklich unglaublich moderat und sehr unglaublich hilfreich empfunden, und ich möchte mich dafür auch persönlich bedanken,

(Beifall bei der SPD)

weil ich weiß, wie schwer es ist, sich mit so einer Meinung durchzusetzen —, ich habe die wirklich sehr herzliche Bitte an große Teile der CDU-Fraktion, und, Herr Präsident, gestatten Sie, daß ich das an dieser Stelle sage, daß nicht Teile dieses Parlaments, die erst den Auftrag an den Senat geben, für Wohnraumversorgung zu sorgen, hinterher in öffentlichen Einwohnerversammlungen mir vorwerfen, ich würde die Bewohnerschaft zu Versuchskaninchen diskreditieren,

(Beifall bei der SPD)

und zwar die Anwohner eines Hauses für Substituierte. Wenn ich das einmal ganz klar sagen darf! Ich lasse mir das nicht mehr gefallen, ganz emotional!

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Herr Pawlik muß wissen, was er mit so etwas anrichtet. Herr Pawlik muß wissen, daß derjenige, der richtig Haß sät, auch Haß bekommt, nicht von mir, aber von den Betroffenen, denen er persönlich Hilfe verweigert!

(Beifall bei der SPD)

So, jetzt habe ich mich wieder beruhigt, ich glaube, das muß einmal gestattet sein, so etwas zu sagen. Ich bin da unheimlich angefaßt. Ich finde, diese Doppeltzungigkeit ist inzwischen, lieber nichts sagen, na ja, das hat etwas mit seltsamen Geschichten zu tun.

So, eine letzte Sache, dann will ich Sie auch vielleicht gemeinsam da hinbringen, daß wir auch das Problem lösen! Wir haben zur Zeit in der Tat, wie Sie wissen, eine richtige Unterbringungsschwierigkeit, man kann sagen, eine Katastrophe, und darum sind wir kurz entschlossen, weil es nachts friert und die Leute sonst erfrieren, dazu übergegangen, 20 Drogenabhängige, es waren ursprünglich 44, die sich gemeldet hatten, die haben es aber nicht in Anspruch genommen, Drogenabhängige in dem Bunker Delmestraße unterzubringen.

Diese Bunkerunterbringung ist nicht das Gelbe vom Ei. Das hat nie jemand behauptet, aber sie ist besser als Erfrieren in der Nacht auf der Straße.

(Beifall bei der SPD)

(B) Deswegen ist diese Tatsache, die von den Drogenabhängigen als, wenn ich das einmal so sagen darf, zum ersten Mal das Empfinden von Akzeptanz gesehen wurde gestern abend, durch eine schwierige Situation erschwert worden, indem nämlich heute nacht in diesem Bunker ein Kabelbrand war im Kabelschacht. Die Drogenabhängigen selbst haben gedacht, und soweit ist inzwischen ihre Situation persönlich gefährdet, aber auch als Gruppe gefährdet, sie haben wirklich gedacht, das haben sie mir heute nacht gesagt, das sei vorsätzlich geschehen. So schlimm ist das!

Sie sind mit diesem Eindruck hinausgerast und haben ihrer Aggressivität und ihrem Ärger Luft gemacht. Da war die Anwohnerschaft, die sich durch diese Aggressivität bedroht gefühlt hat, obgleich keine tatsächliche Bedrohung davon ausging. So, in diese Situation hinein versuchen wir, für Abhängige Unterkunft zu organisieren. Da müssen wir einen Abwägungsprozeß vornehmen, ähnlich wie ich Ihnen in meinem ersten Beitrag gesagt habe, ein sehr abgestuftes Verfahren, aber dieses abgestufte Verfahren ist durchzuführen, egal, wen ich unterbringen muß und auch möchte.

Ich finde, daß auch der Anspruch auf Menschlichkeit es gebietet, daß bitte alle Mitglieder dieses Parlaments hinter dem von Ihnen eben allen gemeinsam gelobten Drogenhilfeplan stehen und da nicht durch diskreditierende und diskriminierende Äußerungen die Sache schwieriger machen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

(C) **Präsident Dr. Klink:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Erlenwein.

Abg. Frau **Erlenwein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Keine Sorge, ich werde die Begründung unseres Antrages zur Prävention hier nicht vornehmen. Der Antrag liegt Ihnen vor, und er ist umfangreich genug, auch nachlesen zu können, was wir beantragen. Ich möchte lediglich zu dem Abstimmungsverhalten etwas sagen, und ich möchte noch einmal ganz kurz die Möglichkeit bekommen, für den Inhalt unseres Antrages zu werben, der die Überschrift trägt: „Fehlende Wohn- und Schlafmöglichkeiten“.

Herr Frehe, Sie haben gesagt, Sie könnten gar nicht verstehen, daß ich unter solch einen Antrag meinen Namen gesetzt habe. In der augenblicklichen Situation — Frau Senatorin Uhl hat sie gerade beschrieben —, in der es keinerlei Bereitschaft gibt, wen auch immer in der Nachbarschaft zu ertragen, wird ja alles vermischt: Was sind denn das für Drogenabhängige, sind sie substituiert oder auf dem Weg in eine Therapie, sind sie im Moment überhaupt zu nichts in der Lage und sind noch voll abhängig? In dieser Situation muß Ruhe in die Bevölkerung kommen, und deshalb haben wir gesagt, die Bevölkerung muß auch informiert werden, welche Drogenabhängigen dort untergebracht werden sollen.

Um es wieder möglich zu machen, daß Drogenabhängige, die sich aus ihrer Sucht befreien wollen, in den Wohngebieten Unterkunft finden, auch unter Akzeptanz der Nachbarn, muß man der Bevölkerung auch sagen, daß diejenigen, die noch nicht so weit sind, nicht in ihre Nachbarschaft kommen. Vor einem Jahr — wir haben das Beispiel Roonstraße — war dies noch möglich, und das verspielte Vertrauen muß wieder ganz langsam und kontinuierlich aufgebaut werden. In diese Richtung zielt unser Antrag.

Unser Abstimmungsverhalten zu dem Antrag der Fraktion der SPD möchte ich wie folgt vortragen: Wir werden dem Antrag zustimmen mit Ausnahme der Punkte eins und vier. Zu dem Punkt eins, Wohnungshilfen, haben wir den eigenen Antrag, der das beschreibt, was wir für richtig halten. Bei dem Punkt vier handelt es sich um den Kostenträger für die psychosoziale Betreuung auch der Substituierten. Wir meinen, daß das nicht unbedingt eine Aufgabe der Krankenkassen ist, und da soll geklärt werden, welcher Kostenträger in Frage kommt. Deshalb werden wir den Punkt vier ablehnen.

Herr Präsident, von daher bitten wir, bei der Abstimmung des Antrages der SPD, Drucksache 12/1018, die Punkte eins und vier gesondert abzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(D)

(A) Ich rufe als erstes den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/1005 auf.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/1005 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU, FDP und Abg. **Alt er m a n n**
[DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und DIE GRÜNEN)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 12/1018 abstimmen. Dieser Antrag hat sechs Ziffern. Von der CDU ist beantragt worden, die Ziffern 1 und 4 und dann die Ziffern 2, 3, 5 und 6 in einem anderen Abstimmungsvorgang abstimmen zu lassen.

Ich lasse zunächst abstimmen über die Ziffern 1 und 4.

Wer diesen beiden Ziffern des SPD-Antrages seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen!

(B) (Dafür SPD, DIE GRÜNEN, FDP und Abg.
Alt er m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesen Ziffern zu.

Nun lasse ich über den Rest des Antrages abstimmen. Es sind die Ziffern 2, 3, 5 und 6.

Wer diesen Ziffern seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt auch diesen Ziffern zu.

(Einstimmig)

Ich gehe davon aus, daß damit auch der Vorspann beschlossen ist. Aber wenn das nicht der Fall ist, lasse ich über den Vorspann abstimmen.

Ich lasse über den Vorspann abstimmen.

Wer mit dem Vorspann einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(C) Ich stelle fest, es ist auch der Vorspann angenommen.

(Einstimmig)

Damit ist der gesamte Antrag angenommen.

Wir kommen jetzt zu dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 12/1021.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksachen-Nummer 12/1021, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und Abg. **Alt er m a n n**
[DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, DIE GRÜNEN und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Antrag ab.

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksachen-Nummer 12/958, Kenntnis.

Meine Damen und Herren, ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß wir jetzt noch die Punkte ohne Debatte abhandeln. Es sind, wenn ich richtig sehe, die Punkte 29, 30 und außerhalb der Tagesordnung die Petitionsausschußberichte. Gibt es weitere Punkte, die ohne Debatte abzuhandeln sind? — Das ist offenbar nicht der Fall.

Wer damit einverstanden ist, daß wir jetzt diese Punkte vorziehen, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 44
vom 9. Oktober 1990**

(Drucksache 12/1000)

Wir verbinden hiermit:

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 45
vom 19. Oktober 1990**

(Drucksache 12/1004)

u n d

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 46
vom 29. Oktober 1990**

(Drucksache 12/1013)

(D) Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

(A) Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt einstimmig!

Meine Damen und Herren, damit stelle ich fest, zwölf Diskussionspunkte sind offen geblieben. Wir

werden uns das nächste Mal sehr anstrengen müssen, um das aufzuholen.

Ich stelle fest, die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist beendet. Ich wünsche den Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven einen guten Heimweg und bitte die Kolleginnen und Kollegen aus Bremen, noch für zwei, drei Minuten hierzubleiben. Wir wollen noch einmal die Stadtbürgerschaft eröffnen.

(Schluß der Sitzung 18.08 Uhr)

(B)

(D)